

Die „Volkswacht“
ersch. wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 2/6,
und durch Postverkäufer zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
von Woch. 20 Pf.
Durch die Post bezogen 2.50,
frei ins Haus 2.75,
wo keine Post am Orte. Nr. 2.54.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subscriptionen
für die einjährige Abonnements
über deren Raum 20 Pf.
Auswärts 25 Pf.
Doppelhefte unter Zug 1.50 Pf.
Anfertigung für Arbeitsmarkt 20 Pf.
Kleinvertrieb 25 Pf.
Reinlich-Verwaltungs-Aussagen
15 Pfennig.
Anfertigung für die nächste Nummer
müssen bis Freitag 6 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 9.

Breslau, Sonnabend, den 11. Januar 1913.

24. Jahrgang.

Ein „Volkskalender“.

Zu Weihnachten ist nun einmal das Schenken Sitte, und so hat auch der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie dem deutschen Volke ein Geschenk auf den Tisch gelegt. Allerdings nicht dem ganzen Volke, sondern nur dem Teil, der ihm besonders nahe am Herzen zu liegen scheint, den von der greulichen Umsturzpartei beherrschten Arbeitern. „Volkskalender für das Jahr 1913“ nennt er die Gabe, die er ihnen darbringt. Schon ein flüchtiges Durchblättern dieses Schenkens wird jeden verständigen Arbeiter darauf bringen, daß er ein gar beachtliches Geschenk in den Händen hat. Wer den Reichsverband und seine Tendenzen kennt, kann sich darüber nicht wundern. Die Arbeiterfreundlichkeit der Männer dieser Verbindung ist nicht weit her. Sie haben die Interessen ganz anderer Leute zu vertreten, denn nur dafür werden sie bezahlt.

Der denkende Arbeiter wird daher dieses Nachwerk höchstens zu seiner Erhellung lesen. Des unfreiwillig Selbsterfinders findet sich auch genügend in dieser Schrift. Da ist schon die Einleitung, die dem „lieben Leser“ einige schwere Tränen über die für unsere braven „Patrioten“ so schrecklich verlaufene Reichstagswahl vorweint. Freilich hat es der Reichsverband in seiner abgrundtiefen Weisheit schon im Jahre 1911 geahnt, daß er 1912 hohle Krüge bekommen würde. Er scheint dafür ein sehr feines Gefühl zu haben. Das hinderte ihn aber nicht, im vorjährigen Kalender begeistert zum Kampf gegen die „Koten“ zu trompeten und diese Kerle mutig an die Wand zu drücken. Allerdings, wie immer, nur mit dem Munde. Jetzt aber ist es so gekommen, wie er es sich gedacht hat. Diese Sozialdemokraten haben wieder einmal gesiegt und unser lieber Freund kann weiter nichts tun, als die arme deutsche Nation mit Tränen im Auge zu beschwören, zur Befinnung zu kommen, ehe sie noch ganz von den Umstürzern gefressen wird.

Wie während ist seine Klage über die Not des Vaterlandes, über die Fortschritt der staatsverhaltenden Elemente, und über die Niedertucht des Feindes. Er zittert für Kaiser und Reich und für den Geldschrank der Reichsbanken. Vielleicht auch für sich selbst. Aber noch ist nicht alles verloren. Noch haben die 110 „Vaterlandsverräter“ im Reichstage nicht das Heft in Händen. Und unter Tränen lächelnd, erzählt unser Freund seinen Lesern das freudige Ereignis, daß auch dieser Reichstag eine bedeutungsvolle Wehrvorlage angenommen habe. Alle bürgerlichen Parteien hätten dabei einig gegen die Sozialdemokratie gestimmt. Ob das Volk über diese Straftat der bürgerlichen Parteien ebenso erfreut ist, wie der Reichsverband, ist sehr fraglich.

Besondere Freude empfindet er natürlich darüber, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses einige sozialdemokratische Volksvertreter durch Polizeibeamte aus dem Sitzungssaal entfernen ließ. Wenn der Präsident des Abgeordnetenhauses gegen konservative Abgeordnete mit der gleichen Schnelligkeit vorginge, dann würde die Rechte gar oft bedenkliche Wunden aufweisen.

Auch dem Streit der Ruhrbergleute widmet die Schrift einige Worte. Dieser ist nach Ansicht der Reichsverbändler von dem „sozialdemokratischen“ Verband entfacht worden, um Rache für den Verlust des Reichstagswahlkreises Bochum zu nehmen. Was die Reichstagswahl mit den wirtschaftlichen Kämpfen der Ruhrbergleute zu tun haben soll, ist ein Privatgeheimnis des Reichsverbandes. Er hat übrigens noch verschiedene solcher Geheimnisse.

Recht brüllig führt er seine Leser in die Politik des Auslandes. Er meint: „Während in England und Frankreich die Sozialdemokratie ebenfalls durch gewaltige wirtschaftliche Kämpfe ihre Anhänger in Atem hielt, benutzte sie in Ungarn und Belgien die Wahlrechtfrage, um die Massen auf die Straßen zu hegen. Blutgetränkte Paraden, brennende Gotteshäuser, Verluste an Leben und Eigentum, ohne auch nur den geringsten Erfolg für die Sache der Arbeiter. So führt die Sozialdemokratie ihre Gefolgsleute in ihr eigenliches Lebenselement auf den von ihr künstlich geschaffenen Höhen der Unzufriedenheit.“ Unser Freund braucht seinen Lesern ja nicht zu erzählen, daß es weder in Ungarn, noch in Belgien die Arbeiter allein waren, die sich gegen eine brutale und niederdrückende Regierung zur Wehr setzten. Es waren die besten des Bürgertums, die bei diesem Kampfe ebenfalls auf der Seite der Arbeiter standen. Ja, in Ungarn sehen wir sogar Männer mit alten Adelsnamen auf der Seite der „Revolutionsäre“. Da sind die Grafen Proffuth, Szachenyi, Apontony, Polonyi und andere, deren Namen nicht von proletarischer Herkunft sind. Wir befinden uns also, wie immer, in sehr guter Gesellschaft. Die Freunde des Rechts, die Verteidiger der Unterdrückten sind stets auf unserer Seite. Wie ergreifend klingt der Jammerruf, in dem der Reichsverband am Schluß der Vorrede ausrückt: „Sunderung der Gagner von Kaiser und Reich, von Thron und Altar. Hunderttausend Spätlinge an allem, was dem deutschen Volke heilig ist, undertausend Stimmen einer Partei, die sich noch im-

mer auf die Seite der Feinde Deutschlands geschlagen hat.“ Armer Reichsverband, du stehst entschieden zu schwarz. Wenn wir dich verspotten, verspotten wir doch noch nicht das, was dem deutschen Volke heilig ist. Auf die Seite der Feinde Deutschlands haben wir uns noch nie geschlagen. Du aber stehst auf der Seite der Feinde des deutschen Volkes. Dich freilich bekämpfen wir, wie wir jeden Freund der Ausbeutung und Unterdrückung bekämpfen.

Wie immer bringt der „Volkskalender“ auch diesmal Artikel, die sich mit der Person des Kaisers und mit kriegerischen Heldentaten beschäftigen. Daneben enthält er auch eine kleine Erzählung, die den Arbeiter über die Unmöglichkeit der sozialistischen Forderungen aufklären soll. Der erste dieser Artikel, „Kaiser Wilhelm II.“, enthält folgende schöne Stilllegung:

„Dem Kaiser aber wagen wir in aller Ehrfurcht die Bitte zuzurufen, daß er sich hütet, in den nächsten Jahren lang hast Du dich ehrlich bemüht, durch mildes Entgegenkommen alle Unzufriedenen zu versöhnen. Jetzt wurde hart gegen die Unzufriedenen. Hart gegen alle Feinde im Innern und draußen, hart gegen die Widerwärtigen in der Ost-, Nord- und Westmark, hart gegen die Umstürzler und Volksherrscher, gegen die Brunnenvergifter in den Zeitungen und Versammlungen, hart gegen die Umarmung der Sozialdemokraten. Noch ist unser Volk gesund. Es möchte in einigen Jahren zu spät sein.“

Ahnungsvolles Gemüt! Wie lange die „Gesundheit“ des Volkes noch die Uebergriffe seiner Unterdrücker erträgt, ist freilich fraglich, und alle Bemühung des Reichsverbandes, sie ihm zu erhalten, sind vergebens.

Auch der neue Volkskalender bringt „Befehle“ eines ehemaligen Sozialdemokraten, der sich aus der Blässe der Umstürzler in das gelobte Land des Reichsverbandes hinübergerettet hat. Der Mensch weiß fürchterliche Dinge zu erzählen. Seine Erfahrung als Angestellter der sozialdemokratischen Partei in der Schweiz haben ihm die Ueberzeugung beigebracht, daß es nichts ist mit dem sozialen Fortschritt, und daß der Arbeiter viel geschickter tut, sich auf die Gnade und Barmherzigkeit der Arbeitgeber zu verlassen, als auf die Organisation seiner Klasse. Der Mann scheint die letzten zehn Jahre wirtschaftlicher Entwicklung wunderbar verträumt zu haben. Schon eine oberflächliche Kenntnis des großkapitalistischen Produktionsprozesses, würde ihn belehren haben, daß es mit der Humanität der Arbeitgeber schlecht bestellt ist. Außerdem bringt der Umstand, daß die Großbanken mehr und mehr Einfluß auf die Industriebetriebe ausüben, es mit sich, daß die Person des Arbeitgebers gänzlich ausgeschaltet wird. Der moderne Industriebetrieb hat es gewöhnlich nur mit Direktoren und Betriebsleitern zu tun. Das sind Angestellte, die nur eine Pflicht kennen: Möglichst viel Gewinn für ihre Aktionäre aus dem Betriebe herauszuschinden. Dafür sind sie angestellt. Eine Vernachlässigung dieser Pflicht könnte zu ihrer Entlassung führen. Einer solchen Betriebsweise gegenüber bedeutet der einzelne Arbeiter nichts. Sein Wohl und Wehe spielt keine Rolle. Er wird ausgebeutet, so lange er arbeiten kann und entlassen, wenn er versagt. Nur sein Zusammenschluß zu mächtigen Verbänden, kann ihm einen sicheren Schutz gegen die Ausbeutung durch das Kapital gewähren. Darüber können alle Lobreden auf das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht hinwegtäuschen.

Aber unser „Bekannter“ im Volkskalender geht noch weiter. Er gibt den Arbeitern den Rat: „Trachtet die Ergiebigkeit der Arbeit zu steigern, das ist das einzige Mittel, eure Lage dauernd zu verbessern.“ Für diese Entscheidung kann sich der Mann ruhig Patent geben lassen. Die Ergiebigkeit eines Industrieunternehmens hat leider gar keinen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sonst müßten die Arbeiter der Auer-Gesellschaft, der Allgemeinen Elektrizitätswerke und der höchsten Handwerke schon längst von ihren Renten leben können. Die Auer-Gesellschaft in Berlin verdiente z. B. im Vorjahre an jedem ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen 2000 Mk. Man hat nichts davon gehört, daß der Aufsichtsrat beschlossen hätte, freiwillig den Lohn seiner Angestellten zu erhöhen. Die Entdeckung unseres „Ergenossen“ scheint also nicht weit her zu sein.

Anschließend ist der Text des Kalenders dem Verfasser noch nicht heiter genug gewesen. Darum hat er sich auf der letzten Seite noch eine heitere Gabe angelegt, in der er einige ziemlich alte und faule Witze zum besten gibt. Gleich den ersten „Witz“ von dem sozialdemokratischen Mauerer, der am ersten Mai deswegens feierte, damit es so aussähe, als ob er an den anderen Tagen arbeite, hat er leider schon im vorigen Jahre produziert. Es scheinen ihm also während der Zeit noch keine vernünftigen Einfälle gekommen zu sein.

Er hätte sich die heitere Gabe überhaupt sparen können. Sein ganzes Nachwerk ist eine Sättel auf den gesunden Menschenverstand, und kann bei einem vernünftigen Leser nur erschütternd wirken. Diese Stimmung könnte höchstens durch ein gewisses Mittel mit dem Verfasser etwas getrübt werden. Die Arbeiter werden sicher für diesen „Volkskalender“ eine praktische Verwendung finden.

Politische Uebersicht.

Die kommende Wehrvorlage.

Die Alarmnachricht der „Post“ über die kommende Meßen-Militärvorlage wird an keiner Stelle für ganz richtig gehalten, und dennoch hat sie das größte Aufsehen hervorgerufen. Eine offizielle Erklärung ist nicht erfolgt, was aber die „inspirierte“ Presse zur Meldung des alldeutschen Scharfmacherblattes zu bemerken hat, klingt nicht sonderlich beruhigend. Danach ist anzunehmen, daß die Vorlage noch nicht fertiggestellt ist und daß ihre Einbringung nicht für den Januar, sondern für März oder April zu erwarten ist. Was aber wird sie enthalten? Darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Wahrscheinlich ist, daß sie etwas weniger fordern wird, als was die „Post“ ankündigt — aber um wie viel weniger, darüber kann man sich noch keine bestimmte Meinung bilden, da sich die Geesverhaltung ansetzend selber noch nicht ganz im reinen darüber ist. Daß sie am liebsten alles haben möchte, was ihr die „Post“ freundschaftlich anträgt, ist kaum zu bezweifeln. Insbesondere die finanzpolitischen Erwägungen des Schatzsekretärs und die allgemeinen politischen des Reichsanzlers mäßigend auf ihren Appetit einwirken werden, ist abzuwarten.

Sobiel scheint aber sicher zu sein, daß man sich mit den 15 bis 16 Millionen für die Luftflotte nicht begnügen wird. Die Vorlage wird weit darüber hinausgehen, sie wird an der Organisation des Heeres und der eben erst erhöhten Friedenspräsenzstärke wichtige und kostspielige Veränderungen vornehmen. Die Genehmigung der Konserwativen und der Nationalliberalen, alle Forderungen und Befehle anzunehmen, ist durch ihre im voraus abgegebenen Erklärungen schon festgestellt. Und auch das Zentrum will nach den bekannten Erklärungen der „Mitt. Volkszeitung“ das „Vaterland“ unter dem Jesuitenpfeil nicht leiden lassen. Seine Stellung im einzelnen bleibt aber immerhin zweifelhaft, ebenso wie die der Fortschrittlichen Volkspartei.

Für das kommende Verbleib wird man sich auf große parlamentarische und außerparlamentarische Kämpfe um die neue Wehrvorlage gefaßt machen müssen, und sie vorzubereiten, ist vielleicht jetzt schon an der Zeit. Die Rüstungstreiber, die von der „nationalen Erregung“ der Bevölkerung Wunder erwarten, werden dann wohl doch ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Sie rechnen nicht mit der wachsenden Friedensliebe der Völker und der vorbringenden Erkenntnis, daß das Rüstungswettrennen zu einer Katastrophe führen muß. Sie vergessen, welchen ungünstigen Eindruck es auf alle denkenden Elemente machen muß, daß ein vor kaum einem Jahre als vollkommen ausreichend anerkannter und angenommener Rüstungsplan wieder umgestoßen werden soll. Schließlich übersehen sie in ihrem Eifer, daß die noch ungelöste Deckungsfrage die Regierung und die bewilligungsfreudige Reichstagsmehrheit vor viel größere Schwierigkeiten stellt, als sie bei früheren Militärvorlagen zu überwinden waren.

Die taktische Operationslinie der Sozialdemokratie ist klar gegeben. Zunächst gilt es, das Möglichste zu tun, um eine weitere Verschleuderung von Reichsmitteln, eine weitere Verschärfung der internationalen Spannungen, die eine neue Rüstungsvorlage zur Folge haben müßte, zu verhindern. Rißt sich das nicht erreichen, dann muß wenigstens verhindert werden, daß die überlastete Masse des Volkes auch nur mit einem Pfennig neu belastet wird. Wollen die Vertreter der herrschenden Klassen ihren Patriotismus beweisen, dann müssen sie die Kosten der neuen Militärforderungen den Besitzern auferlegen. Seine Sorte von Patriotismus, die andere für sich bezahlen läßt, ist seit der Reichsfinanzreform und dem Streik um die Wegsteuer hinreichend durchschaut, und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie im Kampfe um die kommende Wehrvorlage ihr Philippi erleben wird.

Der Freisinn hat das Wort.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte hätte, daß es der Sozialdemokratie mit dem Kampf gegen die Rückwärtserei in Preußen ernst ist und daß sie, um die Zahl der Anhänger einer wirklichen Wahlreform zu stärken, dem Liberalismus so weit entgegenkommen will, als es die Rücksicht auf ihre Grundzüge nur irgend gestatten, so haben die Verhandlungen des Preußen-tages diesen Beweis in vollem Umfange erbracht. Als sicherlich einwandfreien Zeugen können wir das „Berliner Tageblatt“ anführen, das sich am Mittwochabend mit Genugtuung über die Landtagswahlbedakte und ihre Ergebnisse ausspricht. Das „Berliner Tageblatt“ hat bekanntlich an der Resolution der Landeskommission mancherlei auszuliegen gehabt. Wenn es jetzt nach ihrer einstimmigen Annahme trotzdem im großen und ganzen zufrieden ist, so hat es sich wohl im höchsten Maße überzeugt, daß dem Liberalismus ein niedrigerer Preis für sozialdemokratische Wahlhilfe in der Tat nicht gestellt werden konnte.

Zu allem Ueberflus hat ja Genosse Strich in seinem Schlusswort ohne Widerspruch zu finden, auch noch festgestellt, daß die Sozialdemokratie nicht in der Lage ist, sich frei auf Gegenleistungen beziehen wird, sondern sich unter

Umständen mit Kompensationen an bestimmten Stellen begünstigt. Mit anderen Worten: die Hauptsache ist uns, daß wir bei den Freikümmigen den ersten und aufrechten Willen finden, nicht nur Empfangende, sondern auch Gebende zu sein. Wir wissen schon, daß in dem Wahlsystem für sie gewisse Schwierigkeiten liegen. Aber bisher hat es ihnen an der Entschlossenheit gefehlt, diese Hindernisse zu überwinden; sie sind vor den Hürden und den Gräben ausgebrochen. Die ein wenig gesteigerte Energie, mit der sie neuerdings innerhalb des Parlamentes für die Wahlreform eingetreten sind, hat uns veranlaßt, ihnen trotz aller schlimmen Erfahrungen der Vergangenheit noch einmal die Hand zu gemeinsamer Arbeit bei den Wahlen zu bieten, an ihnen ist es jetzt, einzuschlagen. Es gibt Bestimmen, die bezweifeln, daß der Fortschritt die nötige Entschlußkraft aufbringen werde. Kann sein, daß sie recht behalten, aber zunächst warten wir ab und wir werden ja schon bald Gelegenheit haben, authentisch zu erfahren, welche Stimmung diesen herrscht. Der preussische Parteitag der Fortschrittler findet schon in den nächsten Tagen statt. Die Neben, die man dort halten und die Resolutionen, die man annehmen wird, können uns Aufschluß über die Wege und das Ziel der fortschrittlichen Reise geben. Das „Berliner Tageblatt“ hat die Situation durchaus richtig erfasst, wenn es schreibt:

Worauf es schließlich ankommt, das ist, daß bei den kommenden Landtagswahlen zwischen Fortschritt und Sozialdemokratie Gegenseitigkeit gütig wird. Dafür sind wir von Anfang an eingetreten und wir können nur wiederholen, daß uns hier der Schlüssel zu einer Verstärkung der Linken bei den kommenden Landtagswahlen zu liegen scheint.

Daß die Sozialdemokratie diesem Prinzip der Gegenseitigkeit huldigt, stand von jeher fest, über ihre Geneigtheit, ihm die für den Freisinn denkbar günstigste und bequemste Auslegung zu geben, hat der Preussentag keinen Zweifel gelassen. Nun hängt alles davon ab, ob das „Berl. Tagebl.“ mit seiner Erwartung Recht behält, der nach seiner Ueberzeugung in der fortschrittlichen Volkspartei zweifellos vorhandene Wille zum Entgegenkommen werde sich auch in entsprechenden Taten äußern. Wir haben unsere Karten aufgespielt und warten nun mit Interesse, ob der Freisinn befehen wird.

Aus dem württembergischen Landtage.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion Württembergs hat sich konstituiert. Nachdem der bisherige Vorsitzende Lauffer wegen seines unsicheren Gesundheitszustandes gebeten hatte, von seiner Wiederwahl abzusehen, wurde der bisherige zweite Vorsitzende Genosse Keil zum ersten, Genosse Dr. Lindemann zum zweiten Vorsitzenden und Genosse Hennemann zum Schriftführer gewählt. Zur Frage der Beteiligung an der Eröffnung des Landtages wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die Fraktion beteiligt sich an der Sitzung zur Eröffnung des Landtages als einem in der Verfassung vorgeschriebenen staatsrechtlichen Akt. Der Tradition der Partei und der Absicht der Fraktion entsprechend wird sie sich an der von den Mitgliedern der Ersten und den bürgerlichen Parteien der Zweiten Kammer veranlaßten monarchischen Kundgebung nicht beteiligen. Sie erklärt sich damit einverstanden, daß die zu verredigenden Fraktionsmitglieder den Eid am zweiten Sitzungstage leisten.

Die Eröffnung des württembergischen Landtages erfolgte Donnerstag im Sitzungssaale der Zweiten Kammer durch den König mit einer Thronrede, welche als erste und wichtigste Aufgabe die Feststellung des Etats für die nächsten zwei Jahre bezeichnete.

In unmittelbarem Anschluß an die Eröffnung hielt die Zweite Kammer unter dem Vorsitz des Genossen Lauffer, als Alterspräsident, ihre erste Sitzung. Lauffer begrüßte die Abgeordneten und wies auch auf die seit Monaten

drohende Kriegsgefahr hin. Oberste Aufgabe fehler demokratischen Volkserziehung sei, den leichtfertigen Friedensförzern in den Weg zu treten und für Sicherung des Friedens einzustehen. Daneben sei die Aufgabe der Volkserziehung, der sozialen Frage die größte Aufmerksamkeit zu schenken und allen, sich aus der modernen Entwicklung ergebenden Bedürfnissen des Volkes entgegen zu kommen. Hierbei müsse für den Volkserzieher der Wahlspruch gelten: suprema lex populi. Die Ansprache wurde von der linken Seite des Hauses mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Auf der Tagesordnung der zweiten Sitzung steht die Präsidentschaftswahl.

Stimmungsbilder aus Ostpreußen im Reichstag.

Die große Frage der heutigen Sitzung war die Behandlung der eigenartigen Wahl, durch die es dem ostpreussischen Landrat v. Halem gelangen konnte, in den Reichstag einzudringen. Bei den Hauptwahlen im vorigen Januar ist Herr v. Halem im ersten Wahlgange und im zweiten Wahlgange gegen seinen politischen Gegner durchgefallen, er hat aber genügend arithmetische Kenntnisse, um sich doch als gewählt herausrechnen zu können, oder, wie heute sein Fraktionskollege v. Derken sagte, man hat die geeigneten „rechnerischen Berücksichtigungen“ eintreten lassen. Es darf bei dieser Gelegenheit nicht vergessen werden, daß nach dem Beschluß der Wahlprüfungskommission auf Ungültigkeitserklärung des landrätlichen Mandats — nach einem Beschlusse, der übrigens einstimmig gefaßt worden ist — Herr von Halem den merkwürdigen Gesinnungssatz hat, mit ganz gleichgültigen formaljuristischen Einwänden die Zuständigkeit der Wahlprüfungskommission ausdrücklich zu bestritten! Schließlich legte er doch wieder, und da ist er in der Zwischenzeit wiedergekehrt worden, was allem, was man hört, durch dieselben Mittel, jedoch auch diesmal das Schicksal seines Mandats kaum zweifelhaft sein kann.

Der Reichstag hat zu entscheiden über eine Resolution, die die Kommission feinerzeit eingebracht hat, um vom Reichstanzler die Verhütung der unehrlichen Eingriffe des Wahlkommissars für die Zukunft zu verlangen, wie sie im vorigen Jahre unternommen worden sind. Nacheinander enthielten der Pole Dr. v. Laszowski, unser Genosse Stadthagen, der Fortschrittler Hermann-Pfeifer und der Pole v. Trambczynski die wirklich unglaublichen Vorgänge bei dieser Wahl. Der Landrat v. Halem hat in der Tat für den reichsparteilichen Kandidaten v. Halem ausgezeichnet gearbeitet, und der Wahlkommissar, der einer seiner Untergebenen war, hat ihn nach Kräften unterstützt. Die Herren sind soweit gegangen, daß sie in einer besonderen Anweisung an die Wahlvorsteher die Ungültigkeitserklärung all derjenigen politischen Stimmen geradezu gebietet haben, auf denen der Name „v. Halem“ mit einem „s“ statt mit zwei „s“ geschrieben war. Selbst der Ministerialdirektor Lewald mußte mitteilen, daß schon im vorigen Jahre der Minister des Innern dem Wahlkommissar gegenüber dieses Vorgehen als wieder durch das Gesetz noch durch das Reglement begründet bezeichnet hat. Mit Zug und Recht verlangte unser Redner, daß der Wahlkommissar wegen Wahlsfälschung verhaftet werde und daß der Reichstanzler ein entsprechendes Eingreifen des Staatsanwalts veranlasse. Viel wohlwollender beurteilte der Zentrumredner Dr. Pfeiffer den Fall, der nur nachlässigkeit anzunehmen geneigt war, während der Reichsparteiler v. Derken die höchst unbandbare Aufgabe übernommen hatte, allerhand zu Gunsten seines Freundes vorzubringen. Daß er damit nicht viel Glück haben konnte, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Zu Beginn der Sitzung war die Debatte über den Wagenmangel zu Ende geführt worden. Nach dem Reichsparteiler v. Gamp und dem Antisemiten Mumm sprach noch Genosse Birnbaum, der in einer sehr guten und wirkungsvollen Rede das Kläglichste an den Zuständen im Industriegebiet noch einmal hervorhob. Er ging hierbei auch auf die allgemeinen Ursachen des Wagenmangels zu, die in der politischen internationalen Situation begründet sein könnten, und schloß mit dem ceterum censeo, das jede Betrachtung preussischer Politik im sozialen und wirtschaftlichen Leben aufzwingt: Weg mit dem Dreiklassenwahlrecht! Schließlich wurde noch die Beratung der Denkschrift über die Beamtenorganisation der Reichspost begonnen. Genosse Ebert erwiderte in einer gut dokumentierten Rede die Kritik der gegenwärtigen rein fiskalisch aufgebauten Organisation und die Forderung, die die Sozialdemokratie stellt. Die Verhandlung geht morgen weiter, nachdem zuvor die Keinen Anfragen erledigt sind.

Anfrage im Reichstage wegen der Typhusepidemie.

Der Abgeordnete Hoch (Sozialdemokrat) hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: „Ist es zutreffend, daß die Typhusepidemie im 1. Bataillon des Eisenbahnregiments in Danau durch Unsauberkeit in der Bataillonküche ent-

standen ist, und daß es 2 1/2 Wochen gedauert hat, bis die Militärärzte die Art der Erkrankungen festgestellt haben? Kann der Herr Reichstanzler bestätigen, daß alles geschehen ist, um die Uebertragung der Epidemie auf weitere Kreise zu verhindern?“ Der Abg. Dr. Becker (Pfeifer) erwidert in einer Anfrage um Behebung von Missethäten bei der Durchführung des Reblausgeleges.

Amerikanische Vollerhebung. Das Komitee für den neuen Zolltarif hielt gestern eine Sitzung ab, in der vorgeschlagen wurde, mit Rücksicht auf die starke Konkurrenz Europas besonders Deutschlands, den Zollfuß für keramische Erzeugnisse um 50—60 Prozent zu erhöhen.

Keine Verlängerung für Vollerhebung der Fleisch-einfuhr. In der Reichstagskommission erklärte heute die Regierung, daß sie vorerst nicht beabsichtige, den Zeitpunkt für die Erleichterung der Fleisch-einfuhr über den 1. April 1914 hinaus zu verlängern.

Reichstagsnachwahl in Kuschnitz. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte am Donnerstag die Wahl des keiner Fraktion angehörenden, ehemals nationalliberalen Abg. Dr. Becker-Sprengling, der in Alzen-Wingen gegen den freikümmigen Pfarrer Koroll gewählt ist, mit 9 gegen 6 Stimmen für unglültig. Tritt der Reichstag diesem Beschlusse bei, so wird in Alzen-Wingen eine Nachwahl stattfinden haben. Bei der Hauptwahl im Jahre 1913 entfielen Stimmen auf Dr. Becker (nail.) 10,848, auf Koroll (freikümm.) 9872, auf Abelung (Soz.) 2816.

Dann prüfte die Kommission die Wahl des Konservativen Abg. Siebenbürger, der im Wahlkreis Raugard-Regenwald im ersten Wahlgang mit 12,111 Stimmen gewählt wurde. Auf den nationalliberalen Kandidaten entfielen 4,729, auf den Sozialdemokraten 1777 Stimmen. Von nationalliberaler Seite wurde Protest erhoben, weil die Wahl nach konservativer Manier gemacht worden ist. Als Wahlurnen dienen Kapuschacheln, Suppenscheffeln und Zigarrentüten. Die Wahlzettel bestanden in einem Falle aus einem Lattenverblech, durch den man jeden Wähler beobachten konnte, in einem anderen Falle hatte man einen Weichschirm verwendet; oben an der Decke war ein Spiegel angebracht. Freiber ist in Mengen gesendet worden. — Die Prüfung der Wahl wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

Eine sozialdemokratische Gegenbewegung in der „Fiskusfrage“. Die „Post“ und ähnlich einige andere bürgerliche Blätter bringen in Anknüpfung an eine am 6. Januar in Köln abgehaltene Versammlung, in der die Reichstagsabgeordneten v. Richter und Erdmann über die Fiskusfrage redeten, die Mitteilung, daß die rheinische Sozialdemokratie eine Gegenbewegung gegen die Aufhebung des Fiskusgesetzes plane. Die Mitteilung ist unrichtig. Beide Redner haben sich in entschiedener Weise für die Aufhebung des Fiskusgesetzes ausgesprochen, und die Versammlung hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die Sozialdemokratie wird getreu ihrer Tradition und ihrer Gewerkschaft gegen alle Ausnahmegesetze selbstverständlich auch in Zukunft für die völlige Aufhebung des Fiskusgesetzes eintreten.“ Die Redner haben sich nur gegen die jetzige Behandlung der Frage durch das Zentrum gewandt und in diesem Sinne redet die Resolution von einer „auslistigen Berechnung hervorgegangenen Mache“.

Vom bremischen Bürgerrechtstreifen. Die bremische Bürgererschaft lehnte es am Mittwoch ab, der sozialdemokratischen Fraktion einen Sitz im Präsidium (Schriftführer) zu überlassen.

Schutz der Glasarbeiter. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat durch den Abgeordneten Schmidt-Weilm eine kleine Anfrage an den Reichstanzler im Reichstage eingebracht, die Auskunft darüber wünscht, ob im Bundesrat die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Glashütten, Glaschleifereien und Glasbereiungen, sowie Sandbrennereien dahin zu ändern, daß der sanitäre Schutz für die Arbeiter und Arbeiterinnen erweitert und die Ausnahmegesetzbestimmungen, insbesondere die Erlaubnis zur Nacharbeit, für die Jugendlichen aufgehoben werden.

Militärämter und Postverwaltung. Der Abgeordnete Werner (Pfeifer) hat in einer Anfrage darauf hingewiesen, daß unter einem Teil der mittleren Reichs-Post- und Telegraphenbeamten eine Bewegung im Gange ist, die eine verchiedenartige Behandlung der aus dem Zivil- und der aus dem Militärämterstande hervorgegangenen Beamten der Assistentenklasse in Bezug auf ihre Beförderung- und Bezahlungverhältnisse erstrebt. Die Reichs-Postverwaltung hat nunmehr darauf geantwortet, daß eine Veränderung der Personalordnung weder in dieser, noch in einer anderen Richtung beabsichtigt ist. Eine Verbesserung der Militärämter soll demnach nicht stattfinden.

Im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen auf dem Lande. Man man von Konfessionen an die Arbeiter hört, dann kann man sicher annehmen, daß diese Konfessionen weniger

Im ewigen Schnee.

Eine Erzählung aus dem Bergarbeiterleben von Johan Fallberget.

Moos-Hans lockte Kaffer. Er nahm den Deckel ab und guckte in den Kessel mit zusammengekniffenen Augen. Er legte neues Holz unter. Hob immer wieder den Deckel auf, bis er sah, daß es lockte. Dann nahm er den Kessel auf und zog die Klinge über das Eisenloch. Dann holte er ein paar schmutzige Löffel aus einem Hängeschrank an der Wand, zog Kaffer ein und setzte ihn Anna-Lisa vor. Sie richtete sich auf. „Kaffe ist fertig“, sagte Moos-Hans. Er setzte sich auch an den Tisch, küßte sich auf die Ellenbogen und hielt seinen Pfeifenkopf in beiden Händen. Während er das sah und rauchte, meinte er sich daran, einige Worte des Tropfes zu ihr zu sprechen. Er erzählte, was der Pastor auf Klara gesagt hatte, eines Sommerabends, als er Gottesdienst im Gebirg abhielt: — daß größere Gnade denen zuteil werden sollte, die hier auf Erden in Einsamkeit und Blindheit dahingewandelt... den Unmündigen und Duldben, als den Weisen und Klugen von dieser Welt. Ja, Anna-Lisa vertraute auf des Herrn Worte. Sie und der Kaffer, beide waren sie einsichtigen Herzens gewesen. Gleich wie das Kamel nicht ohne große Beharrlichkeit durch das Nebelmeer kommen konnte, so sollte es auch schwer sein für die Mächtigen und Großen, den engen Weg zu wandeln, der zur Seligkeit führt, konstant: Moos-Hans. Und wie zur Beharrlichkeit seiner Worte trieb er selbst ein Hindernis an seinem Hosenbein in Brand. Und Anna-Lisa schenkte für einen Augenblick von seinen Worten getrieben zu sein. Aber bald darauf gingen wieder lange Wochen in ihr auf: — ab denn der Kaffer auch wirklich fertig war... ab er nun in Gottes Reich war. Er war ja nicht verbannt gewesen, vor den Herrn zu treten. Und da... Das meinte Moos-Hans dazu? Er sagte: Es war nicht leicht darauf zu antworten. Nach dem Kaffer war mit dem Namen die Wege aus seinem Pfeifenkopf. Aber wenn sie ihn die Worte der Schrift er: daß der natürliche Mensch ja nicht alle Dinge erfassen kann... Und... Anna-Lisa sah da nach grübelte. Und Moos-Hans sah sie recht sicher in der heiligen Schrift. Die Grubenleute, die in ihren schmutzigen schleppenden Schuhen zur Welt herabkommen, gingen langsam an dem alten Bergarbeiter vorbei. Sie sahen die Welt und die Welt sah sie. Mit jeder Mühe gelang es ihr, den Berg zu klettern. Und

halkenes Weinen legte sich wie tiefe Besmut auf das Gemüt der harten Männer.

Als alle gegessen hatten, setzten sie sich in Gruppen zusammen und sprachen leise von ihr... die so großen Jammer zu tragen hatte...

Aber sie beachtete keinen. Ihr Gehirn hatte unablässig mit dunkeln Vorstellungen zu kämpfen: Ob der Kaffer nun fertig war oder ewig verloren. Bald dachte sie: Er ist gerettet... er hat Gnade gefunden vor Gott und ist eingeschrieben in das Buch des Lebens. Und bald dachte sie wieder, daß er in der äußersten Finsternis liege, wo nur Geulen und Zähneklappern herrscht...

Gegen Abend bereitete Ellen Bergstudenmöbel ihr ein Lager in einem leeren Bett, das nahe am Fenster stand. Und als die anderen zur Ruhe gingen, kroch auch Anna-Lisa in ihr Bett und legte sich nieder. Sie zog nur ihren Rock von Kettierfell und die Lappländerstübe aus.

Aber schlafen konnte sie nicht. Die Nacht ließ ihren bleichen Schimmer durch das Fenster fallen... und sie sah weit draußen die blauen Berge schimmern...

Nun würde es bald Frühling, dachte sie... Frühling, und die langen warmen Tage kämen und die schmelzen Abende. So lag sie da und dachte entschuldigenst Lage — bis sie von einem unmerklichen Wang ergriffen wurde, noch einmal ihren Kaffer zu sehen. Sie mußte ihm über das Haar streichen, ihm noch einmal die bleichen Lippen küssen. Nur noch einmal. Morgen sollte er hinunter gefahren werden auf den Kirchhof. Und dann konnte sie ihn nie wieder sehen. Niemand...

Sie erhob sich im Bett, blieb eine Weile sitzen und schaute sich um.

Sie schliefen jetzt gewiß alle. Sie zog ihren Lappländerrock an. Spannte ihren Gürtel um den Leib, packte die Füße leise in die Schuhe — schaute sich noch einmal um...

Ja, sie schliefen sicherlich... Und sie schlich sich auf den Boden aus der Tür. Wie ein Schatten tastete sie sich an der Wand entlang und ging hinaus nach dem Schuppen.

Sie kramte ihre trümmigen Arme und hob den Koffer von der Tür. Es war, als ob sie beim Kribbel des schmerzhaften Sargs wieder einen Schlag ins Gesicht befäme. Sie schwanzte auf den wackligen Beinen hinein — frisch mit der Hand über die Kante des Sargs... beugte sich darüber und schluchzte.

Dann verbarnte sie in dieser Stellung. Mit jeder Mühe gelang es ihr, den Sarg zu öffnen. Und

mit alternden Händen zog sie behutsam das Leichentuch zur Seite.

Der Lote war schwarz geworden im Angesicht, und ein harter Leichengeruch schlug ihr entgegen. In sich zusammengesunken hockte sie da und blinnte auf die Leiche und strich einmal über das angere mit ihrer Hand über die Stirnwunde des Toten.

Ja, hier lag der Kaffer. Niemals mehr sollte sie sein gutes und liebes: „Mutter“ hören. Niemals! Nein, niemals mehr...

Aber konnte sie ihn im Jenseits wiedersehen, war es das Beste, wenn die Stunde der Erlösung auch für sie da war, wie geschrieben stand...

Sie schluchzte nicht mehr. Ihre Augen waren zusammengeschrumpft und leer von Tränen... Nur in der Brust fühlte sie immer diesen tiefen Schmerz.

Aber... aber... Ach Gott! Sein Kopf fiel ja zur Seite — blieb liegen mit der einen Wange auf dem Strohlöffel!

Sie stieß einen dumpfen Schrei aus... griff nach dem Haupt mit beiden Händen und hob es auf. Es ließ sich geben... Der Kumpf blieb liegen. Und sie sah das Mund der abgerissenen Kehle dunkelrot über den Schultern...

Ihr schwindelte vor den Augen. Sie sah rote und blaue Flammen aufsteigen aus der Erde... Lohende Flammen rinascherten. Und ihre Ohren hörten ein Lärmen und Toben. Die Luft war voll Blut und Donner... der Schredenstag des jüngsten Gerichtes mußte gekommen sein...

Von Entsetzen gepackt, ließ sie den Kopf der Leiche los, und er fiel mit dumpfem Schlag neben dem Sarg hin, das Gesicht gegen die gefrorene Erde gekehrt...

Da wurde sie ganz verwirrt im Kopf. Sie wachte hinaus, hektisch und mit den Armen fachtelnd, als kämpfte sie gegen etwas in der Luft.

Reute kamen aus der Bergkette. Man fand sie auf dem Schnee stehend, und sie trugte mit den Nägeln an ihrem Hals herum, daß das Blut über der Kehle lief.

Der Kopf vom Kaffer liegt bei der Kiste! schrie sie. Und sie sank hin in Krämpfen. Ein paar Männer nahmen sie behutsam auf und trugen sie hinein... Die Beine waren wie geschmolzen herunter. Sie wurde auf das Bett gelegt. Lange lag sie da in Ohnmacht. Aber dann öffnete sie die Augen... und ihr Blick flackerte wahr herum.

von Wohlwollen für die Arbeiter als von Eigenmuth getragen sind. Schon Bismarck erklärte, daß die Arbeitergesetzgebung nur der Furcht vor der Sozialdemokratie entspringe und ein Bollwerk gegen diese sein sollte. Um nun den Landarbeiter-Organisationen das Wasser abzugraben und wohl auch im Hinblick auf den preussischen Parteitag, der sich in diesen Tagen mit der Landarbeiterfrage gründlich beschäftigt, will jetzt die Regierung den Landarbeitern ihre Hand bieten, wofür sich die Arbeiter allerdings bestens bekanden werden. Bekanntlich wurde nicht nur der Landarbeiterverband, sondern auch eine freisinnige, eine christliche und eine politische Landarbeiterorganisation gegründet. Wegen dieser Organisationen sollen nunmehr die landwirtschaftlichen Behörden und Verbände dadurch praktisch in Wirklichkeit treten, daß die Zuziehung der Arbeiter zu den allgemeinen landwirtschaftlichen Organisationen, den Landwirtschaftskammern, den landwirtschaftlichen Vereinen und Genossenschaften, den Wohlfahrtsvereinen und Lokalen, sowie allgemeinen vaterländischen Organisationen mit aller Energie in die Hand genommen wird. Gewerkschaften kann das platte Land auf keinen Fall gebrauchen. — Mit diesen Worten begründete das preussische Junkerblatt, die „Kreuzzeitung“, vor einigen Tagen den neuen, runden christlichen Landarbeiterverband. Diesen Wink der Junker scheint man „oben“ verstanden zu haben, und daher die behördliche Energie gegen die Landarbeiterverbände, denen man das Wasser abgraben will.

Ausland.

Italien.

Auch die Senatoren wollen Diktator.

Im italienischen Senat, dessen Mitglieder bekanntlich vom Könige auf Lebenszeit ernannt werden, macht sich eine lebhaftere Stimmung zugunsten der Einführung von Diktator geltend, nachdem das neue Wahlgesetz für jeden Abgeordneten eine jährliche Entschädigung von 6000 Lire festgelegt hat. Der Senat treibt danach diese Regelung als einen Teil seiner Geschäftsbildung durchzuführen, was absolut ungeheuerlich wäre. Es ist gewiß ein gut demokratischer Grundsatz, daß öffentliche Ämter nicht unentgeltlich ausgeübt werden, weil ein unbezahltes Amt nur dem Besizenden zugänglich ist, aber der italienische Senat ist seiner ganzen Zusammenlegung nach undemokratisch. Einmal werden die Senatoren vom König ernannt, dann sind die Kategorien der Bevölkerung, aus denen sie verfassungsgemäß genommen werden können, fast ausschließlich die der hohen Bourgeoisie und des Adels. Hohe Staatsbeamte, Leute, die ein hohes Einkommen verdienen, hohe Offiziere, Bringen von Gehältern können Senatoren werden. Weiter freilich auch Männer mit hohen wissenschaftlichen Verdiensten und solche, die fünf Legislaturperioden hindurch Abgeordnete waren, aber man hat nie einen Lombroso oder einen Andrea Costa in den Senat berufen. Es fehlt gerade noch, daß bei der heutigen Zusammenlegung des Senats die alten Herren, deren Zahl noch dazu unermesslich ist, Diktator bestimmen könnten. Man würde das Geld nicht ausgeben. Will man den Senat demokratisieren, dann fange man damit an, ihn nach all-ermeinem Wahlrecht wählbar zu machen. Die heutige reaktionäre Maschine verlohnt wahrhaftig keiner Ausgabe.

England.

Ein sozialistischer Landwirtschaftssekretär?

Aus London wird uns geschrieben: Die Ankündigung, daß der gegenwärtige Gouverneur von Jamaica, Sir Sydney D'Olivier, zu dem Posten des permanenten Sekretärs des englischen Landwirtschaftsministeriums ernannt worden ist, hat einiges Aufsehen erregt. Der Posten des permanenten Sekretärs ist praktisch weit wichtiger als der des Ministers des betreffenden Ressorts, und es sind in den meisten Fällen die permanenten Sekretäre, die in Wirklichkeit die Politik der Regierung kontrollieren. So ist beispielsweise der maßgebende Mann in der englischen auswärtigen Politik weniger Sir Edward Grey als der permanente Sekretär Sir Arthur Nicolson.

Sir Sydney D'Olivier war lange Zeit ein hervorragendes Mitglied der Fabianischen Gesellschaft, deren Sekretär er von 1886 bis 1890 war. Auch sonst nahm er an der sozialistischen Bewegung einen tätigen Anteil und seine nützliche Schrift über „Weißes Kapital und schwarze Arbeit“ ist in der von der F. S. D. herausgegebenen „Sozialistischen Bibliothek“ erschienen. Als er nach dem Falle der letzten konservativen Regierung zum Gouverneur von Jamaica ernannt wurde, war er noch als Sozialist bekannt. Ob sein fünfjähriger Aufenthalt in einem westlichen Gouverneurposten eine Veränderung in seinen Auffassungen herbeigeführt hat, ist noch nicht bekannt geworden. Man weiß nur, daß er sich in Jamaica vorzüglich bewährt haben soll.

Den Konservativen will die Ernennung eines „Sozialisten“ zum Haupt ihres beliebigen Agrarministeriums gar nicht gefallen, zumal sie diese Ernennung mit den Drohungen Lloyd Georges über die Einführung drastischer Agrarreformen in Verbindung setzen.

Spanien und der Heilige Stuhl. Aus vatikanischen Kreisen wird bestätigt, daß die Beziehungen zwischen Spanien und dem Heiligen Stuhle demnach wieder aufgenommen werden. Es wird sogar in vatikanischen Kreisen behauptet, daß bereits Schritte getan seien wegen Ernennung der beiderseitigen Botschafter.

Der russische Minister hat ein Verbot für fremde Flieger veröffentlicht, die westliche Grenze zu überfliegen.

Russische Spione. In Lemberg sind zwei tschechische Bankbeamte unter dem Verdachte, für Rußland Spaherdienste zu leisten, verhaftet worden. Der eine von ihnen ist sogar österreichischer Major. — Aus der Strajanstalt von Pöchlitz sind zwei russische Spione entflohen.

Die Balkanfrage

ist noch keinen Schritt weiter gerückt. Die Hoffnungen der Mächte in Konstantinopel dürften sich aber im Besitze der Anweisungen befinden, die ihnen ihre Regierungen zur Ausarbeitung der der Porte zu überreichenden Kollektivnote haben zugehen lassen. Die gemeinschaftliche Redigierung der Note wird sofort in Angriff genommen. Die Kollektivnote dürfte Ende dieser Woche der Türkei überreicht werden.

Die nächste Sitzung der Friedenskonferenz ist zu Ende dieser oder Anfang nächster Woche zu erwarten. Man ist aber in London, wie von dort gemeldet wird, auf abermächtige, einem Abbruch sehr ähnlich sehende Versäglichung gefaßt. Die Türken werden die Abtretung Adrianopels wieder nicht vorzuschlagen, wohl aber nach und nach die Markta als neue bulgarisch-türkische Grenzlinie, was den bulgarischen Klüften bis noch Deceagatsch bringen würde, und bestellte handelspolitische Begünstigungen für Bulgarien.

Um Adrianopel.

Sofia, 9. Januar. Da der türkische Kriegsminister Nizam Pascha um eine Unterredung mit dem General Saroff ge-

beten hatte, begab sich dieser nach Bagdad. Nizam Pascha war von dem Minister des Aussen, Moradunglian, begleitet. Die türkischen Minister verlangen die Bewilligung zur Verproviantierung Adrianopels. Saroff antwortete, diese Frage sei durch das Waffenstillstandsprotokoll geregelt worden. Auch die Frage des Besizes Adrianopels ist von den Türken aufgeworfen worden. Saroff erklärte, diese Angelegenheit falle in die Kompetenz der Friedensdelegierten in London.

Die Garnison war hat noch Lebensmittel, aber in der Zivilbevölkerung herrscht große Hungersnot. Das Militär ist über die gesamte Kriegslage sehr genau informiert und zwar durch die Zeitungen, die die Passagiere der durchlaufenden internationalenzüge massenhaft hinauswerfen. Infolgedessen herrscht in der Garnison große Mutilosigkeit und man ist von der Zwecklosigkeit eines weiteren Widerstandes überzeugt. Im Falle der Uebergabe dürfen die Truppen ohne Waffen nach Deceagatsch und dann zu Schiff nach Kleinasien gebracht werden. Bei Demotia sind die Hauptkräfte der zweiten bulgarischen Division zusammengezogen.

Die türkischen Infanterie.

Konstantinopel, 9. Januar. Ein türkisches Blatt meldet, die Infanterie soll, wie folgt, geregelt werden: Kreta würde an Griechenland gegeben, doch sollen zwei Pässe der Insel freibehalten werden. Mytilene und Chios bekommen Autonomien wie Samos, die übrigen ägäischen Inseln bleiben türkisch.

Die Türken brauchen Geld.

Paris, 8. Januar. Ueber den von englischen Banken der türkischen Regierung zu gewährenden Voranschuss wird dem „Temps“ aus London gemeldet, daß die Türkei unverzüglich eine Summe von 500.000 Pfund erhalten solle. In dem betreffenden Vertrag verpflichtete sich die türkische Regierung, diese Summe nicht für militärische Ausgaben, sondern vor allem zur Auszahlung der Beamtengehälter zu verwenden, um so etwaige Unzufriedenheiten, welche die Nichtbezahlung der Gehälter, insbesondere in der asiatischen Türkei, hervorgerufen könnte, hintanzuhalten. Nach der Unterzeichnung des Friedens werde die Türkei einen Voranschuss in derselben Höhe und zu einer noch nicht festgesetzten Frist einen dritten Voranschuss erhalten.

Frankfurt a. M., 8. Januar. Wie die „Frankf. Ztg.“ erfährt, schweben in Paris gegenwärtig Verhandlungen mit der Türkei wegen einer Schatzleihe in Höhe von 18 Millionen Pfund, wodurch es ermöglicht würde, der Türkei zur Befriedigung ihrer laufenden Bedürfnisse fünfzig Millionen Pfund auszubahlen.

Bulgarien und Rumänien.

Sofia, 9. Januar. Die rumänisch-bulgarischen Verhandlungen in London stocken, da Danew wünscht, in dieser Angelegenheit durch einen anderen bulgarischen Politiker abgelöst zu werden. Die hierdurch unvermeidliche neue Verzögerung erhöht die ohnehin vorhandene Spannung des rumänischen Volkes.

Die österreichischen Konsule.

Wien, 9. Januar. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die Konsule Prochaska und Laby erhielten die amtliche Weisung, sich wieder auf ihre Posten in Belgrad und Mitrovitza zu begeben. Dort sollen ihnen die von Serbien verlangten und zugestandenen Ehrenbezeugungen erwiesen werden.

Die Typhus-epidemie im serbischen Oecre.

Belgrad, 9. Januar. Der Typhus richtet unter dem serbischen Militär große Verheerungen an. Es scheint, daß die Krankheit epidemischen Charakter annimmt. Eine Spezialmission von 10 italienischen Ärzten, 20 Krankenschwestern und 30 Sanitätspersonen ist nach Belgrad gekommen, um den Kampf gegen die Verbreitung der Epidemie aufzunehmen.

Parteiangelegenheiten.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Rathenow wurde das zur Wahl stehende Mandat von unserem Genossen Frielede behauptet. Der Wahlkampf wurde mit noch nicht dagewesener Heftigkeit geführt.

Nach zwei sozialdemokratische Stadtverordneten-Vorwahlen. Die Stadtverordneten von Lichtenberg bei Berlin wählten den Genossen Trauer und die Stadtverordneten von Dessau den Genossen Deitz zu stellvertretenden Vorstehern.

Der Sozialismus in China. Aus Hanking wird berichtet, daß dort kürzlich ein zahlreich besuchter sozialistischer Kongress stattfand, der die definitive Gründung einer sozialistischen Partei vornahm und die Herausgabe eines eigenen Blattes „Der chinesische Republikaner“ beschloß.

Arbeiterbewegung.

Eine Petition der niederschlesischen Bergarbeiter an das preussische Abgeordnetenhaus.

Die Notlage der niederschlesischen Bergarbeiterschaft hat im vergangenen Jahre in ausserordentlicher Weise fast die gesamte Welt beschäftigt. Aber die Not steigt ständig weiter. Jetzt hat sich die Waldenburger Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes zu einem letzten Hilfsmittel entschlossen: Sie hat eine Petition um Ermäßigung der Eisenbahntarife für niederschlesische Kohlen an das Abgeordnetenhaus gerichtet. Vor einem Jahre bereits hatte der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse Hermann Sasse, im Reichstage versucht, die Aufmerksamkeit der Regierung nach dieser Richtung hin zu lenken. Und selbst die gelobten Organisationen des Waldenburger Bergreviers versuchten kürzlich in einer Audienz beim Eisenbahnminister in diesem Sinne zu wirken.

Die Petition des Bergarbeiterverbandes gibt in gedrängter Darstellung ein einzigartiges Glendbild einer ganzen Bevölkerungsgemeinschaft. Ausgehend von der Tatsache, daß aus Niederschlesien, bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 30.000 Mann im Jahre 1911 über 800 und 1912 und 1800 Bergarbeiterfamilien nach dem Westen auswanderten, untersucht die Petition in eingehender Weise die Ursachen dieser Abwanderung. In erster Linie kommt natürlich hier der große Lohnunterschied gegen andere Reviere in Betracht. Während a. B. die Lohnsetzung im Ruhrrevier seit 1906 bis jetzt 71 Pfennig betrug, betrug sie bei den niederschlesischen Pauern nur 39 Pfennig, so daß gegenwärtig der Lohn im Dortmunder Revier etwa 6,12 Mark für eigenartige Vergleiche pro Schicht beträgt und im Waldenburger Revier nur 3,69 Mark. Bedenklicher erscheint dieses Verhältnis noch dadurch, daß die Hauptnahrungsmittel, Fleisch und Brot, in Essen fast ganz genau dieselben Preise zeigen, wie in der kleinen Kreisstadt Waldenburg.

Die Petition gibt dann weiter an der Hand von Gesundheitsplänen einen Einblick in die Ernährungsverhältnisse der Bergarbeiterfamilien. Fleisch wird mit großen Ausnahmen nur Sonntags — und auch dann nur in lächerlich geringen Quantitäten — gegessen. Was sich aus diesen Ernährungsverhältnissen für den Gesundheitszustand im allgemeinen erwarten läßt, das sagen die Krankenberichte des Knappschaftsvereins. Demnach erkrankten im Jahre 1911 67,11 Prozent der Gesamtbevölkerung und 98 Prozent der Brandmeldungen der Bergarbeiterfamilien an den Krankheiten „Lungenentzündung“. Die Petition schildert weiter das Wohnnadeland im Revier. Von 8000 Bergarbeiter-

arbeiterfamilien wohnte 60 Proz. in Einzimmerwohnungen. Zwei Drittel dieser Familien lebten in einem schrecklichen Elend auf die Kindergeundheit und Kindersterblichkeit aus. Im Jahre 1910 war der Prozentsatz der erkrankten Schulkinder in der Stadt Waldenburg allein auf 86,1 Prozent festgesetzt, und von den Säuglingen starben im Revier im ersten Lebensjahre 30,4 Prozent.

Das ist eine Summe von Elend, die durch eine bessere Lebenslage, durch höhere Löhne sehr wohl um ein gewisses Maß gemildert werden könnte. Aber die Grubenherren weigern sich hartnäckig, etwas wesentliches zu tun. Ihre einzigen Klagen sind immer wieder die über die mangelnde Rentabilität der Betriebe und künstliche Einengung des Absatzgebietes. Ohne Zweifel ist das Absatzgebiet für die schlesische Kohle sehr beschränkt. Niederschlesien ist durch seinen Wasserweg mit Norddeutschland verbunden. Vom Berliner Markt ist die niederschlesische Kohle wegen ihrer hohen Eisenbahntransportkosten außerordentlich stark verdrängt worden. Hier wird englische und Ruhrkohle billiger verkauft, wie die aus dem näheren Niederschlesien. Schlesische Kohlen wurden 1900 nur 460.000 Tonnen nach Berlin eingeführt; die Einfuhr von England betrug aber 1.562.000 Tonnen. — Hier will nun die Petition einleuten und die Belegung der niederschlesischen Kohlenproduktion aus neue fördern helfen. Die preussische Regierung und das Abgeordnetenhaus haben es nun in der Hand, durch ein verständnisvolles Eingehen auf diese ersten Klagen eine Verlehrsmaßregel zu schaffen, die einer ganzen Bevölkerungsgemeinschaft wirtschaftliche und soziale Gesundheit bringen könnte. Nicht Zurechnungslosigkeit und das Dreifachste dieser Dingen gegenüber teilnahmslos, dann wird die niederschlesische Bergarbeiterfrage eine der brennendsten in Preußen werden.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Jahre 1912. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage am deutschen Arbeitsmarkt war bis in den Hochsommer 1912 hinein ungünstig als im Vorjahre, obwohl der gewerbliche Beschäftigungsgrad wie überhaupt die gesamte wirtschaftliche Entwicklung im flotten Aufstieg begriffen war. Die Hauptursache lag in dem überragend starken Anwachsen des Angebots am südlichen Arbeitsmarkt.

Die vorjährige Missernte hatte eine weitgehende Einschränkung der Viehwirtschaft auf dem platten Lande und in Verbindung damit eine Verminderung des landwirtschaftlichen Hilfspersonal zur Folge gehabt, wodurch eine Zunahme der Abwanderung nach den Städten hervorgerufen wurde. Das Angebot dieser Kräfte machte sich besonders im zweiten Viertel des Jahres deutlich bemerkbar. In der zweiten Hälfte des Jahres, als eine lebhaftere Tätigkeit in der Industrie und Landwirtschaft einsetzte, verzerrte sich der im Vergleich zum Vorjahr beobachtete Mehrandrang am Arbeitsmarkt.

Es waren bei den an den „Arbeitsmarkt“ berichtenden Arbeitsnachweiser auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Arbeitsuchende im Januar 141,0 (4,1 Prozent mehr als 1911) im Februar 128,8 (3,6 Prozent weniger als 1911), im März 108,9 (+ 1,2), im April 118,9 (+ 11,8), im Mai 120,7 (+ 8,1), im Juni 119,1 (+ 9,2), im Juli 116,4 (+ 5,3), im August 112,7 (+ 5,2), im September 103,4 (- 1,8), im Oktober 120,9 (- 6,4), im November 140,9 (- 11,0). Die günstige Verfassung wäre in der Bewegung der Arbeitsnachweiser noch viel deutlicher zum Ausdruck gekommen, wenn nicht die flauere Tätigkeit in den Großstädten und der schlechte Beschäftigungsgrad des Textilgewerbes eine recht hohe Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt hätten.

Die Aussichten des deutschen Arbeitsmarktes im Jahre 1913 sind im allgemeinen günstig. Allerdings kann durch die wachsenden Lohnsätze im Bau- und Holzgewerbe zeitweilig auch für andere Berufe eine Periode flauen Geschäftsganges verurteilt werden. Ein recht beunruhigendes Moment bildet die Ungewissheit über die künftige Gestaltung der politischen Lage Europas.

Die christliche Arbeitswilligenvermittlung geht weiter. Bei der Firma Bungelet in Hilden bei Düsseldorf, wo die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes im Streik stehen, sind 8 Ausgesperrte aus Menden i. W. in Arbeit getreten. Es ist nachgemeldet, daß die Leute vom christlichen Metallarbeiterverband als Arbeitswillige vermittelt worden sind. Der zweite Lokalbeamte der Christlichen in Düsseldorf, Groß hat die Leute persönlich unter dem Schutz von Polizisten und Gendarmen nach dem befristeten Betrieb gebracht. Die Mendener Ausgesperrten, die nach Stuttgart gebracht worden waren, haben, mit einer Ausnahme, die Arbeit in der „Sanitaria“ nieder gelegt, als sie sich davon überzeugt hatten, daß sie Streikbruch begehen sollten. Den einen, der in der „Sanitaria“ blieb, nannten sie Judas und Verräter. Auf dem Bureau des deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart, wo man ihnen eine Unterstüßung für die Rückreise gab, erklärten sie, sie hätten nichts davon gewußt, daß in der „Sanitaria“ Streik sei.

Eine Chemigraphen-Konferenz zur Tarifgemeinschaft. In Jena fand kürzlich eine Konferenz von Vertretern der im Verbands der Lithographen und Steinbrucker organisierten Chemigraphen und Kupferdrucker statt. Die sich hauptsächlich mit dem Ende dieses Jahres erfolgenden Ablauf der Tarifgemeinschaft und der Frage der Erneuerung des Tarifvertrages beschäftigte. Die Zentralkommission, die ihren Sitz in Berlin hat, berichtete, daß sie ständig in engster Fühlung mit dem Hauptvorstande des Verbandes der Lithographen, Steinbrucker und dem Tarifamt gestanden habe. Der Beruf hat sich vergrößert und dementsprechend hat sich auch die Tarifgemeinschaft weiter entwickelt. Während im Jahre 1908 der Tarifgemeinschaft 75 Firmen mit 1006 Gehilfen angehörten, sind in Deutschland 168 tariffreie Firmen mit 2800 Chemigraphen und 20 Kupferdrucker zu verzeichnen. — Der Berichterstatter behandelte ausführlich alle schwebenden Berufs- und Tariffragen und präziserte den Standpunkt der Zentralkommission zu diesen Fragen. Die Konferenz erklärte sich einstimmig prinzipiell für die Verknüpfung der Tarifgemeinschaft unter der Voraussetzung, daß den berechtigten Wünschen der Gehilfen bei der Tarifrevision in ausreichendem Maße Rechnung getragen wird. Sie in der Aussprache geltend gemachten Wünsche sollen als Forderungen rechtzeitig von der Zentralkommission eingereicht werden.

Die Not der Nischonervensabrikation. Die französische Regierung ist durch die Schließung der Nischonervensfabriken in der Bretagne beunruhigt, dies umso mehr, als sich das Elend stark bemerkbar macht. Sie ist mit dem Syndikat der Fabrikanten in Verbindung getreten, um eine Wiedereröffnung der Fabriken zu erzielen. Eine offizielle Sitzung von Vertretern der französischen Regierung und des Syndikates wird dieser Tage in Paris stattfinden. Man hofft, daß die Krise nach vorüber die Notwendigkeit am 17. Januar aus der Welt geschafft ist.

Was der britischen Bergarbeiterbewegung. Das parlamentarische Einigungsamt für die „Bergarbeiter-Kohlenindustrie Englands“ hat einstimmig beschlossen, die Forderung der Bergarbeiter auf eine allgemeine 6-prozentige Lohnherabsetzung zu bewilligen. Die „Bergarbeiter-Distrikte“ umfassen die Kohlengebiete von Lancashire, Yorkshire, der mittelmittleren Grafschaften und von Nordwales. Die Lohnherabsetzung bezieht sich auf fast 400.000 Arbeiter und wird insgesamt rund eine Million Pfund Sterling im Jahre betragen.

In dem südwestlichen Kohlenbezirk Maesteg sind 6000 und in Banarthire in Schottland 1000 Bergarbeiter in den Streik getreten, um gegen die Beschäftigung von Unorganisierten zu protestieren.

Beim Reichstag: Die Reichstagskommission für die Bergarbeiterfrage hat am 7. d. M. die Verhandlungen über die Bergarbeiterfrage abgeschlossen. Die Kommission hat am 7. d. M. die Verhandlungen über die Bergarbeiterfrage abgeschlossen. Die Kommission hat am 7. d. M. die Verhandlungen über die Bergarbeiterfrage abgeschlossen.

Achtung! Zimmerer! Krieg!
Sonntag, den 12. Januar, vormittags von 10-11 Uhr
Stimmwahl d. 2 Kandidaten z. 20. Generalversammlung
 1. Wahllokal: S. Reichelt, Krieg, Oppelnerstraße. 8357
 2. Wahllokal: Gastwirt Pecher in Groß-Gendusch.
 Die Kandidaten werden bereits bekanntgegeben. Der Vorstand.

Ohlau. F.-br. Arbeiter! Ohlau.
Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr:
General-Versammlung
 im bekannten Lokal.
 Tagesordnung:
 Jahresbericht und Wahl des Gesamtvorstandes.
 Zahlreiches Erscheinen wird erbeten. 8257

An die Angehörigen vom Hotel, Gasthaus- u. Gastwirtsgewerbe.
Montag, den 13. Januar 1913, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im
Glasalon des Pariser Gartens, Einp. Taschenstr. u. Weidenstr. eine
Öffentliche Versammlung
 statt.
 Tagesordnung:
 Heraus mit dem wöchentlichen Klubtag
 Referent: Kollege H. Dilling, Berlin. 8408
 Diskussion.
 Wir laden alle Gehilfen, Verwalter, sowie sämtliche Angestellten oder Kassisten zu dieser wichtigen Versammlung ein.
 Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Breslau.

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlst. e Breslau).
Sonntag, den 12. Januar, nachm. 3 Uhr:
Mitgliederversammlung in Herrsprötsch
 im Lokal von Petzold.
Sonntag, den 19. Januar, nachm. 3 Uhr:
Mitgliederversammlung in Schmiedefeld
 im Lokal von Engwicht.
Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlung in Hartlieb
 im Lokal von Sellner.
Wittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr:
Generalversammlung
 in den Unionfestalen, Neuschestrasse.
 Neuwahl der Ortsverwaltung. — Jahresbericht.
 Vortrag über die „Vollstürze“. 8380

Mitgliederversammlung in Deutsch-Diffa
 im Lokal von Senfleben.
Sonntag, den 26. Januar, nachm. 3 Uhr:
Mitgliederversammlung in Deutsch-Diffa
 im Lokal von Senfleben.
Sonntag, den 18. Januar:
Maschinenball
 im „Deutschen Kronprinz“, W. Stendstraße.
 Die 3 schönsten Damenmasken u. 3 die originellste Herren-
 maske werden prämiert.
 1. Damenpreis: 1 elegante Damen-Remontré-Uhr.
 Um zahlreichen Besuch vorstehender Veranstaltungen eruchtet
 die Ortsverwaltung.

Stadt-Theater
 Freitag 7 1/2 Uhr: (Gesellschaftsoperette) „Fidris“
 Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr: „Schneewittchen“
 Abends 7 1/2 Uhr: „Lehrerin“
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr: „Schneewittchen“
 Abends 7 1/2 Uhr: (Gesellschaftsoperette) „Die Jüdin“ 8198

Lobe-Theater
 Freitag 7 1/2 Uhr: 8204
 Gajspiel Ella Kobold
 „Königin Christina“
 Sonnabend 7 1/2 Uhr:
 „Hinter Mauern“
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Hänsel und Gretel“
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Hinter Mauern“.

Thalia-Theater
 Sonntag 7 1/2 Uhr: 8210
 Gajspiel Ella Kobold
 „Japa“
 Dienstag, Freitag und Sonnabend
 von 10-3 Uhr im Stadt- und Hoftheater.

Schauspielhaus
 Freitag 8 Uhr:
 „Der liebe Augustin“
 Sonnabend 8 Uhr:
 „Die Marine-Wahl“
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Alf-Wien“ 8216
 Abends 8 Uhr:
 „Die Marine-Wahl“.

Circus Busca.
 Täglich 8 Uhr abends:
 „Schlitzens Söhne“
 Effektvoller Schauspiel in 3 Akten
 von Dr. Friedrich Eggert.
 In Szene gesetzt von Direktor
 Georg Eggert.
 Sonntag nachmittags 4 Uhr:
 „Schlitzens Söhne“
 200 Mitglieder. 8180
 Gütigende Ausrottung.
 Eintritt 1.50, 1.00, 1.50, 2.00 etc.

Lieber's Entertainment
 Das beliebteste
Januar-Programm!
 200 Mitglieder. 8180
 Gütigende Ausrottung.
 Eintritt 1.50, 1.00, 1.50, 2.00 etc.

Viktoria-Theater
„Autollechen“
 Anfang 8 Uhr. 8192

Zeltgarten
 Gross internationale
Ringkampf-
Konkurrenz
 Heute Freitag ringen:
 Anzilo — A. Adam
 Neger-Champion Breslau
 Hiltse-Herzog — Hermann
 Schweiz — Bayern
 Carl Satt — Erikson
 Breslau — Dänemark
 Markowahl — Petersen
 Berlin — Kopenhagen
 Vorher:
 Das brillante Programm.
 Anfang 8 Uhr. [8226

Union-Theater
 Gruppenstr. 6, Karlsplatz
 Von Freitag bis Montag:
 Ganz neu für Breslau!
Gelbster
 Soziales Sitten-Drama
 einer Probe-Masche
 in 2 Akten mit 12 Personen.
 6 neueste Schläger

Café Fürst Blücher
 Straßengasse 11-12.
 Täglich: Klavier-Konzert
 von 3-5 Uhr nachm. u. 8-10 Uhr abends.
 Log u. Kaff. gratis. Für weitere Klär.
 3 erkrankte Mitglieder.
 Zutritt für Frauen.
 Es laden erachtet für:
 Hauptkapell. Zwei Klavier
 u. Orgel.

Achtung! Zimmerer Streben!
 Sonnabend, den 11. d. M., nachmittags
 4 1/2 Uhr, Stimmwahl der Kandidaten zur
 Generalvers. im Lokal des Herrn Knoll.
Gloau, Wahlverein.
 Sonntag, den 12. Januar, nachm. 3 Uhr
Mitgliederversammlung
 bei Scheerer, Rühlstraße 1. 8 73

Achtung! Ohlau.
Verband der Zimmerer
 Sonntag, den 12. Januar 1913,
 nachmittags 3 Uhr:
Versammlung in der „Sonne“
 Tagesordnung:
 1. Stimmwahl in Ohlau und Streben für
 die beiden Kandidaten zur 20. General-
 versammlung in Balln.
 2. Beischlüsse. 8290
 Zahlreiches Erscheinen erwartet
 Der Vorstand. 8074

**Haus- und Küchengeräte, Lampen,
 eiserne Öfen und Glühbirnen,
 zu billigsten Preisen.**



Paul Kauschid jr.
 Friedrich-Wilhelmstrasse 102.

Sozialdemokratischer Verein Breslau,
Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr,
im Saale des „Goldenen Zepher“, Klosterstraße 47:
Vertreter-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 2. Quartal des Geschäftsjahres 1912/13. 2. Abrechnung des Wahl-
 fonds von der Stadlerarbeitenwahl. 3. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
 Für Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.
 Stimmrecht haben nur die gewählten Vertreter, die Vorstandsmitglieder und die Distrikts-
 führer. (§ 7 des Statuts). 8384 Der Vorstand.

Kaufhaus Renner, Gräbschenerort
 Gräbschenerstrasse 25, an der Holteistrasse.
Von Sonnabend, d. 11. Januar bis Sonnabend, d. 18. Januar
Grosser Inventur-Räumungsverkauf
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen in
**Kurz-, Galanterie-, Spielwaren, Glas, Porzellan, Steingut,
 Haus- und Küchengeräte.**
 Die Preise in meinen Schaufenstern bitte ich besonders zu beachten.
 Ausgabe von grünen und eigenen Rabattmarken. 8388

Ein Bild für die Stube des Arbeiters!
Wenn der Riese ruht.
 Zeichnung von A. M. Luyt.
 Veranschaulicht die Wirkungen eines Riesenstreiks
 in künstlerischer Ausführung.
 Bildgrösse: 30x38 cm.
 Preis nur 20 Pfg. Porto und Verpackung 10 Pfg.
 Zu beziehen durch die Expedition u. die Kolporteurs.

Deutsch-Amerik. Schuhwaren-Ges.
 Inventur — macht man am Schluss
 des Jahres nur,
 Und alle Stiefel, gross und klein,
 Mit nur ganz kleinen Fehlerlein,
 Die werden nun zu guterletzt
 Im Preise stark zurückgesetzt.
 Wir haben nun in diesem Jahre
 'nen grossen Posten Stiefelpaare,
 Die haben keinen Fehler gross,
 Sie standen in den Fenstern bloss.
 Die Formen, die hier streng modern,
 Sie sind für Damen und für Herr'n,
 Wir teilen's mit, damit man's weiss:
 Verkauft werd'n sie zu jedem Preis!



Unser Inventur-Ausverkauf
 beginnt
Sonnabend, den 11. Januar, früh 8 Uhr.
 Um die vorhandenen Winterwaren zu räumen, verkaufen
 wir unsere Waren so billig, dass wir der Meinung sind,
Wir sind die Billigsten in Breslau.

Elegante Herren-Schuhstiefel alle Grössen, mit und ohne Lackkappe, 6.50
 sonst 10.50 jetzt
Elegante Damen-Schuhstiefel alle Grössen mit und ohne Lackkappe, 4.95
 sonst 8.50 jetzt

Original-Goodyearwelt-Stiefel
 schwarz und braun, elegante Formen, mit und ohne Lackkappe
 für Damen 10.50 für Herren 11.50

Ein grosser Posten Mädchen-Konfirmations-Stiefel mit Lackkappe, elegante Formen . . . jetzt 4.90
Ein grosser Posten Knaben-Konfirmations-Stiefel mit und ohne Lackkappe . . . jetzt 6.30
Ein grosser Posten eleganterer Damen-Halbschuhe weiss mit Lackbesatz, grau mit Lackbesatz, schwarz Wildleder mit Lackbesatz etc., jedes Paar nur 6.50
Ein grosser Posten eleganterer Hausschuhe echt englische Musterpaare, ganz enorm billig.
Gummischuhe, sehr haltbar
 Herren 2.75 Damen 1.95 Kinder, alle Grössen bis 35 jedes Paar 1.75
Knaben-, Mädchen- u. Kindertiefel, Hausschuhe, Gallschuhe etc. und andere Artikel bedeutend billiger.
Ein Posten weisse Hausschuhe jedes Paar 3.90

Winter-Schuhwaren
 sind im Preise bis 50% ermässigt.
 Wir bitten, die Veranlassungen für den Einkauf zu benutzen!

Deutsch-Amerik. Schuhwaren
 G. m. b. H. 8265
 20 Schmiedebücke 20, im Nussbaum-
 41 Gräbschenerstr. 41, Ecke Friedrichstr.

Arnold B. Fränkel'sche Paulinenstiftung.
 Die Stiftung hat den Zweck, mittellose Mädchen in erster Reihe
 Waisen, diejenige Ausbildung zu geben, welche geeignet ist, ihnen ein
 Verhältnis entsprechend Fortkommen zu sichern. In auswärtige Be-
 werbungen können Stipendien nur dann vergeben werden, wenn nach
 Berücksichtigung aller in Breslau heimatsberechtigten und geeigneten noch
 Mittel verfügbar sind.
 Bewerbungen um die Stellen der Stiftung müssen unter genauer
 Angabe des in Aussicht genommenen Berufes, des Alters und des religiösen
 Bekenntnisses bis zum
1. Februar 1913
 bei dem Unterzeichneten angebracht werden. Schulabgangs bezgl. letztes
 Schulzeugnis und ärztliches Gesundheitszeugnis sind beizufügen.
 Für die Berufe als Kinderpflegerinnen, Buchhalterinnen, Stüben,
 Schneiderinnen usw. kommen jagungsgegemäss Bewerberinnen im Alter von
 14-17 Jahren in Betracht, für die höheren Berufe soll in der Regel das
 20. Lebensjahr nicht überschritten sein.
 Breslau, den 1. Januar 1913. 8381
Sanitätsrat Dr. Kobrak, Vorsitzender,
 XIII, Kaiser-Wilhelm-Strasse 34.

Illustrierter
Neue Weltkalender 1913
 mit einem Bild in Vierfarbendruck
 und vier Vollbildern auf Kunst-
 druckpapier.
Preis 40 Pfg.
 Zu beziehen durch die
Expedition und die Kolporteurs.

Kleiner Anzeiger
 Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte
10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Gutschein
 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der
 Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf
 Gebraut gut erhalten, verkauft billig
 Hoffmann, Mariannenstr. 8. 8392
 Prima Kuhmilch, beste Milch, Butter
 und Eier, Frau Anders, Weidstr. 42. [8404

Vermietung
 Krieg. Unkündbares Logis mit Kost
 und Wein, Kaffeehaus, vermietet an zwei Herren zugeteilt beim Gerolten
 b. Zeitung. 8405 Warrin Weisse, Schupstr. 17. 8407

Fähnchenbeden. modernste Muster und Logis, freundliches, für 2 Mädchen in
 Gemeinde, empfiehlt sich, Junkenstrasse, vermietet, bei Glas, Schleierstr. 2
 gegenüber Kisting. 8401 Vorderhaus 4. Etg. 8397

Verschiedenes
 Grosses Maßgarderoben, für jede Figur, billig zu erhalten. Kaufhaus für
 Herren- und Damen-Moda, Neue Schwetitzer-
 straße 6. 8278
 Steppdecken, prima Qualität, solche
 Kuche, preiswert abgegeben bei Frau,
 Junkenstrasse, gegenüber Kisting. 8400
 Damen-Mäntel billig zu verkaufen
 Königsplatz 4, L. bei Beras. [8393

**Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können
 ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und
 die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie
 unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, dass sie bei ihren
 Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und
 sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ berufen.
 Außerdem gibt man zur Unterstützung der „Volkswacht“
 kleine Anzeigen über Käufe, Verkäufe, Vermietungen, Miet-
 gesuche, Arbeitsgesuche, Arbeitergesuche und dergl. in den
 „kleinen Anzeigen“ der „Volkswacht“.**
 Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. Januar.

Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten brachte zunächst die Mitteilung über die neue Besetzung der Ausschüsse, soweit dieselbe vom Bureau angeordnet wird. Zusammen mit den alten Mitgliedern werden die Sozialdemokraten in diesen Ausschüssen wie folgt vertreten sein:

1. Wahl- und Verfassungsausschuss: Schütz.
2. Finanz- und Verkehrsausschuss: Wiener, Zimmer, Feder.
3. Schulausschuss: Brosig, Klöthe.
4. Grundbesitzsausschuss: Löbe, Schlich.
5. Bauausschuss: Philipp, Schütz, Scholz II.
6. Gesundheits- und Ausschuss: Neutrich, Landsberg, Wittke.
7. Rechnungsausschuss: Wiener, Schäfer, Kojisch, Ziegler.
8. Staatsausschuss: Löbe, Neutrich.

Die Ausschüsse 1 und 8 sind demnächst zu ergänzen und schlägt die sozialdemokratische Fraktion für 1 noch Genossen Löbe, für 8 Genossen Wiener vor. Unter Anwesenheit eines dritten Mann im Grundbesitzsausschuss wurde durch Schiebungen hinter den Kulissen abgewehrt. Statt dessen wurden Privatinteressen für den Grundstückskauf hineingewählt; eine Angelegenheit, in der das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Fast jede der zur Beratung kommenden Vorlagen entfiel sodann eine lebhafteste Debatte, sodass von der reichhaltigen Tagesordnung nur ein halbes Duzend Vorlagen zur Erledigung kamen. Ob es sich um 140.000 Mark zur Lieferlegung der Dächer am Zehndelberge oder um 1500 Mark für die Selterwasserfabrikationsanlage in der Einbaumstraße handelte, die Redelust machte nirgends Halt, selbst nicht vor Bagatellen.

Für die Arbeiterschaft am wichtigsten war dabei die Debatte, die sich mit der Ausgestaltung der Gewerbegehilfen-Krankenkasse zur Allgemeinen Ortskrankenkasse im Sinne der Reichsversicherungsordnung beschäftigte. Der Magistrat beantragte sehr richtig, von der Bildung einer neuen Kasse für die bisher nicht versicherungspflichtigen Arbeitnehmer abzusehen, zum zweiten aber, diese Leute der Gewerbegehilfenkasse zuzuweisen. Die einseitige und schlechte Begründung der Vorlage gab den Genossen Neutrich und Zimmer Gelegenheit, die ganze Mißere des Breslauer Krankentausens aufzuzählen, wo 97 Kassen und Pächchen jede gute Verwaltung, Ueberblick und wirkliche Sozialpolitik erschweren und Gebilde aufrecht erhalten worden sind, die eine wahre Karikatur aufs Versicherungswesen darstellen. Unter der gespannten Aufmerksamkeit der Versammlung legte Stadtverordneter Neutrich als gründlicher Sachkenner die Mißstände dar und verwies mit aller Deutlichkeit auf das Bureau XIII des Magistrats, wo aller Rücksicht stets seine fürsorgliche Stütze gefunden habe. Genosse Zimmer unterstützte, nachdem er die Verhältnisse der beiden in Betracht kommenden Kassen gegeneinander abgemessen hatte, diese Vorwürfe und konzentrierte sie auf den Kassensekretär Scholz I, der seine Stellung dazu mißbraucht hat, nicht nur um die Verschmelzung der Breslauer Kassen zu hintertreiben, sondern um noch neue Kassen zu den bestehenden hinzuzufügen. Mit ungewöhnlicher Schärfe faßten die Angriffe auf diesen Gemütschub der Entwidlung nieder, sodass sich Oberbürgermeister Matting veranlaßt sah, wenigstens bedingt seinen Beamten in Schutz zu nehmen, wenn er auch die Möglichkeit von Mißgriffen für sehr nahelegend hielt. Leider verhinderte ein Schlussantrag und ein Versehen im Präsidium, das die Wortmeldung zur persönlichen Bemerkung vergaß, weitere Ausführungen in der Sache. Es wäre sonst von unserer Seite festgestellt worden, daß der allerdings ungewöhnliche Angriff auf einen städtischen Bureauleiter in dem ungläublichen Verhalten des betreffenden Herrn seine Begründung findet, über das Herr Oberbürgermeister Matting persönlich noch genauer unterrichtet werden soll. Er wird dann dieser Selbstherrlichkeit ein rasches Ende bereiten, da leider der sonst wohlwollende Magistratsdezernent in diesen Dingen ganz ins Schleppplauder des Bureaukraten geraten ist.

Eine weitere Auseinandersetzung knüpfte sich an die Verwendung des 500.000 Mark-Fonds, der im vorigen Jahre für Krankenhaus-, Armenhaus- und Schulbauten angelegt worden war. Der Magistrat will jetzt 400.000 Mark ihrem vorher bestimmten Zweck zuführen, der Staatsausschuss folgte aber seinem Referenten Dettinger und verlagte die Verwendung des Geldes auf ein Jahr, in der Befürchtung, daß dann der Fonds zur Deckung des Defizits der Jahreshundertfeier nötig sein würde. Kammerer Matthes und Genosse Löbe verwahrten sich energisch gegen die Zuführung dieses für Kulturzwecke bestimmten Geldes zu Festlichkeiten, während Herr Zeron und Dr. Gande dies für zulässig fanden. So wurde die Beschlußfassung um ein Jahr vertagt.

Ganz zu Beginn der Sitzung erhob sich, wie schon erwähnt, ein Sturm im Glase Selterwasser, weil der Magistrat die fürchterliche Absicht hegte, den Bedarf von Selterwasser in der Heilanstalt auf der Einbaumstraße diesem Vorschläge mit allen gegen eine Stimme zugebilligt und Genossen Neutrich mit der Vertretung der Vorlage betraut. Kaum hatte er sich dieser Aufgabe unterzogen, da erhob sich schon der Wall der Epische, vom geschwätigen Mühlbach und Herrn Melbe angeführt, vom „Vorwärtsritter“ Hamburger sekundiert und von Herrn Perschel gefolgt, um diesen Eingriff in die heiligen, wohlbewachten Rechte der Selterfabrikanten mit ihrem so un-

gemein hinterlistigen „Handwerk“ in Grund und Boden zu reden. Vergeblich waren die medizinischen Ausführungen des Stadtrat Fränkel, vergeblich die praktischen Hinweise des Oberbürgermeisters, des Stadtverordneten Jungfer und unferer Referenten, die Vorlage fiel, die Rückständigkeit triumphierte! Herr Hamburger leistete sich dabei die Ungezogenheit, in die rein sachliche Frage die politische Parteilichkeit des vom Ausschuss, also von seinen eigenen Parteifreunden, gestellten Referenten an den Haaren heranzuziehen und die Magistratsvorlage mit dem Sozialistenschrecken zu bekämpfen. Die Selterfabrikation, die von der königlichen Eisenbahnverwaltung, von vielen großen Industrie-Etablissements, vom Breslauer bürgerlichen Konsumverein betrieben wird, dünkt diesen eminent „freisinnigen“ Herrn als der Anfang des Gemeindefortschritts! Genosse Neutrich deckte ihn für die Taktlosigkeit wie für die Fortschrittlichkeit seiner Stellung kräftig zu.

Gegen Schluß der Sitzung entstand noch ein Konflikt zwischen der Tiefbauverwaltung und den Stadtverordneten, die sich darüber beschwerten, daß die Lieferungen für die noch zu bewilligenden Dächerarbeiten schon ausgeschrieben seien, ohne daß die Arbeiten von der Versammlung bewilligt und die städtische Verpflichtung zur Kostendeckung festgestellt sei. Auch die Bewilligung des Oberbürgermeisters konnte nicht verhindern, daß die Angelegenheit erst in den Ausschüssen vorgenommen wird.

Da sich das Redebedürfnis der Stadtväter so reich beizugibt hatte, mußten die neuen Steuervorlagen, Luftbarkeitssteuer, Hundesteuer, die Wahl des Ausschusses I auf nächste Woche vertagt werden. In dieser Sitzung soll dann auch die Schaffung einer zweiten Stadtkulturratsstelle auf der Tagesordnung stehen.

Die allgemeine Ortskrankenkasse.

Der Magistrat hat beschlossen, sich gegen die Errichtung einer neuen Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Breslau und für die Ausgestaltung der bestehenden Allgemeinen Ortskrankenkasse (früher Allgemeine Ortskrankenkasse für Gewerbegehilfen) zur Allgemeinen Ortskrankenkasse im Sinne der Reichsversicherungsordnung auszusprechen, und erachtet, diesem Beschlusse recht bald beizutreten.

Der Berichterstatter Stadtv. Neutrich (lib.) würdigt die Vorläge in längeren Ausführungen und beantragt, sie anzunehmen.

Stadtv. Neutrich (Soz.): Es ist erfreulich an der Vorlage, daß sie Breslau vor einer Landkrankenkasse bewahren will, die zweifellos eine Schädigung des Versicherten bedeutet. Dadurch wird verhindert, daß die heiligen Landarbeiter, Dienstboten usw. einer Kasse überwiegen werden, wo sie nur zu zahllos, aber über die Verwaltung nichts zu sagen hätten. Bedauerlich ist jedoch bei der ganzen Sache, daß wir trotz der R.-V.-D. nicht zu einer wirklichen Verschmelzung der Krankenkassen kommen, die uns so dringend nützt. Wir leiden nämlich in Breslau unter einer Zersplitterung, wie sie schlimmer gar nicht gedacht werden kann. Es gibt hier nicht weniger als 53 Ortskrankenkassen, sowie 43 Fabrikantenkassen und als Krönung des ganzen Krankentausens gar noch eine Zimmungskasse, also 97 Kassen. Berlin hat wohl 117 Krankenkassen; aber wenn man bedenkt, daß es viermal so groß ist als Breslau, so ist unsere Zersplitterung bedeutend größer. Wir haben die größte Kasse mit über 20.000 Mitgliedern und als kleinste Kassenorganisation 16 Mitglieder. Was können solche Zwerggebilde leisten? Ueber das Allernötigste an Krankengeld, Kost, Medizin und Krankenhaus kommen sie nicht hinaus. In Maßregeln zur Vorbeugung von Krankheiten kann gar nicht gedacht werden und Genesungshilfe ist ihnen vollends unerreichbar. Manche Kassen können nicht leben und nicht sterben. Da ist z. B. die Schneiderei-Kasse die bei etwa 12.000 weiblichen Mitgliedern und 7000 männlichen schwer zu kämpfen, was begreiflich erscheint, denn die meisten Frauen und Mädchen zahlen niedrige Beiträge, verursachen aber dieselben Kosten, wenn es sich um den Arzt, die Medizin und das Krankenhaus handelt. Die Zusammenfassung aller Kräfte zu einem gerechten Ausmaß wird seit langem in den Kreisen der Versicherten als dringendes Bedürfnis empfunden. Wir haben in Breslau mehr als 130.000 Kassennutglieder; also mittelbar und unmittelbar werden von den Leistungen der Krankenkassen etwa 300.000 hiesige Einwohner berührt. Das ist von der allergrößten Bedeutung. Ein gutes Teil Volksgesundheit steht da auf dem Spiele, ja das Wohl der Stadt, Breslau steht leider in der Sterblichkeit obenan, in der Schwundjahre und der Säuglingssterblichkeit. Das sind alles Tatsachen, die dazu führen müßten, auch in der Krankenkassensache etwas tiefer zu graben und sich nicht zu bescheiden mit der einfachen Erklärung einer bestehenden Kasse zur allgemeinen Ortskrankenkasse. Der Magistrat wäre verpflichtet gewesen, nach vorwärts zu drängen und geeignete Vorschläge für den Ausbau zu machen.

Doch was müssen wir sehen! Gerade das Bureau XIII, das die sozialpolitischen Dinge bearbeitet, macht am allermeisten in Sozialpolitik, hat vielmehr seit Jahren immer gebremst, wenn die Krankenkassen immer wieder die Zentralisation forderten. Im Jahre 1906 wurden die Kassen angewiesen, weil die D.-R.-K. leistungsfähig seien, 1911 vergrößerte man uns auf die R.-V.-D. und jetzt ist das Bureau XIII auch nur mit halbem Herzen an die große Aufgabe herangetreten, weil es kein Wunder ist, daß nichts dabei herauskam. In der Magistratsvorlage heißt es allerdings 20 Kassen werden eingehen, da sie zu klein sind, um nach den neuen gesetzlichen Vorschriften bestehen zu können, etwa 2000 Mitglieder werden dann der Allgemeinen überwiesen. Aber es bleiben immer noch 77 Kassen und an der unheilvollen Zersplitterung wird im wesentlichen nichts geändert. Auch der Magistrat als Aufsichtsbehörde leidet darunter, denn jede Kasse muß mindestens einmal im Jahre geprüft werden. Wir müssen der Magistratsvorlage zustimmen, weil im Augenblick kaum mehr zu erreichen ist. Vom Magistrat erwarten wir aber, daß er dem Krankentausen in Breslau die größte Aufmerksamkeit schenkt und es ihm endlich Ernst ist mit der Zentralisation, wovon in seiner Vorlage auch die Rede ist. Er sagt, hoffentlich ist die Allgemeine D.-R.-K. der erste Schritt zu einer größeren Verschmelzung der Kassen. Das hoffen auch wir und verlangen, daß der Magistrat alles tut, um dieses Ziel zu erreichen.

Stadtv. Körner I (lib.): Die Sache ist so wichtig, daß sie an die Ausschüsse I und VI überwiegen werden muß, was ich beantrage.

Oberbürgermeister Matting: Man muß zugeben, daß die Gestaltung des Kassentausens auf das Wohl der Bevölkerung von großem Einfluß ist. Aber wenn der Stadtv. Neutrich die Gelegenheit wahrnimmt, dem Bureau XIII Vorwürfe zu machen, so sieht das jetzt nicht zur Frage. Im übrigen erkenne ich aber an, daß die Zentralisation der Kassen nötig ist. Ich muß selbst sagen, daß ich überrascht war, als ich in Breslau vom Kassentausen hörte.

Stadtv. Wolf (lib.): Ich stimme mit dem Kass. Neutrich darin überein, daß es das Beste wäre, alle Kassen zu ver-

schmelzen. Aber Tatsache ist doch, daß 60 Kassen den Zentralisationsantrag gestellt haben. Die Sonderbündelheit haben bei den Kassen noch sehr groß. Ob da der Einfluß des Bureau XIII gar so bedeutend ist, weiß ich nicht. Zur Magistratsvorlage muß ich sagen, daß sie zuerst das Richtige trifft, wenn sie uns die frühere Gewerbegehilfenkasse als allgemeine Ortskrankenkasse vorschlägt. Vom Standpunkt der Kaufleute kann ich Sie nur bitten, die Kasse zur Allgemeinen Ortskrankenkasse im Sinne der Reichsversicherungsordnung auszugestalten.

Stadtv. Zimmer (Soz.): Die Behauptung, die Krankenkasse der Kaufleute habe keinen Verzicht gemacht, ihren Ausbau zur allgemeinen Ortskrankenkasse zu erreichen, ist falsch. Sie hat im Gegenteil sich sehr für diese Sache eingesetzt, wie mehrere Schriftstücke beweisen, die sie in dieser Angelegenheit mit dem Versicherungs- und Oberversicherungsamt gewechselt hat. Wenn man eine der bestehenden Krankenkassen zur allgemeinen Ortskrankenkasse ausbauen wollte, dann hätte man entscheiden die größte, bestunderteste und darum leistungsfähigste Kasse dazu nehmen sollen. Darum ist es ein Fehler, die gewerbliche Krankenkasse zu wählen, wie es die Vorlage empfiehlt. Die Krankenkasse der Kaufleute bietet ihren Mitgliedern entschieden mehr, als jede andere Kasse der Stadt. Sie ist ihnen in der vorbeugenden Behandlung und in sonstigen Leistungen weit voraus. Auch ihr Gesundheitsheim, das 50 Personen aufnehmen kann, ist mittergütig. In der Zentralfürsorge und auf anderen Gebieten hat die Kasse Hervorragendes geschaffen. Leider haben wir sogar bei der Staatsregierung mehr Entgegenkommen gefunden, als beim Magistrat Bureau XIII, das durchaus nicht den sozialen Zwecken dienlich, für die es geschaffen ist. Wir begreifen es außerordentlich, daß der Herr Oberbürgermeister sich hier für die weitgehende Zentralisation der Krankenkassen ausgesprochen hat, und wünschen, daß es seinem Einfluß gelingen möge, die Verhältnisse im Bureau XIII gründlich zu ändern. Der Leiter dieser Abteilung, Kassensekretär Richard Scholz, ist daran schuld, daß wir keine Kassenzentralisation haben. Nach der Vorlage werden von etwa 200.000 Kassen der allgemeinen Ortskrankenkasse angeschlossen werden; über Neutrich haben von der Reform unberührt. Das ist ein Zustand, der für die Mitglieder dieser Kassen sehr nachteilig ist. Das Magistratsbureau XIII hat hier, wie schon bei den sozialen Fragen, völlig versagt. Es ist sehr zu wünschen, daß es die Art seiner Tätigkeit gründlich ändert. Besonders wünschenswert wäre es auch, wenn die Begehung des Publikums auf dem Bureau besser würde. Dem Vortrage, den Vortrage des Magistrats an den Ausschuss zu verweisen, stimmen wir zu, bedauern aber, daß in dieser so wichtigen Frage etwas so Unvollständiges und Unzulänglichendes geschaffen wird.

Oberbürgermeister Matting: Herr Zimmer hat Ausführungen gegen einen Beamten gemacht, denen gegenüber ich sagen muß, daß Herr Kassensekretär Scholz im Bureau XIII, den ich nicht kenne, als ein sehr tüchtiger Beamter gilt, von dem allgemein angenommen wird, daß er stets das Beste beabsichtigt.

Der Berichterstatter, Stadtv. Neutrich (lib.), widerspricht dem Vortrage, die Verlage an die Ausschüsse zu überweisen und erwünscht nochmals, die Magistratsvorlage ohne Ausschussberatung anzunehmen. Es handle sich hauptsächlich um die Frage, soll die Stadt eine neue allgemeine Ortskrankenkasse errichten, oder eine alte ausstellen. Die Stadt fahre gut, auf eine neue allgemeine Ortskrankenkasse zu verzichten, und die frühere Gewerbegehilfenkasse als allgemeine Ortskrankenkasse zu erklären. Eine andere Kasse, auch die kaufmännische, könne nicht in Frage kommen. Da die Sache sehr klar vor der Versammlung liege, sei eine Ausschussberatung nicht nötig. Der Antrag Körner I wird abgelehnt und der Antrag des Berichterstatters angenommen, der dahin geht, der Magistratsvorlage zuzustimmen mit der Maßgabe, daß sich die Versammlung gegen die Errichtung einer neuen allgemeinen Ortskrankenkasse entscheidet.

Die Selterwasseranlage im Krankenhaus.

In der städtischen Heilanstalt für Nerven- und Gemütskranken auf der Einbaumstraße soll nach einem Antrage des Magistrats eine Anlage zur Herstellung von Selterwasser errichtet werden, die 1500 Mk. kostet.

Der Berichterstatter Stadtv. Neutrich (Soz.) erachtet namens des Ausschusses VI, der Vorlage zuzustimmen. Die Selterfabrikanten haben zwar gegen die Vorlage geharnischten Einspruch erhoben und reden von Schädigung ihres Gewerbes; davon kann jedoch gar keine Rede sein. Die Anlage in der Heilanstalt ist zweckmäßig und bringt eine Ersparnis von jährlich 1500 Mark. Uebrigens besteht eine Selteranlage bereits seit Jahren im Benzel Gandel'schen Krankenhaus und hat sich durchaus bewährt. Nicht zahlen wir für eine Flasche Selter 4 Pf., und für eine Flasche Limonade 7 Pf., bei eigener Herstellung kostet uns eine Flasche Selter 2 Pf., eine Flasche Limonade 4 Pf.

Stadtv. Melbe (kon.) bittet, den Antrag abzulehnen. Die Stadt dürfe unter keinen Umständen den Gewerbetreibenden Konkurrenz machen. Solche Maßregeln erschüttern das Vertrauen der handwerktreibenden Bürger in die Stadtverwaltung. Das Selterwasser wird sich bei der Herstellung durch die Stadt unter keinen Umständen billiger, wahrscheinlich aber schlechter stellen, als beim Bezug vom Fabrikanten. Er ist prinzipiell gegen solche Vorschläge. Ihre Ausführung erschweren nur die Verwaltungen.

Stadtv. Hamburger (lib.) will ebenfalls das Gewerbe geschützt wissen und wendet sich ganz entschieden gegen den Antrag des Magistrats. Der Verdienst von etwa 1500 Mark sei unwesentlich und würde, wenn wahrscheinlich bald ein Beamter für diese Sache angestellt werden müßte, bei weitem nicht zur Deckung der Mehrausgaben reichen. (Zustimmung bei der Mehrheit.)

Stadtrat Fränkel: Der Sturm im Glase Wasser, den die Herren Melbe und Hamburger heraufbeschworen haben, ist durchaus nicht tragisch zu nehmen. Es ist doch von vornherein nur ein vorläufiger Bezug vom Lieferanten beschloffen worden. Wenn alle städtischen Arbeiten durch selbständige Gewerbetreibende gemacht werden sollten, würde sich unser Etat ganz enorm erhöhen. Eine Einstellung weiterer Arbeitskräfte erfordert die Selbstherstellung des Selterwassers nicht; sie wird von den schon vorhandenen Angestellten ganz bequem mitgemacht werden.

Oberbürgermeister Matting tritt warm für die Annahme der Vorlage ein, weil sie, abgelehnt von der tatsächlichen Ersparnis auch sonst einen Fortschritt bedeuten würde.

Stadtv. Dr. Sufmann (kon.): Der Vorschlag des Magistrats hat geradezu einen Hohnschrei bei den Gewerbetreibenden ausgelöst. Er bestreitet, daß die Stadt bei der Selbstherstellung des Selterwassers keinen Gewinn, sondern einen Verlust haben würde.

Stadtv. Mühlbach (lib.): Die Rechnung des Magistrats kann unmöglich stimmen. Nach dem Angebot einer Selterwasserfabrik liefert diese die Flasche Limonade für 6 Pfennige. Zur Selbstherstellung gehören mindestens zwei Arbeiter.

Stadtv. Jungfer (lib.) weist die Behauptung, die Rechnung des Magistrats sei nicht richtig, entschieden zurück. Es ist alles bis ins kleinste erwogen worden.

Stadtrat Fränkel bemerkt, daß das Benzel Gandel'sche Krankenhaus schon längst sein Selterwasser selbst und mit Gewinn herstelle.

Stadtv. Perschel (lib.): Unmittelbar nach der Annahme einer Steuererhöhung sollte man den gewerbetreibenden Bürgern nicht mit einer solchen Vorlage kommen. Er hat sich

- 3. Einführung des Oberbürgermeisters Mattig. Der Vorstehende Dr. Freund bringt in der Versammlung ein unermitteltes und gegen die sonstige Gepflogenheit nicht übliches Materhoch aus, in das die Sozialdemokraten nicht einstimmen.
- 10. Gegen die Stimmen der Merkmalen, aber befristet vom Genossen Döbe, wird eine große Orgel für die Festhalle bewilligt. Mit Zustimmung der Sozialdemokraten werden angenommen: die Anträge auf Automobillieferung der Gabeler Feuerwehr, der Nachtragsetat von 8.000.000 Mark für die städtische Straßenbahn und 396.500 Mark für die elektrische Stromversorgung von Döberitz, Riemberg, Reichwalb und Lantow.
- 21. Der Antrag der Feuerungskommission auf Bewilligung von 70.000 Mark zum Ankauf und regelmäßigen Betriebes guten und billigen Fleisches wird einstimmig bewilligt. Der Vorstehende Freund widerspricht dem Ansuchen des Stadtverordneten Herschel, dem Genossen Döbe einen Ordnungsruf zukommen zu lassen. Herschel gab den guten Rat, die Besserstellerten sollten zur Änderung der Not weniger Fleisch essen, und Döbe wies in seiner Rede die Frage auf, ob dieser gute Rat bereits beim Jubiläumessen für Fürstbischof Kopp erfolgt sei. Beschlossen werden ferner: Die Fluchlinienveränderung zur Verbreiterung der Gräbenerstraße zwischen Sonnenstraße und Friedrichstraße und die Anlegung eines Tunnels beim Neubau des Oberbahnhofs im Zuge der Hermannstraße. Genosse Schütz verlangt eine Verbindung zwischen Pöpelwitz, Gräbichen und Roggern.
- 21. Stadtv. Freund beantragt die Errichtung eines städtischen Pfandbriefamtes mit Befreiung bis zu 60 Prozent des Grundstückswertes, Genosse Wiener verlangt Erweiterung bis zu 75 Prozent und Beschränkung auf moderne gute Mietwohnungen für Kinderbewilligte. Beide Anträge gehen an Ausschuss I. Bemerkung werden: Die Einrichtung des Hauptmarktes auf der Klosterstraße 72/73, die Erweiterung des Elisabethenparkums und die Neuanschaffung von 22 neuen Straßenbahnwagen. Auf Antrag des Genossen Wiener, der für Schulanten das Tempo des Umstellungsbauens wünscht, wird die Festlegung des Mietkontraktes für die hiesig ungeeignete Mittelstraße Paradiesstraße 19 auf 10 Jahre statt mit jährlicher Kündigung abgelehnt.

November.

- 11. Der vom Oberbürgermeister Mattig dringend befürwortete Antrag, das Stadttheater mit wesentlichen erhöhter Unterstützung in der Art der Bühne zu verpacken, wird gegen eine Sitane abgelehnt, nachdem der Vorstehende Dettlinger und die Stadtverordneten Feige, Dulowitz und Genosse Landsberg eingehend gegen die Vorlage sprachen. Dieser verlangt vorläufig die Verträge mit den Schauspielpersonal auf 1 Jahr zu verlängern und monatlich 2 freie Tage für die Theaterarbeiter festzusetzen. Der Betrieb des städtischen Theaters in eigener Verwaltung wird einstimmig angenommen.
- 21. Oberbürgermeister Mattig erklärt, daß der Neubau des Allerheiligen-Hospital in Vorbereitung sei. Eine Deputation des Stadtv. Winkels, die Sozialdemokraten hätten gegen den Tunnel unter dem Oberbahnhofs gesprochen, wird befristet abgelehnt. Beschlossen wird mit deren Zustimmung der Fortbildungszulassung für Schmelzinnen, Pflanzmaschinen und Freizeiten, das neue Statut für die Gewerbebetriebe, das Gehalt des Theaterintendanten und die vorläufige Verlängerung der Verträge der Angestellten des Stadttheaters auf ein Jahr.
- 28. Einstimmig angenommen wurden die Anträge auf: Erweiterung der Straßenbahn Lehmgutten-Georgstraße, eine Vertiefung an die hiesige kirchliche Gemeinschaft zur Rettung Trunkstüchtiger, ein weiterer Zuschuß an den Arbeitsnachweis für Gastwirtgehilfen und die Errichtung von 28 neuen Volksschulklassen nebst Mietung fehlender Räume. Genosse Müller verlangt, daß die Pächter der städtischen Gastwirtschaften den paritätischen Arbeitsnachweis für ihre Angestellten benützen sollen. In der Aussprache über die Volksschulklassen besteht Genosse Wiener auf der Mitwirkung der Versammlung bei Mietung von Schulräumen. Die Stadtv. Niksch und Herschel rufen eine lebhafte Auseinandersetzung über ihre Feindseligkeit gegen interkonfessionelle Schulen hervor. Sie erhalten die nötige Antwort vom Oberbürgermeister, vom Stadtv. Schütz und von den Stadtv. Kaufmann und Genossen Wiener. In die Theaterdeputation werden noch hineingezogen: die Stadtv. Kinkelsch, Kettler und Genosse Landsberg.

Dezember.

- 12. Die Bau- und Betriebsdeputationen werden berufen; in die Betriebsdeputation wird Genosse Schütz gewählt. Bei Besprechung der Anfrage Müller wegen Zurücklegung der Breslauer Handwerker bei Vergabe städtischer Arbeiten, besonders für die Festhalle, werden ihm und Döberitz 1000 Mark Uebertragungen nachgewiesen. Genosse Philipp verlangt dabei Berücksichtigung der Breslauer Arbeiter. Die Vorlage wegen Bewilligung von 4 Millionen Mark für die Lösung der Trinkwasserfrage geht an die Ausschüsse V und VI.
- 19. Beschlossen werden einstimmig: Anlauf von 58 Seklar Land vom Freigut Steine zu Verinselungszwecken, 25.000 Mark Garantiefonds für die Flugwache, Ueberweisung des Krankheitsfürsorgefonds an die Feuerwehr, Anschaffung vier neuer Automobilen dazu und 1.236.000 M. zur Herstellung weiterer Müllgasanlagen. Hierbei befreit sich Genosse Philipp über die Zurückweisung von unklaren bei ganz armen Leuten und über die erhöhten Explosionsgefahren, die durch ungeschickte, schlechtbezahlte Monteurarbeiten entstehen. Die Prüfung der Beschwerden wird ausgesetzt. Nach längerer Aussprache geht die Vorlage über die Trinkwasserfrage nochmals an die Ausschüsse.

Bekämpfung der Mücken.

Mit dem Beginn des Frostes geht auch in diesem Winterhause die städtische Gartenverwaltung an die Mückenbekämpfung heran, die bis Mitte März beendet sein muß, da um diese Zeit die Mücken aus Kellern und anderen Schlupfräumen ins Freie ziehen. Obgleich die von der Stadt ausgeführten Arbeiten der Mückenbekämpfung ein überaus verdienstliches Werk zum Wohle der Allgemeinheit und den Bestreben der in Frage kommenden Gebäude keinerlei Kosten oder Nachteile verursachen, ist doch den mit der Ausführung der Arbeiten beauftragten Personen vielfach der Zutritt zu den Gebäuden verweigert worden. In der Oberen Vorstadt und in den Olschlagern der Belagbegränze links der Ober bis Scheinung ist in elf Häusern, in der Sand- und Oberstadt in 18, in der Südstadt gar in 108, in Kosenhof, Carlstadt, Stadthöfen in fünf Häusern der Zutritt verweigert worden. Als Grund der Weigerung ist vielfach angegeben worden, daß die Räume Schwere enthielten, für die man eine Bekämpfung befürchte; mehrfach erfolgte die Weigerung ohne Angabe eines Grundes. Hier sieht man den ausgesetzten Personen mit Mühen zu begegnen. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß von der Stadtverwaltung zur Ausübung der Arbeiten ein besonderes Aufsehen verwendet werden, die von vornherein eine Mühseligkeit dafür bieten, daß die Arbeiten richtig und gut ausgeführt werden.

hier, ob wir im Stadtbetriebe dem Sozialismus zusteuern oder das Kleinergewerbe schütten wollen. (Beifall rechts.)
 Oberbürgermeister Mattig bittet, die Vorlage auf keinen Fall vom parteipolitischen Standpunkt aus abzulehnen, sondern nur den Nutzen der Stadt zu erwägen. Grundständige Bedenken müssen dieser Frage gegenüber zurücktreten.
 Stadtv. Niksch (lib.) verteidigt die Ansicht, daß die Stadt verpflichtet ist, die Bedürfnisse ihrer Betribe möglichst selbst herzustellen.
 Der Berichterstatter Stadtv. Neutich (Soz.) bemerkt, daß die langen Auseinandersetzungen viel Lärm um nichts bedeuten. Das Prinzip, das mit der Vorlage angeblich so schwer verlegt ist, wurde von der Stadtverordneten-Versammlung schon oft durchbrochen, wenn es zweckmäßig und nötig war. Es ist auch in diesem Falle vorteilhaft, im Krankenhaus das Selber selbst herzustellen, was bedeutend bequemer und billiger ist. Jemand ein Handwerk wird dadurch nicht geschädigt. Der Stadtv. Hamburger kämpft gegen die Vorlage mit dem Hinweis darauf, der Berichterstatter ist ja Sozialdemokrat, dem es selbstverständlich darum zu tun ist, die Stadt zur Selbsterwasserfabrikation zu bringen. Demgegenüber ist zu betonen, daß der Ausschuss VI mit allen gegen eine Stimme die Annahme der Vorlage beschloß und mich beauftragt hat, sie in der Stadtverordneten-Versammlung zu vertreten. Hauptächlich die Parteigenossen des Herrn Hamburger haben dies getan. Es ist also unangemessen, die Sozialdemokratie mit der Magistratsvorlage in Zusammenhang zu bringen. Dann ist hervorzuheben, daß die Oberbahnverwaltung für ihre Arbeiter und Angestellten eigene Selbsteranlagen errichtet hat. Was der preussische Staat macht, kann doch nicht gar so gefährlich sein. Ich erlaube nochmals, die Vorlage des Magistrats anzunehmen. Von 84 Stadtverordneten stimmen 38 für den Magistratsantrag, der damit gefallen ist.

Der Magistrat beantragt, die Dächer durch die alte Ober am Burmowert Behndelberg herzuführen. Nach dem Vorschlage des Berichterstatters Stadtv. Niksch (lib.) und kurzer Aussprache wird die Sache dem Finanzausschuß und dem Grundbesitzauschuß überwiesen.
 Die Beiträge zur Ungefallenen-Versicherung will der Magistrat für die beteiligten städtischen Ungefallenen voll übernehmen.
 Auf Antrag des Berichterstatters Stadtv. Herschel (Her.) wird die Vorlage dem Wahl- und Verfassungsausschuß und dem Finanzausschuß überwiesen.
 Die neue Betriebsordnung und der Tarif des städtischen Hafens werden nach dem Bericht des Stadtv. Mugdan (lib.) ohne Aussprache genehmigt.
 Schluß der Sitzung 7/8 Uhr abends.

Praktisches Christentum und Reichsgewerbeordnung.

Das von dem Kaufmann Willy Dietrich gegründete Heimathaus „Schwarzes Kreuz“ (früher Nachmittags) auf der Hinterstraße hat im ganzen nicht weniger als 30.000 Menschen, Männer, Frauen und Kinder, unentgeltlich beherbergt. Jetzt schon diese Zahl, wie legendär das Heimathaus gewirkt hat, so ist es mehr als unverständlich, daß die hiesige Polizei dem Leiter des Hofs eine Schwierigkeit nach der anderen bereitet. In dem von Dietrich betriebenen Schriftenverkauf, aus dessen Erlös die Mittel zur Leitung der Unterhaltungskosten des Heims bestritten wurden, sah die Polizei die Veranstaltung einer befördlich nicht genehmigten Kollekte zu wohltätigen Zwecken. Diesen Standpunkt teilten auch die Breslauer Gerichte und das Kammergericht als Revisioninstanz. Am Donnerstag fand Dietrich wiederum vor dem hiesigen Schöffengericht unter der Anklage, den gewerbesteuerpflichtigen selbständigen Betrieb einer Gastwirtschaft nicht angemeldet zu haben. (Vergehen gegen die §§ 147, 33 R.-G.-O. und § 60 des Gewerbesteuergesetzes vom 21. Juli 1891.)

„Ich möchte nicht, inwiefern mein gemeinnütziges Unternehmen, den Betrieb einer Gastwirtschaft darstellt“, sagte der Angeklagte. „Ich beherberge täglich 150 bis 200 Personen und fordere von diesen Armen weder für die Verberbung noch für den abgereichte Speisen und Getränke einen Pfennig. Leute, die zu mir kommen, und Kaffee gegen Bezahlung zum Mitnehmen haben wollen, habe ich stets abgewiesen, schon weil ich diese „Käufer“ für Abgehändte der Polizei hielt.“ Der Vertreter der Staatsanwaltschaft versuchte zu beweisen, daß das Heimathaus „Schwarzes Kreuz“ ein anmeldspflichtiger Gastwirtschaftsbetrieb sei. „Es mag richtig sein“, begann er, „daß die Arbeit des Angeklagten ein Segen für viele ist. Keines Erachtens erfolgt die Verberbung der Obdachlosen doch gegen Entgelt. Allerdings bezahlen die Obdachlosen an Dietrich keinen Pfennig. Das tut jedoch nichts zur Sache. Für mich bleibt die Hauptsache, daß Dietrich von dritter Seite, von wohltätigen Gönnern, die Aufwendungen für sein Heim besteht und das genügt vollkommen, um den Begriff des Gastwirtschaftsbetriebes hier als vorliegend zu erachten. Dietrich läßt seine Tätigkeit objektiv gegen Entgelt und gewerbsmäßig aus. Ich beantrage gegen ihn 20 Mark Geldstrafe, das ist der doppelte Betrag der hinterzogenen Jahressteuer, die von der Regierung auf 10 Mark geschätzt worden ist.“ Diesen Ausführungen trat Rechtsanwalt Dr. Ehlenburg, der Verteidiger des Angeklagten, entgegen. Das Unternehmen des Angeklagten als Gastwirtschaft zu bezeichnen, heißt den Sprachgebrauch verewaltigen. Die Leute, die Geld in der Tasche haben, gehen zum Gastwirt, aber nicht ins Heimathaus. Wenn das richtig wäre, was der Herr Staatsanwalt ausspricht, so ist die größte Breslauer Gastwirtschaft das — Herrscheberger Erberloster, das — nach den Aussagen des Herrn Staatsanwalts — auch keinen Pfennig von den Kranken und Hilfsbedürftigen bezieht, dafür aber in hohem Maße auf willkürliche Spenden und Geldmittel von dritter Seite angewiesen ist. Ich glaube jedoch, kein vernünftiger denkender Mensch ist jemals auf den Gedanken gekommen, das Erberloster ist eine Gastwirtschaft. Die kostenlose Freizeitschäftigkeit hat demnach sowohl aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen. Noch einmal gab sich der Staatsanwalt, Herr Professor Späth, recht Mühe, die jetzt durchdrachten Ausführungen des Verteidigers zu entkräften. Aber das Gericht hielt sich wohl und ganz auf den Standpunkt des Angeklagten und ließ den Verteidiger und seine ein freisprechen des Urteils.

Qualifiziert hat Dietrich von der Polizei einen Strafbefehl wegen Verewaltigung einer öffentlichen Laibbarkeit und nachträglicher Verewaltigung erhalten, weil er in der Silberstraße, gegenüber der Jahreszahl 1871, die Obdachlosen ein frommes Lied singen ließ.

So wird praktisches Christentum von der Polizei und Rechts ausgeübt. Wie sagte doch der Stifter der christlichen Religion: Was Ihr tut, diesen geringsten meiner Brüder, das halt Ihr mir getan.“

* **Kaufmann.** Am Donnerstag in der Mittagsstunde ist auf der Oberstraße eine Frau auf der statten Straße geritten und hat einen kleinen Oberländerhund erlitten. Gemeinderat der Feuerwehr leisten der Verunglückten einen Rotverband an und schafften sie ins Allerheiligenhospital.
 * **Schulunterricht.** Aus einem Schulaufen, der an dem Schulaufen Friedrich-Bühnenstraße 2 angesetzt ist, sind in einer der letzten Nächte zwei Altkundinnen gestohlen worden. Einige Tage später wurden aus demselben Schulaufen zwei Altkundinnen entwendet.
 J. B. Z.

Besont sei besonders, daß die Anwendung der verschiedenen Mittel zur Abtötung der Mücken stets mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der mit Mücken besetzten Räume erfolgt und besonders davon abhängig gemacht wird, ob in diesen Räumen Schwärze lagern. Wenn dies der Fall ist, wird stets das Bespritzen der Mücken mit einer Brezigenitigen Nitrobenzollösung unterlassen. Das Ausräuchern der Keller mit einem Kubler, das von dem hygienischen Institut anerkannt ist, geschieht nur dort, wo keine Feuergefährlichkeit besteht und auch keine Schwärze lagern. Das Ausräuchern der Mücken mit einer Öllampe wird nur in feuergefährlichen Räumen unternommen, wo die Anwendung der anderen Mittel nicht möglich ist. Bemerk sei, daß in Räumen, wo Wein in Flaschen oder Fässern lagert, die Mücken ohne Schädigung des Weines mit allen drei Mitteln bekämpft werden können, auf Wunsch der Eigentümer aber auch hier nur das geruchlose Ausräuchern angewendet wird. Nach alledem kann zum Nutzen der Allgemeinheit wohl erwartet werden, daß in diesem Jahre den Mückenbekämpfungsarbeiten der städtischen Gartenverwaltung nichts mehr Schwierigkeiten oder Widerstand entgegenzusetzen werden.

Wichtig für Arbeiter, Angestellte

und Arbeitgeber ist eine Streiksache, die in der Sitzung des Breslauer Kaufmannsgerichts am 2. Januar verhandelt wurde.

Eine Verkäuferin in einer Möbelhandlung befand sich in ungeliebter Stellung, als das Geschäft in Konkurs geriet. Der Sohn des Gemeindeführers kaufte das Geschäft und das Personal, bis auf die Verkäuferin, trat bei dem neuen Prinzipal in Stellung unter Verzicht auf Gehalt aus der Konkursmasse. Die Verkäuferin willigte nur ein, in das Geschäft des Sohnes zu treten, wenn ihr der Konkursverwalter Sicherheit für zwei Monate Gehalt und Provision lieferte. Diese Forderung wurde abgelehnt und die Verkäuferin kurzweilend vom Konkursverwalter entlassen. Sie erhob Klage gegen ihn auf Zahlung eines Gehalts und Provisionsentschädigung von 415 M. mit der Verurteilung, daß, da der Inhaber des Geschäfts zahlungsunfähig ist, ihr das Recht zustehe, aus der Konkursmasse befriedigt zu werden. Der Verwalter vertrat die Ansicht, daß der Klägerin nicht der mindeste Anspruch an die Masse zustehe, sie vielmehr verpflichtet gewesen wäre, die ihr angebotene Stelle anzunehmen. Er erhob Gegenklage mit dem Antrage, festzustellen, ob die Klägerin eine Forderung gegen die Masse geltend machen könne oder ob sie mit Recht entlassen worden sei. Das Kaufmannsgericht wies die Widerklage durch Urteil ab, indem es anerkannte, daß die Klägerin nicht verpflichtet war, ihren sicheren Anspruch gegen die Konkursmasse aufzugeben und dafür ein unsicheres Dienstverhältnis einzugehen. Der Verwalter legte gegen dieses Urteil Berufung beim Landgericht ein. Vor diesem Gericht kam es schließlich darauf an, die Zahlungsunfähigkeit des Geschäftsnachfolgers nachzuweisen. Dieser Nachweis gelang der Klägerin vollkommen. Die Berufung wurde verworfen. Es könne einer Angestellten, sagte das Gericht, nicht zugemutet werden, einen kurzfristigen Dienstvertrag mit einem zahlungsunfähigen Dienstherrn abzuschließen, lediglich im Interesse des früheren Dienstherrn, der sie ohne stichhaltigen Grund entlassen hat. Nun nahm die Verkäuferin ihre Klage vor dem Kaufmannsgericht wieder auf. Nach dem rechtskräftigen Urteil des Landgerichts wurde der Konkursverwalter verurteilt, an die Klägerin 415 Mark zu zahlen. Wegen dieser Entscheidung wird er wiederum Berufung einlegen.

Das Problem der Ehescheidung.

Der Bund für Mutterrecht ließ sich am Mittwoch abend von Professor Broda aus Paris einen Vortrag halten über das Problem der Ehescheidung. Professor Broda zog eine Vergleich zwischen den Vorbedingungen der Ehe, wie sie früher bestanden und wie sie sich jetzt entwickelt haben. Er betonte, daß die Ehe heute nicht mehr die wirtschaftliche Bedeutung hat wie einst. Während früher der Mann heiratete, um eine legitime Nachkommenschaft und eine Erzieherin seiner Kinder zu haben, zugleich aber auch eine Arbeitskraft für seinen Haushalt, rückt diese Bedingung in der modernen Ehe so gut wie ganz fort. Die moderne Produktionsweise hat dem Haushalte verschiedene Betätigungsmöglichkeiten der Frau entzogen. Andererseits ist die Frau aus der Familie herausgerissen und in die Fabrik gedrängt worden. Auch andere Umstände sprechen hier mit. Das Seelenleben des modernen Menschen ist viel ausgedehnter und feiner als das seiner Vorfahren. Während die Ehe einst schon als leidlich angesehen wurde, wenn beide Ehegatten ihre notwendigen Pflichten für Kindererziehung Haushalt und Unterhalt der Familie erfüllten, sucht der moderne Mensch auch eine geistliche Befriedigung im Zusammenleben beider Geschlechter. Der Gegensatz der Religion und Gefühle kann die Ehe zu einer unglücklichen gestalten. Eine solche Verbindung kann unmöglich als sittlich angesehen werden. Es ist deshalb vom sittlichen Standpunkte eine leichtere Lösung des Eheverhältnisses unbedingt erstrebenswert. Die Ehescheidung ist in dieser Frage noch sehr rückständig. Sie läßt nur für besonders schwere Verschulden, wie böswilliges Verlassen, Trachten nach dem Leben und schwere Verletzung der ehelichen Pflichten eine Ehescheidung der Ehe zu. In stich katholischen Ländern, z. B. Oesterreich, ist die Trennung einer Ehe überhaupt unmöglich. Ein solcher Zwang muß notwendig Tausende unglücklicher Ehen und verfehlter Menschenleben verursachen. Das ist vom menschenfreundlichen Standpunkte aus ein durchaus unbilliger Zustand. Die Möglichkeit einer leichteren Ehescheidung ist eine Notwendigkeit geworden. Das Mindeste, was man fordern könnte, wäre die Auflösung der Ehe bei gegenseitiger Abneigung, eine Bestimmung, die ja in verschiedenen Staaten Nordamerikas schon eingeführt ist und wahrscheinlich auch bald in Frankreich Gesetz werden wird.

Selbstverständlich muß bei einer Ehetrennung eine wirtschaftliche Sicherstellung des hilfloseren Teils, besonders aber die Pflege und Erziehung der Kinder festgestellt werden. Das kann wirkungsvoll allerdings nur durch ein staatliches Eingreifen geschehen.

In der Aussprache ergriffen viele Redner für und wider diese Ausführungen das Wort. Im allgemeinen stimmte aber der meiste größere Teil der Zuhörer den Gedanken und Forderungen des Vortragenden bei. Dieser sprach auf eine dahingehende Anfrage noch kurz über die Bestrebungen des Instituts für internationalen Austausch fortgeschrittener Erfahrungen und forderte er auf, dieser räumlichen Verbindung beizutreten. Nach Schluß der Versammlung traten mehrere der Anwesenden, die dieser Aufforderung Folge geleistet hatten, zu einer Ortsgruppe für Breslau zusammen.

* Auf dem früheren Märktischen Bahnhof werden am 15. Januar die neuen Freilabegleise des Bahnhofes Breslau-Weiß in Betrieb genommen. Von diesem Tage an werden, wie gemeldet wird, Wagen auf den alten Freilabegleisen des früheren Märktischen Bahnhofes — Zufahrt durch Tor 4 und 5 — nicht mehr laderecht gestellt. Die Zufahrt zu den neuen Labegleisen kann bis auf weiteres nur von der Berlinerstraße aus — westlich vom dem Gebäude der städtischen Oberpolizeiaktion — erfolgen. In der An- und Abfuhr der Stückgüter und der am großen Kran zu behandelnden Wagenladungsgüter tritt eine Änderung nicht ein. Die Güterklasse ist vorläufig noch weiter im Schuppen 5.

* **Verkehr.** hat sich am Donnerstag in seiner Wohnung Friedrich-Rathstraße 23, S. Stad. der Oberlieutenant im 51. Infanterieregiment Ludwig v. Schöpp.

Das Arbeiter-Sekretariat Breslau im Jahre 1912.

Unser dieses Arbeiter-Sekretariat wird von der freigeorganierten Arbeiterschaft wie ein Kleinod gehütet und gepflegt, denn es soll gerade für den Armen und Bedrängten eine Stütze sein und allezeit helfend bestehen.

Wer erkennen will, was das Arbeiter-Sekretariat für unsere Arbeiter bedeutet, der muß im Geiste 1525 Greise und alte betagte Frauen oder hilflose Dienstmädchen oder Landarbeiter an sich vorüberziehen lassen, denen Bittgesuche, Klagen, Berufungen für Invaliden- oder Unfallfachen völlig unentgeltlich angefertigt wurden.

Und das Arbeiter-Sekretariat muß getragen sein vom unbegrenzten Vertrauen der Arbeiterschaft. Dortin wurzelt die Kraft des Unternehmens.

Das Vertrauen wird noch größer, wenn bei der Rechtsprechung derselbe Kauschende mit seiner Klage auf Recht abgewiesen wurde. Nicht bringen keine zehn Pferde mehr dortank!

Das von der organisierten Arbeiterschaft Breslaus schon vor 13 Jahren errichtete Arbeiter-Sekretariat hat sich auch im Jahre 1912 des Vertrauens in vollster Maße würdig erwiesen. Oder ist es kein gutes Zeichen, wenn 13.242 Besucher 1912 im Arbeiter-Sekretariat vorsprachen?

Table with 2 columns listing professions and their counts. Includes: 71 Bäcker, 31 Barbier, 1372 Bauarbeiter-Verein, 7 Bauarbeiter, 35 Bildhauer, 37 Brauer, 77 Bütcher, 267 Buchdrucker, 30 Buchdruckerei-Gilfsarbeiter, 40 Buchbinder, 1 Bühnenarbeiter, 2 Büro- und Kassendeamte, 18 Dachdecker, 565 Fa. ritarbeiter, 17 Fleischer, 19 Gärtner, 27 Gasmitzgehilfen, 188 Gemeindefarbeiter, 22 Glaser, 19 Glasarbeiter, 44 Handlungsgelhilfen, 52 Hausangestellte, 1127 Holzarbeiter, 83 Outmacher, 11 Kürschner, 41 Kupferschmiede, 11 Lagerhalter, 18 Landarbeiter, 31 Lederarbeiter, 128 Lithographen u. Steindr., 220 Maler und Lackierer, 198 Maschinisten und Heizer, 2482 Metallarbeiter, 10 Porzellanarbeiter, 2 Rammer-Gilfsarbeiter, 45 Sattler, 108 Schiffszimmerer, 98 Schmiede, 262 Schneider, 196 Schuhmacher, 58 Steinarbeiter (Marmor), 40 Steinsetzer, 31 Studienteure, 118 Tabakarbeiter, 82 Tapetierer, 713 Transportarbeiter, 42 Textilarbeiter, 15: Köpfer, 34 Zigarrensortierer, 16 Zirkelmüller, 328 Zimmerer, 9 Juweliere, 44 Soz. demokr. Verein, 4 Behörde u. sonst. Vereine

Wir sehen also die Metallarbeiter an erster Stelle, dann kommen die Bauarbeiter, die Holzarbeiter, Transportarbeiter usw. Es wurde in 13.606 Fällen Auskunft erteilt, davon in 492 Fällen schriftlich.

Aber das allein genügt nicht. Es mußte bei vielen Fragen mit manchem Schrifttag nachgeholfen werden, wenn die Sache Erfolg haben sollte. Im ganzen wurden 4871 Schriftsätze angefertigt. Bei jährlich 284 Arbeitstagen kommen im Durchschnitt auf jeden Tag reichlich 17 Schriftsätze.

Bei dieser großen Arbeitslast mußte noch in 28 Fällen die Vertretung vor den verschiedenen Gerichten übernommen werden. Vor dem Schiedsgericht 12 Mal, Gewerbegericht 4 Mal, Amtsgericht 10 Mal. Erfolgreich waren 11, erfolglos 15 Vertretungen.

Der beschriebene Raum verbietet es, nützliche und wichtige Einzelheiten aus dem Geschäftsjahre bekannt zu geben. Es war ein Jahr angestrengter Arbeit, und manches schöne Erfolgspotenzial zur weiteren, soollen Tätigkeit an. Aber von einer bewunderlichen Erleuchtung muß auch geredet werden.

man wirklich das Arbeiter-Sekretariat besuchon. Am allerwenigsten sollen damit organisierte Arbeiter die kostbare Zeit des Sekretärs in Anspruch nehmen.

Die Breslauer Arbeiterschaft wird in absehbarer Zeit vor die Aufgabe gestellt werden, eine Zentral-Auskunftsstelle für Schlesien zu schaffen, damit den Unfallverletzten vor den Oberversicherungsämtern, die jetzt in 70 Prozent aller Unfallsachen letzte Spruchinstanz bilden, eine wirksame Vertretung gesichert wird.

Trotz der hohen Besucherzahl waren irgendwelche nennenswerten Beschwerden von Besuchern gegenüber dem Sekretären nicht zu verzeichnen. Zwar wird nicht jeder befreit den dennen gezogen sein - dazu ist das Arbeitsgebiet viel zu groß - aber dessen können alle Besucher versichert sein: Die beiden Sekretäre versuchen der Not zu steuern nach bestem Können.

Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Ueber diese Programm-Forderung der sozialdemokratischen Partei soll im Januar-Jahlabend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau gesprochen werden.

Volksfestspiel und Ehrenmänner. Zum Artikel unter dieser Überschrift in der gestrigen Nummer teilt uns der Gastwirt Erdmann u. a. mit, er habe nie als Volksfestspiel gearbeitet und ehrenrührige Spitzdienste gegen Bezahlung nicht geleistet.

Die Leiche eines Soldaten des Regiments 11. Regiments 11. Donnerstags Abend in Gräbchen am Bahndamm aufgefunden worden. Allem Anschein nach ist er von einem Eisenbahnzuge überfahren worden.

Staubbrand. Mittwochs nachmittag wurde die Feuerwehr nach Alsenstraße 45 gerufen. Hier hatte man in einer Wohnung noch einmal die Lichter eines Weihnachtsbaumes angezündet.

Gehtossen aufgefunden wurde Donnerstagabend gegen 7 Uhr im Scheintiger Park, in der Nähe des Eichendorff-Denkmales, ein unbekannter Mann, anscheinend ein Schauspieler, der etwa 30 Jahre alt war.

Vom einen Wagen überfahren und schwer verletzt wurde am Donnerstag nachmittag an der Bahnhofsstraße Brüderstraße der Kutscher eines Lastwagens. Samariter der Feuerwehr leisteten dem Verunglückten die erste Hilfe und schafften ihn ins Wenzel-Pandische Krankenhaus.

Gefunden wurden ein Schlüsselbund, eine Reisetasche, eine schwarze Aktentasche mit Inhalt, ein schwarzer Muff, eine Automobiltasche. Zu extrahieren im Fundbureau des Polizeipräsidiums, Urilmtesstraße 29.

Verloren wurden ein Militärpaß auf den Namen Georg Geinge, ein Schlüsselbund, ein Schlangengobrin, eine silberne Kettengehäusche mit etwa 25 Mark, ein Fahrrad Marke „Brennabor“, eine goldene Schlüsseluhr mit goldener Kette, eine Damenstahluhr mit goldener Kette und je ein Portemonnaie mit 30, 11, 28, 60 Mark und Beamtentarte auf den Namen Krause.

Stadt-Theater. Heute Freitag zu ermäßigten Opernpreisen, „Fidelio“, große Oper von Beethoven. Morgen Sonnabend, „Lohengrin“. (Anfang 7 Uhr.) Nachmittags zu kleinen Preisen, „Schneewittchen“, Weihnachtswundermärchen mit Gesang und Tanz von Oskar Will.

Lohe-Theater. Heute Freitag Gastspiel Ella Robold um 4. Male „Königin Christine“, Drama von August Strindberg. Morgen Sonnabend zum 1. Male „Dinter Mauern“, Schauspiel in vier Akten von Henry Mauthner.

Die Ausgabe der Karten für die Gruppe E erfolgt Mittwoch, den 15. d. M. von 10 bis 2 Uhr an der Kasse des Lohe-Theaters und wird an den folgenden Tagen im Kassenzimmer des Stadt-Theaters fortgesetzt.

Schauspielhaus. Heute Freitag, Der liebe Augustin. Morgen Sonnabend, zum ersten Male, Die Marine-Gull. Operette in drei Akten von Bernhard Hudebinder, Musik von Georg Jarns.

Arbeiterbewegung. Vor dem Gewerbegericht Berlin fanden Verhandlungen über einen für ganz Deutschland abguschließenden Arbeitsvertrag der Maler statt. Als Unparteiliche Vermittler und als Beigeordnete Rat-Essen. In Beschluß kam es noch nicht.

Neueste Nachrichten.

Rumänien und Bulgarien.

Sofia, 10. Januar. Die rumänische Frage steht nunmehr wieder im Vordergrund aller Interessen. Die Krisis ist in einem akuten Zustand getreten und man befürchtet in den militärischen Kreisen in Sofia schon in aller nächster Zeit eine größere militärische Aktion des Nachbarstaates.

Konstantinopel, 10. Januar. Dem Blatte „Lachydromos“ wird mitgeteilt, daß augenblicklich zwischen der Türkei und Rumänien wichtige Verhandlungen im Gange sind, deren Ende der rumänische Minister Filibesco gestern hier eingetroffen sein soll.

Das gleiche Blatt versichert, die russische Schwarze Meer-Flotte wurde mobilisiert und halte sich zur sofortigen Abfahrt nach der Donaumündung bereit. Die Gefahr eines Krieges zwischen Rumänien und Bulgarien gilt hier zurzeit als sehr ernst.

Wien, 10. Januar. General Argentoiano, der bis vor wenigen Wochen rumänischer Kriegsminister war, äußerte sich hier zu einem Interviewer: Ich glaube nicht, daß wir gezwungen sein werden, gegen Bulgarien die Waffen zu ergreifen, aber wir sind jederzeit vorbereitet.

Kriegsrat um Adrianopel.

Konstantinopel, 10. Januar. Im Kriegsministerium fand gestern nachmittag großer Kriegsrat statt. Das Blatt „Joam“ erhielt gestern im Laufe des Nachmittags von seinem in Adrianopel eingeschlossenen Korrespondenten folgendes Funkentelegramm: Lebensmittel und alles sonst nötige hier in Fülle noch auf lange Zeit vorhanden.

Sechs Gründe.

London, 10. Januar. „Wall-Street-Gazette“ will wissen, daß die europäischen Großmächte nicht weniger denn sechs Gründe namhaft machen werden, aus denen es für die Kaiserlich-Ottomanische Regierung ratsam erweise, sowohl die Festung und das Wilajet Adrianopel preiszugeben, als auch alle bereits von den griechischen Truppen besetzten Inseln im Ägäischen Meere abzutreten.

Vor Sutar.

Belgrad, 10. Januar. Der Kommandant von Sutar, Risa Bey, ist trotz des Waffenstillstandes noch immer die Feindseligkeiten mit größter Energie fort. Die türkischen (?) Truppen haben, nachdem sie wiederum einen äußerst heftigen türkischen Angriff zurückgewiesen haben, einen Parlamentär an den Kommandanten Risa Bey geschickt, um ihn zu fragen, ob er denn gar keine Nachricht von dem schon vor Wochen abgeschlossenen Waffenstillstande habe.

Ein Gefecht.

Konstantinopel, 10. Januar. Hier verlautet, daß ein kurzes aber heftiges Gefecht am Deros stattgefunden habe. Die Bulgaren hätten versucht, die Telegraphenleitungen zu zerstören und es war ihnen bereits gelungen, eine Telegraphenlinie zu demolieren, als sie indessen von den Türken überrascht und heftig angegriffen wurden.

Beim Schlittschuhlaufen 8 Knaben eingebrochen.

Budapest, 10. Januar. Auf einem Teich bei Brigiam in Böhmen brachen acht Knaben beim Schlittschuhlaufen ein Vier von ihnen ertranken, die anderen vier konnten mit großer Mühe gerettet werden.

Räuber.

Balerno, 10. Januar. Vier maskierte Räuber haben auf der Veraststraße von Krapan nach Jacoco das Postautomobil angehalten. Die Räuber zwangen die vierzig Insassen des Postautomobils mit vorgestreckten Revolvern, ihnen ihre gesamte Habe auszuliefern und nahmen allen Geldbriefe der Post mit.

Opfer des Militarismus.

London, 10. Januar. Aus Suesbunry wird gemeldet, daß sich beim Probeschießen mit einem großkalibrigen Geschütz ein ernstes Unheil ereignet hat. Der Verschuß eines Nachschöpfers wurde beim Abfeuern des Schusses herausgeschleudert, wobei ein Kanonier auf der Stelle getötet und ein Kapitän, ein Sergeant und ein Kanonier schwer verletzt wurden.

Mörder oder Missetäter.

Ortwig, 10. Januar. Der Mörder des Ehepaars Roth in Ortwig ist gestern nachmittag in Schiedese, nur wenige Kilometer vom Tatorte entfernt, verhaftet worden. Es ist der erst seit einigen Wochen bei dem Bauerntätbesitzer Roth beschäftigte gewesene vierzig Jahre alte Knecht Heinrich, auch Otto Schmidt genannt. Der Mörder ist gestern zunächst von dem Staatsanwalt, der aus Frankfurt o. O. hier eingetroffen war, eingekerkert worden.

Kleine Breslauer Nachrichten.

Gesundheitsbericht. In der Woche vom 22. bis 28. Dezember sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes in Breslau 77 Ehen geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 267 Kinder geboren davon waren 204 edelich, 63 unedelich, 248 lebendgeboren (118 männl., 130 weibl.), 9 todtgeboren (8 männl., 1 weibl.). Mit den 20 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Vorwoche sind 185 Sterbefälle (86 m., 99 w., darunter 19 Unselbstk.) in der Berichtwoche anzählt worden. Von den Gestorbenen waren 35 unter 1 Jahr alt (25 edelich und 10 unedelich geboren). An Todesursachen kamen vor: Wochenbettfieber 2, Masern 8, Typhus 2, Keuchhusten 2, Typhus 1, Tuberkulose 28, Krankheiten der Atmungsorgane 28, Magen- und Darmkrankh., Brechdurchfall 6, Selbstmord 1, Unfallsfälle 6, und alle übrigen Todesursachen 112. An ansteckenden Krankheiten wurden gemeldet: Typhus 16, Scharlach 7, hässliche Augenkrankheit 1, Wochenbettfieber 3, Unterleibsruhr 2. In den diesigen Krankenhäusern betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 2970; es kamen hinzu 149, es starben 62, es gingen ab 628, jedoch am Ende der Woche 2839 verblieben.

Reise und Versammlungen.

Verband der Säugl. Sonntag den 12. Januar nachmittags 3 1/2 Uhr im „Grünen Saal“: General-Versammlung mit dem Jahresbericht und den Neuwahlen. (S. 1. Seite.)

Die Gastwirtschaften hatten Dienstag, den 14. Januar nachmittags 3 1/2 Uhr im Glasalon des Pariser Str. eine all gemeine Versammlung ab. Kollege Dusing aus Weiden sprach über die Forderung: Heraus mit dem wöchentlichen Ruhetage!

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

- Zahlende.**
 Sonnabend, den 11. Januar:
 Landdistrikt 21. Abends 8 Uhr in Neumarkt im „Elben Löwen“.
 Sonntag, den 12. Januar:
 Landdistrikt 1. Nachmittags 3 Uhr in Drachenbrunn bei Kiehlitz. Redner Genosse Müller.
 Landdistrikt 4. Abends 8 Uhr in Kiehlitz.
 Landdistrikt 23. Nachmittags 3 1/2 Uhr in Maserwitz bei Käthner. Redner Genosse Mayer.
 Montag, den 13. Januar:
 Landdistrikt 14. Abends 8 Uhr bei Schöpe, Schönstraße 21. Redner Genosse Zimmer.
 Landdistrikt 10. Abends 8 Uhr bei Knoll, Gräbchenstraße. Redner Genosse Schönfelder.
 Mittwoch, den 15. Januar:
 Landdistrikt 8. Abends 8 Uhr im bekannten Lokal. Redner Genosse Neulich.
 Sonntag, den 19. Januar:
 Landdistrikt 7. Vormittags 9 Uhr bei Engwicht in Schmiedefeld. Redner Genosse Mayer.

Landarbeiterfrage.

Hört man die Agrarier reden, so gibt es keinen Arbeiter, der sich wirtschaftlich besser fände, als ein Gutstagelöhner. Freilich ist der bare Geldlohn geringer als der des Industriearbeiters, aber das schöne „Dumst“, das so ein Landarbeiter bezieht, steht an Geldwert weit höher, als der durchschnittliche Arbeitslohn des gewerblichen Arbeiters. Eigentlich braucht so ein Gläubiger nur für die Kleidung seiner Familie aufzukommen. Alles übrige liefert ihm sein vorzüglicher Gutsherr. Kartoffeln, Getreide, Brot, Kloben, Holz, Milch ab und zu sogar noch bare Geldgeschenke; o, die glücklichen Landarbeiter! Schade, daß alles nur Gesunkener ist. Amstliche Stellen, denen man gewiß keinen „Junterhas“ oder gar Affenliebe für den Landarbeiter vorwerfen kann, urteilen ganz anders über die landlichen Lohnverhältnisse.

Auf Grund des § 936 der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 wird der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter im Bezirk des Reichlichen Oberversicherungsamts zu Breslau wie folgt festgestellt:

Reise	Versicherte unter 16 Jahren		Versicherte von 16-21 Jahren		Versicherte über 21 Jahre	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Landkreis Breslau	270	210	390	300	510	330

Die vorstehenden Sätze haben vom 1. Januar 1913 ab Anwendung zu finden.

Als 510 Mark verdient ein erwachsener Landarbeiter. In diese Summe sind alle Naturalien und sonstigen Zuwendungen in Geldwert umgerechnet erhalten. Mit 510 Mark soll er eine oft recht zahlreiche Familie ernähren!

Da werden die Agrarier rindenden: Die Frau aber verdient doch auch noch 330 Mark jährlich. Aber die Frau gehört doch nach einem oft getrauten Rathewort ins Haus. Sie soll ihre Wirtschaft besorgen, nicht die Wirtschaft des „glücklichen Herrn“.

Die Lohnverhältnisse des Oberversicherungsamtes geben ein recht nicht befriedigendes, aber deswegen besonders wahres Bild von den erbärmlichen Erwerbverhältnissen, unter denen die Landarbeiter zu leiden haben. Rechnet man noch hinzu, daß ein Durchschnittsarbeitslohn von 12 Stunden in einem landwirtschaftlichen Betriebe eher zu niedrig als zu hoch gerechnet sein dürfte, so kann man sich ohne große Einbildungskraft die herrlichen Lebensverhältnisse und das glückliche Dasein der Gutstagelöhner ausmalen. Dazu kommt noch ihre politische Entfremdung und wirtschaftliche Benachteiligung durch Entziehung aller Mitspracherechtigkeit, Ingelegenheit zu den mit Recht verurteilten Landarbeitern, und schließlich die ewige Gefahr, irgend einer „Lage des Herrn“ wegen mit Frau und Kindern aus Arbeit und Wohnort zu werden. Der unter solchen Verhältnissen noch zufriedener sein kann, der ist wirklich zu beneiden.

Schwerlich werden auch die Landarbeiter mit dieser ständigen Lebensweise zufrieden sein. Auch sie sehnen sich nach einem menschenwürdigen Dasein, nach Licht und Freiheit. Aber die hohe Faust der „Herrn“ und die brutale Ausbeutung haben sie leider größtenteils zu Knechten und ergebener Sklaven gemacht. Das muß anders werden. Jeder Landarbeiter hat nach Menschenwürde in sich, muß sich mit seinen Verbänden gegen die Ausbeutung wehren; er muß den Verbänden der Land- und Waldarbeiter beitreten. Langsam gestalten ihm diese, aber handlungsfähig müssen es werden. Denn erst dann wird der Landarbeiter seinen Platz in der Gesellschaft finden.

Deutsches-Billa. Aktion, Zimmerer von Billa und Umgebung! Sonnabend, abends Punkt 8 Uhr: Stichwahl zur 20. Generalversammlung bei Folgerer.

Feuer. Die Breslauer Landfröhe wurde am Mittwoch nachmittags um 5 1/2 Uhr nach Schloß Partitzsch gerufen. Hier war in einem Schacht ein Schaben an der elektrischen Leitung entstanden, der eine außerordentlich starke Rauchentwicklung zur Folge hatte. Es gelang der Wehrmannschaft, den Schaben in kürzester Frist zu beseitigen.

Lobe-Theater.

Gaspiel Ella Robold vom Stadttheater in Hamburg. „Jaga“, Sittenbild in 3 Aufzügen von Pierre Berton und Charles Simon.

Deutsch von Volten-Beders.

Das muß man den Franzosen lassen: sie verstehen es, ein Theaterstück aufzubauen; nicht zum mindesten verdammt Jolen eine Meisterleistung in der Fialoführung französischen Geschehnissen. Mag das Problem noch so trist sein, selten wird man sich dabei langweilen. Eine prickelnde Grazie verleiht auch den allerschlechtesten Dingen eine gewisse Schönheit und bietet das Thema nun auch noch so banale Momente wie in Jaga — das in Großstädten noch vor einem Jahrzehnt ein Quasiel gewesen ist — so wird man sich nicht langweilen. Vorausgesetzt, daß man nicht allzu hohe Anforderungen stellt. Es ist die rührende Geschichte einer nicht unbeachteten und sehr hübschen Volksgenossin, die von dem spekulativen Gefangenskomiker Facari in festerer Vorausahnung ihrer Fähigkeiten, aus dem Schmutz der Weltstadt herausgerissen worden, und nun als seine Partnerin an kleineren Varietébühnen ihre ersten Triumphe zu feiern beginnt. Alte und junge Geizhalsen wie er ihr zu Füßen bereit, ihre Kunst nenerds zu betonen. Wie ein Schmetterling rascht sie überall, spielt ohnunglos mit dem Feuer, bis auch sie eines Abends von ihm in seiner ganzen elementaren Liebe gepackt wird. Sie hat sich bis über die Ohren in den Freund ihres Ausbeuteters verliebt, der aber unheimlicher Weise verheiratet ist, was er verheimlicht. Und als sie es erfährt, will sie ihn dennoch nicht aufgeben, bis er, als er sieht, daß sie alles weiß und nun nicht mehr von sich löst. Mit einem gemeinen Schimpfwort, das er ihr ins Gesicht schleudert, und das sie beleidigen soll, geht er, daß er die Liebe, dieses lebenshungrigen Geschöpfes wie verdient hat, daß es ihm auf nicht weiter als um ein blokes Almosenamt antam, das er in aller Stille und heimlich aufkosten wollte, so lange es eben am. Jaga's praktischer Sinn kommt, wenn auch schwer, dennoch über diese erste große Enttäuschung hinweg. Mit der Liebe ist sie nun fertig. Sie wird die große Kofotte, deren Bühnenträume durch die Welt geht, die Gold, Perle und Brillanten in Fülle hat, die aber dennoch dann und wann an ihre erste Leidenschaft denkt. Und als der Gegenstand ihrer Träume noch einmal (für die Bühnenwirkung ziemlich überflüssig) nach Jagen ihren Weg kreuzt, so gibt's wohl noch ein weiches Erwähnen, aber sonst ist alles längst tot. Jrl. Kopold stellte eine Jaga hin, wie man sie sich selber nicht denken kann. Das war eine Rolle, die ihr lag und daher auch eine ganz andere Wirkung, als ihre „Christine“. Sie war selbst dann noch immer erstarrt und von einer feinen, natürlichen Grazie, wenn sie in Augenblicken der Erregung den äußeren Bildungsschleier abstreifte und die (bedauerlicherweise) Straßentrage, um die sich nie Mutterliebe bemüht hatte, zum Vorschein kam. Vielleicht ging die Partistellerin manchmal präden Seelchen im Publikum, besonders bei der Umkleidezene, allumweit, denn es regte sogar einmal auf offener Szene ein Blick ein, aber an Schluß hatte sie alle im Saal; man hätte sie wie besessen. Man auch ein gut Teil dazu die körperlich hübsche Erscheinung des Gastes beigetragen haben, jedenfalls hat sie aus der Jaga alles herausgeholt, was menschenmöglich war. Viel weniger hat mir der Liebhaber (Bernard Dufresne) des Herrn Mühlberg gefallen. Die er Partisteller bringt ja immer in seine Rollen etwas von dem kühlen Weien des Janke, manchmal gibt's dabei eine ganz niedliche Lieberausung. Darum wirkte er auch im 1. Akte ganz nett, aber schließlich ist doch ein Pariser kein Österreicher, etwas mehr Temperament ist nun doch schon nötig, dieser an sich schon sehr unwahrscheinlichen Figur etwas Leben zu geben. Eine prächtige, manchmal zwar etwas groteske Figur war die schnapende und kuppelnde Mutter der Frau Maeder-Steigemann und dabei muß man auch gleich als würdigen Partner an Herrn Bill denken, der den biden und die es-lüsterne „Fabrikanten Dubuison“ in einer zweckvoller-hütern-den Komit gab. Frau Santeu, der eine sehr undankbare Rolle zugefallen war, konnte wenig hervortreten, dafür zeigte Herr Wajarko, der sonst selten etwas Rechtes in die Hände bekommt, daß er einen recht flotten Journalisten auf die Beine zu stellen vermag. Lobend wollen wir außer Frau Warna, Herrn Korb und Glafemann noch die kleine Neumann hervorheben, die ihre, für ein Kind schon ziemlich umfangreiche Rolle, musterhaft spielte. Der Regisseur, Herr Warg, bewältigte das schwierige Problem des ersten Aktes (das Leben und Treiben hinter den Kulissen und im Ankleidezimmer in verblüffender Weise. Jedenfalls kann man sich bei dem Stück und bei der Aufführung besser unterhalten als bei mancher ledernen Operette.

Wetternachrichten der Universitäts-Wetterwarte.

Nach Bresl. Ortzeit	6. Januar	7. Januar	8. Januar	9. Januar	10. Januar
W. d. d. S. + 89 Min.	761,4	761,4	761,9	760,6	759,5
W. d. d. S. + 89 Min.	761,4	761,4	761,9	760,6	759,5
W. d. d. S. + 89 Min.	761,4	761,4	761,9	760,6	759,5
W. d. d. S. + 89 Min.	761,4	761,4	761,9	760,6	759,5
W. d. d. S. + 89 Min.	761,4	761,4	761,9	760,6	759,5
W. d. d. S. + 89 Min.	761,4	761,4	761,9	760,6	759,5

Gestern vor- und nachmittags Schneeflocken.
 *) Zur Reduktion auf Meeressniveau sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Versammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus.**
 Montag, den 13. Januar:
 Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 7 1/2-9 1/2 Uhr im Zimmer 3.
 Donnerstag, den 16. Januar:
 Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 1/2 Uhr im Zimmer 3.
Sozialdemokratischer Verein Breslau.
 Der Zahlabend
 ist Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen:
 Distrikt 1 (Gabis), Friedrichstr. 50 a, Ref.: Genosse Herrmann
 2 (Sauerbrunn), Viktorastr. 2, Ref.: Gen. Dars.
 3 (Gräbch. Vorst. Südl.), Gräbchenstr. 74, Referent: Genosse Seibold.
 3a (Gräbch. Vorst. nördl.), Siebenbürgenerstr. 19, Referent: Genosse Kiedel.
 4 (Nikolaitor), Schweigerstr. 23, Ref.: Genosse Senf.
 6 (Friedrich-Wilhelmstr. 82, Referent: Genosse Kiegan.
 7 (Lanagasse 62, Ref.: Gen. Donskoy.
 8 (Oberdor), Mehlgaße 52/54, Ref.: Gen. Tiedl.
 8a (Kleischaustr. 33, Ref.: Gen. H. Müller.
 9 (Dübbelstr. 3, Ref.: Genosse Kurzi.
 9a (Heinrichstr. 5, Ref.: Gen. Pfeiffer.
 10 (Sandtor), Delsnerstr. 8, Ref.: Gen. Schneidewind.
 11 (Michaelsstr. 23, Ref.: Gen. Wierlich.
 12 (Scheitniger Vorstadt), Gräbhornstr. 21, Referent: Genosse Grunow.
 13 (Hirschstr. 68, Referent: Genosse Deupner.
 14 (Ohlauer Tor), Königgräberstr. 10, Referent: Genossin Geilrich.
 15 (Gewerkschaftshaus, Referent: Genosse Raich.
 15a (Lauenkleinstr. 32, Referent: Genosse Zimmer.
 16 (Strehleuer Tor), Hubenstr. 80, Referent: Genosse Alf. Richter.
 16a (Bohrauer Tor), Bohrauerstr. 70, Referent: Genosse Wawisch.
 17 (Schweidnitzer Tor Südl.), Neuborstr. 99, Referent: Genosse Locus.
 17a (Schweidnitzer Tor nördl.), Neuborstr. 65, Referent: Genosse Löbe.
 18 (Innere Stadt östl.), Reherberg 7, Referent: Genossin Yamatik.
 19 (Innere Stadt westl.), Kupferhämiedstr. 39, Referent: Genosse Th. Müller.
 Nur Mitglieder haben Zutritt. Das Mitgliedsbuch legitimiert.
 Der Vorstand.

Refer! Bevorzugt bei Euren Einkäufen unsere Referenzen und die Adressen des Bezugs-Quellen-Verzeichnisses.

Zurückgesetzte
 Herren- und Jünglings-
Garderoben
 die entweder im Fenster gelitten oder durch die Mode nicht so verkäuflich, teilw. auch verlichen waren, besonders aber wenig getragene
Maß-Garderoben
 in großen Massen für billige Preise wie
14.- Mk.
 8.- 10.- 12.- 16.- 20.- usw.
Anzüge · Ulster Paletots
 Bekleider 5.- 4.- 3.-
 Joppen 8.- 7.- 6.-
 Gesellschafts-Anzüge teilweise für 5.-
Kaufhaus für Herren-Garderoben
 G. m. b. H.
Neue Schweidnitzerstr. 6
 in der Gartenstraße, 8379

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Gemeindevertreter der Wahlkreise Brieg-Ramslau und Ohlau-Strehlen-Rimpfisch!

Sonntag, den 12. Januar, vormittags 10 Uhr, in Peisterwig im Lokal des Herrn Berche:

Gemeindevertreter-Konferenz.
 Tagesordnung: 1. Die Armenpflege und die Rentenversicherung in Schlesien. 2. Freie Aussprache. 3. Gemeindeangelegenheiten.
 Alle Gemeindevertreter sind eingeladen.

Schätzungen der kaiserlichen Markt-Wertungs-Kommission.

Sorten, der 9. Januar	per 100 Kilogramm		per 100 Kilogramm	
	mittlere	hohe	mittlere	hohe
Weggen, weicher	19 50	18 40	18 50	17 40
Weggen, gelber	19 50	18 50	18 50	17 50
Weggen, weißer	19 50	18 50	18 50	17 50
Weggen, brauner	19 50	18 50	18 50	17 50
Weggen, gelber	19 50	18 50	18 50	17 50
Weggen, weißer	19 50	18 50	18 50	17 50
Weggen, brauner	19 50	18 50	18 50	17 50
Weggen, gelber	19 50	18 50	18 50	17 50
Weggen, weißer	19 50	18 50	18 50	17 50
Weggen, brauner	19 50	18 50	18 50	17 50

Breslauer Marktbericht. Weizen 120 kg per 100 Kilogramm inkl. Sed. Netto 22.00-22.50 Mk. Roggen 120 kg per 100 Kilogramm inkl. Sed. Netto 21.00-21.50 Mk. Hafer 120 kg per 100 Kilogramm inkl. Sed. Netto 18.00-18.50 Mk. Gerste 120 kg per 100 Kilogramm inkl. Sed. Netto 17.00-17.50 Mk. Mais 120 kg per 100 Kilogramm inkl. Sed. Netto 15.00-15.50 Mk. Weizenmehl 120 kg per 100 Kilogramm inkl. Sed. Netto 12.00-12.50 Mk. Roggenmehl 120 kg per 100 Kilogramm inkl. Sed. Netto 11.00-11.50 Mk.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Ort	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
10.1.11	1.45	1.75	2.05	2.35	2.65
11.1.11	1.45	1.75	2.05	2.35	2.65
12.1.11	1.45	1.75	2.05	2.35	2.65
13.1.11	1.45	1.75	2.05	2.35	2.65
14.1.11	1.45	1.75	2.05	2.35	2.65
15.1.11	1.45	1.75	2.05	2.35	2.65

Deutscher Reichstag.

86. Sitzung. Donnerstag, den 9. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Wackerzapp.

Die Besprechung der Interpellation der Abgg. Abrecht und Genossen (Soz.) über

die Ausbesserung der preussischen Staatseisenbahnen

mit ausreichendem Betriebsmaterial wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. **Gamb** (Nst.) nimmt die preussische Eisenbahnverwaltung in Schutz, sie hätte den außerordentlich gesteigerten Bedarf nicht vorhersehen können.

Abg. **Mumm** (Wirtsch. Lgg.) weist auf den Wagenmangel hin, der auch bei der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft anzutreffen sei.

Präsident des Reichseisenbahnamts **Wackerzapp** behauptet, daß auch die Interpellanten aus Pandeit und Inkonstanz die gemachte Steigerung des Eisenbahnverkehrs nicht vorhergesehen hätten.

Abg. **Sittmann** (Soz.): Der Präsident des Reichseisenbahnamts sprach gestern so, als wäre seine Rede vom preussischen Eisenbahnminister diktiert gewesen. Der Minister paradiert mit großen Zahlen, um sich rein zu waschen, und alles bleibt beim alten; das hat die Rheinisch-Westfälische Zeitung zutreffend im November v. J. geschrieben, und das selbe Schaulust haben wir auch jetzt. Mit dem angeblichen Lebenshüter, die Verkehrssteigerung sei nicht vorherzusehen gewesen, sollte man das wirklich nicht mehr kommen. Als der Minister im Landtag angesichts der Klagen in der Öffentlichkeit meinte, Ruhe sei die erste Bürgerpflicht, war das selbst der heiligeren „Volk“ zu viel. Sie schrieb: „Glaubt der Herr Minister vielleicht, die Arbeiter ließen sich mit dem schönen Wort Ruhe abspülen, wenn sie einige Tage vor Weihnachten mit einem Lohnausfall von ein Drittel bis ein Viertel des Monatsverdienstes nach Hause gehen müssen, bezahlt der Minister mit dem schönen Wort „Ruhe“ den Arbeiter das Fleisch und Brot, das sie infolge der Lohnausfälle nicht bezahlen können?“ Das hätte treffender auch der „Vorwärts“ nicht sagen können. Man sieht, auch die Scharsmacher können revolutionär sein, wenn es um ihren Profit geht. Wilhelm II. hat einmal erklärt: „Schwere Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit zu hindern versucht. Möge man also jetzt die Schuldigen zur Verantwortung ziehen, die die Bergarbeiter zum Feiern gezwungen haben.“ (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Was den Eisenbahnen in den letzten Monaten zugemutet worden ist, war

die rauhe Menschenskinderei.

Der hätte ihnen da wohl das moralische Recht absprechen wollen, wenn sie zur passiven Resistenz übergegangen wären. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Von einer sehr erheblichen Ursache des Wagenmangels spricht man auch hier nicht. Die Frage meines Parteigenossen Böhm, wieviel vorbereitende Maßnahmen zu einer eventuellen Mobilmachung schon an der Verkehrsministeren worden, ist von Geheimrat Wackerzapp unbeantwortet geblieben. Wir Sozialdemokraten tun gewiß alles, um einer Kriegsspannung entgegenzuwirken, aber es hieße doch, Vogel Strauß-Politik treiben und sich dadurch am Volke veründigen, wollte man verschweigen, daß die katastrophalere Situation der letzten Monate die schweren Verkehrserschütterungen mindestens mitverschuldet hat. Deutsches Land war und ist in Gefahr, von seinem Dreibundsgenossen Österreich in Kriegszeiten hineingezogen zu werden. Warum gehen also die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht zu, daß es vom militärischen Standpunkt der Regierung aus ihre Pflicht ist, alles für die Mobilmachung vorzubereiten. Die Verstopfung der ganzen linksniederdeutschen Bahnen, die im Herbst bestand, mußte vom militärischen Standpunkt aus ungenügend gefährlich erscheinen. Deshalb mußte die Regierung eine Gewaltmaßnahme treffen, und diese war offenbar die vierjährige Verkehrsperre an Niederrhein. Ohne den militärischen Grund würde man die Entwörung des Verkehrs jedenfalls auf weniger radikalen Wege versucht haben, um den gesamten Handel und Verkehr nicht in der Weise zu lähmen. Auch der Wagenmangel stand sicherlich im Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung wollen diese Frage offensichtlich nicht berühren, um den Militarismus nicht unpopulär zu machen. Um so mehr müssen wir darauf hinweisen, wie schon die Mache

Gefahr eines Kriegsausbruches

dem Wirtschaftsleben die schwersten Wunden schlägt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Vom Regierungstisch aus sind nun wieder Versprechungen gemacht, Preußen will sofort 60 Millionen für neue Gleise, neues Personal, neues Material verwenden. Um aber das Geld an der Wurzel anzufassen, müßte man das preussische Eisenbahnwesen davon heilen, den allgemeinen Staatsfinanzen zur Ausbeutung überliefern zu werden. Jetzt sind nicht die Bedürfnisse des Verkehrs, sondern die Erzielung hoher Ueberschüsse der Zined der preussischen Eisenbahnverwaltung. Bei der Uebernahme der Eisenbahnen durch den Staat hat der Verkehrsminister Maybach sehr energisch betont, daß die Eisenbahnen keine melkende Kuh für den Staat sein sollen, sondern ein Verkehrsinstitut. Als später einmal der Finanzminister Miquel von Herrn Gothein an diese Versprechungen Maybachs erinnert wurde, sagte er: „Das haben Sie geglaubt?“ (Große Gelächter.) Ich habe es nicht geglaubt.“ So fügte er zum Schaden noch den Spott. Angesichts der jetzt wieder von der Regierung gegebenen Versprechungen werden wir gut tun, an diese Miquelschen Worte zu denken. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch die Eisenbahnpost des Herrn v. Rheinbaben war völlig verfehlt, und er wurde ja auch von Herrn v. Gwinner von seinem Posten herunterblamiert. (Gelächter.) Von den Finanzen versteht Herr Venke vielleicht etwas mehr, als der Frhr. v. Rheinbaben, aber in Bezug auf das Eisenbahnwesen sieht auch er seine Aufgabe darin, möglichst viel Ueberschüsse herauszuwickeln. Diese Eisenbahnpost scheint man in Preußen leider verstanden zu wollen, und deshalb ist es die höchste Zeit, ihr von Reich wegen einen Riegel vorzuschieben. (Lebhaftes Gehr richtig! bei den Soz.) Wer für eine großzügige Entwicklung des Verkehrswesens ist, muß dafür sorgen, daß die Macht der Zunder in Preußen gedrosen wird, d. h. daß das Dreifachwahlrecht beseitigt wird. Dazu wird bei den kommenden Landtagswahlen Gelegenheit sein. Erst wenn es gelingt, Preußen in einen modernen Verfassungsstaat umzuwandeln, wird auch der preussische Partikularismus im Eisenbahnwesen zu überwinden sein, und dann werden wir dazu kommen, das gesamte Eisenbahnwesen in Deutschland unter die einheitliche Regelung des Reiches zu stellen. (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Dr. Wötter** (natlb.) schildert die durch den Wagenmangel hervorgerufenen Erschütterungen der rheinischen Industrie.

Präsident **Wackerzapp**: Gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Sittmann habe ich zu erklären, daß die Verkehrsstockung im Ruhrrevier weder in der Ursache, noch in der Wirkung mit der politischen Lage irgend etwas zu tun hatten. Damit schließt die Debatte.

Die Wahlen der Abg. Schwabach (natlb.) und Dr. Werr (Zentr.) werden für gültig erklärt.

Es folgt die Beratung einer

Resolution der Wahlprüfungskommission

zur Wahl in Schwed, durch welche der Reichstanzler ersucht werden soll, den Wahlkommissar in Schwed auf das Angehörige seiner Handlungswerte hinzuweisen (Der Kommissar hat bei der Feststellung des Gesamtresultats eigenmächtig Berichtigungen vorgenommen, wodurch erreicht wurde, daß der Pole nicht für gewählt erklärt, sondern eine Stichwahl angeordnet wurde, in der der Reichsparteiler v. Halem siegte).

Ministerialdirektor **Zawalb**: Bereits vor Jahresfrist hat der preussische Minister des Innern dem Wahlkommissar in Schwed eröffnet, daß sein Vorgehen weder durch das Gesetz noch durch das Reglement begründet sei. Es ist also bereits im Sinne der Resolution gehandelt worden.

Abg. **Dr. v. Kassewitz** (Vole): Die Wahl in Schwed gibt schon seit vielen Jahren der Wahlprüfungskommission Arbeit. Das Vorgehen des Wahlkommissars greift in die Rechte des Reichstages ein. Es handelt sich nicht etwa um einen Kleinfehler, sondern um ein beachtliches parteiliches Vorgehen des Wahlkommissars zum Nachteil der Polen. (Sehr richtig! links.) Redner bespricht ausführlich die Wahlkrasse in Schwed im Hinblick auf das lärmende Siegesfest der Polaken. (Vizepräsident, **Deuse** bittet, hierzu nicht zu ausführlich zu sein, da der Wahlkommissar diese Vorgänge doch nicht hätte verhindern können.) (Weiterkeit.) Auch bei der Stichwahl war das Verhalten des Wahlkommissars nicht einwandfrei. So falschte er Zettel, auf denen der Name Sah nur mit einem „g“ geschrieben war, obwohl nicht zweifelhaft war, wen die Wähler meinten. Das geschah in 24 Bezirken. (Hört, hört! links.) Zwischen der Haupt- und Stichwahl waren eben bestimmte Anweisungen vom Landratsamt in Schwed ergangen. (Hört, hört!) Das kam in dem Krassallprozeß zur Sprache, und ein Gerichtsassessor als Zeuge sagte, er trage Bedenken, darüber auszusagen, es handle sich um diebstahlartige Angelegenheiten. (Hört, hört! links u. im Zentr.) Die Vorgänge in Schwed haben nicht nur die Empörung der Polen, sondern auch der Deutschen hervorgerufen. (Sehr richtig! im Zentr.) In einer deutschen Zeitung hieß es: „Und wenn es zu einer Nachwahl kommt, liegt in Schwed wieder der Schwindel!“ Auch bei der letzten Nachwahl in Schwed sind wieder arge Verstöße vorgekommen. Um deutscher Wahlkreis schließt mit den Worten: „Es gilt nicht die Gleichheit, sondern den Sieg der Deutschen herbeizuführen.“ (Lauter Beifall bei den Polen.) Die Vorgänge in Schwed rechtfertigen ein Eingreifen der Staatsanwaltschaft. (Lebh. Beifall b. d. Polen.)

Abg. **v. Dergen** (Nst.): Der Wahlkommissar hat garnicht Stimmen für unanständig erklärt, was er auch nicht darf, sondern nur rechtfertigen eine Beschuldigung erheben lassen. (Schallendes Gelächter links.) Er hätte das Resultat anders feststellen müssen. Uebrigens haben mehrere polnische Wähler gegen das Verfahren des Wahlkommissars keinen Widerspruch erhoben. (Hört, hört! rechts.) Ich verdaure sein Vorgehen, aber mala die (mit böser Absicht hat er nicht gehandelt. Die Resolution ist überflüssig, da eben mala dies (böse Absicht) nicht vorliegt, und die Beamten ja auch schon rekrutiert worden sind. (Bravo! rechts.)

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Die Resolution ist keineswegs überflüssig. Für die Herren in Schwed scheint eine recht nachdrückliche Belehrung am Platze zu sein. Gegen solche Korrekturen des Wahlergebnisses, die an das Strafmaße grenzen, muß auf das energischste vorgegangen werden. Zweifellos kann

der Wahlkommissar wegen Wahlfälschung

angeklagt werden. (Sehr richtig! bei den Soz. und bei den Polen.) Der Reichstag müßte auf Grund des Artikels 27 der Verfassung Herrn v. Sah-Jaworski als erwählten Abgeordneten erklären, denn alles, was seit der Wahl am 12. Januar 1912 geschehen ist, auch die neueste angebliche Wahl des Herrn v. Halem, ist als Wahlfälschung beruhend unanständig und nichtig. (Lebh. Zustimmung bei den Soz. und den Polen.) Die Besuche des kandidierenden Landrats und seine Instruktionen bei den Wahlvorstehern sind die intellektuelle Veranlassung dieser Vergehens, da hat der Reichstanzler die unerlässliche Pflicht, das Erforderliche zu tun, um ein Eingreifen der Staatsanwaltschaft zu veranlassen. (Stürmische Zustimmung bei den Soz.) Die Beamten in Schwed dürfen sich nicht gegen das Gesetz auflehnen.

Vizepräsident **Basche**: Das dürfen Sie nicht sagen.

Abg. **Stadthagen** (fortfahrend): Auch den Beamten gegenüber bleibt Logik Logik und muß Recht Recht bleiben.

Vizepräsident **Basche**: Ich kann es nicht dulden, daß Sie von den preussischen Beamten generell sagen, sie lehnen sich gegen das Gesetz auf.

Abg. **Stadthagen**: Das ist mir garnicht eingefallen. Ich bedauere, wenn die Absicht hier so schlecht sein sollte, daß man nach hinten nichts versteht. (Gelächter.) Ohne Rücksicht auf die Person muß die Staatsanwaltschaft vorgehen, und wenn sie

das ganze Landratsamt ausgeben

müßte. (Sehr gut! links.) Die Konservativen verwarren sich gegen ein solches Vorgehen — ich konstatiere das. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Herren, die immer die Anwendung des Gesetzes gegen uns fordern, sollen es erst einmal bei ihren Freunden anwenden, namentlich hier, wo

qualifizierte Wahl- und Urkundenfälschung

vorliegt. Der Reichstag wird sich bei der Prüfung der neuesten Wahl des Herrn v. Halem seines Rechts, zu prüfen, wer am 12. Januar 1912 gewählt wurde, zu erinnern haben. Heute kann er nur die Resolution annehmen, damit die Abwendung der geschehenen Gesetzesverletzungen an den schuldigen Beamten erfolgt. (Lebh. Beifall b. d. Soz. u. Polen.)

Abg. **Dr. Pfeifer** (Zentr.): Es ließe wohl nur Fahrlässigkeit der Beamten vor; inwiefern hätte das Reichsamt des Innern schärfer vorgehen sollen. Wir wünschen die einstimmige Annahme der Resolution, damit solche Vorgänge in Zukunft vermieden werden.

Abg. **Neumann-Soyer** (Sp.): Jeder anständige Deutsche muß Empörung über diese Vorgänge in Schwed empfinden. Öffentlich erleben wir solche Dinge nie wieder. (Abg. **Koch**: Gehern Sie nach Hinterbommern!) Gerade ein Wahlkommissar hat die besondere Pflicht für die Einhaltung des Gesetzes zu sorgen. Der Reichstag sollte in der Tat Herrn v. Sah-Jaworski noch jetzt als den rechtmäßig gewählten Kandidaten proklamieren. (Bravo! links.)

Vizepräsident **Dr. Basche**: Nach dem amtlichen Stenogramm hat der Abg. Stadthagen nicht speziellen Beamten Aufsehung gegen die Gehege vorgeworfen. (Lebh. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Doch!) Ich hatte daher meinen Ordnungsruf ausreicht.

Abg. **von Trompschudki** (Vole): Es handelt sich hier um eine von langer Hand vorbereitete Wahlmanöver. Herr von Sah-Jaworski ist zweifellos im ersten Wahlgang gewählt und wäre ohne die Massenklammerung von Stimmzetteln auch in der Stichwahl gewählt. Er ist zweimal rechtmäßig gewählt, und das Ergebnis ist, daß Herr von Halem hier sitzt. Wäre die Wahl in Schwed nach der heutigen Debatte gewesen, so hätte der Herr Landrat niemals mehr als Kandidat auftreten können. Wir verlangen das Eingreifen der Staatsanwaltschaft! (Bravo! b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte. Die Resolution der Kommission wird gegen die Stimmen der Reichspartei angenommen.

Es folgt die Beratung einer Denkschrift über die Reorganisation der Personalverhältnisse der Reichspostverwaltung.

Abg. Ebert (Soz.):

Als der Reichstag seinerzeit die Denkschrift über eine Reorganisation des Beamtenkörpers bei der Reichspost einbrachte, ging er zwar von der Voraussetzung aus, daß Arbeiten, die eine geringe Qualifikation verlangen, Beamten mit niedrigerem Gehalt übertragen werden, er hat aber dabei auch den Vorbehalt gemacht, daß die Interessen der vorhandenen Beamten bei der Regelung in vollem Maße gewahrt werden sollen. Die vorliegende Denkschrift entspricht dem nicht. Eine Reorganisation der Personalverhältnisse bei der Post soll danach überhaupt nicht vorgenommen werden, weil die von 1900 sich bewährt habe. Ihre leitender Gedanke ist ausschließlich der finanzielle Effekt für die Reichspostverwaltung. Unter- und mittlere Beamte, die gehofft hatten, daß bei dieser Personalordnung zum Teil das wieder gut gemacht werden könnte, was bei der Besoldungsordnung an ihnen gesündigt war, sind also durch die Denkschrift enttäuscht worden. Man hätte den Wünschen des Personals auf Verbesserung der so oft besprochenen schlechten Beförderungsvorgänge Rechnung tragen müssen. Trotzdem hätte man noch erhebliche Ersparnisse machen können. Die Unterbeamten kommen auch in diesem Falle wieder am schlechtesten weg. Bei den Personalreformen von 1900 und 1908 waren sie leer ausgegangen, weil man 1899 die sogenannten gehobenen Stellen für sie geschaffen hatte. Wir waren von vornherein gegen diese Reorganisation und die Erfahrung hat uns recht gegeben. Das System bedeutet lediglich einen Vorteil für verhältnismäßig wenig Begünstigte.

Die Unzufriedenheit in den Kreisen der Unterbeamten

über diese Einrichtung ist heute allgemein. Das Arbeitsgebiet der gehobenen Unterbeamten muß sehr erweitert werden. Jedem tüchtigen Beamten muß ermöglicht werden, sich empor zu arbeiten, die besonders befähigten müssen freie Bahn erhalten, um sich auch über die Grenze ihrer Klasse bis zu den höchsten Stellen der Postkarriere eventuell empor zu arbeiten. Den Ehemännern der ungenügenden Vorbildung können wir nicht gelten lassen. Die englische Postverwaltung gibt jährlich 40.000 Mark allein für Unterrichtskurse ihrer Beamten aus. Bei uns geschieht derartige überhaupt nicht. Die Tüchtigkeit der Beibriefträger z. B. erfordert ein erhebliches Maß von Sorgfalt und Gewandtheit. Warum sollen solche Leute nicht auch in der Lage sein, Schalterdienste zu verrichten. Bei der Eisenbahn können Unterbeamte zum Telegraphendienst verwendet werden, warum nicht auch bei der Post. Wenn gehobene Unterbeamte mittlere Beamte vertreten können, müssen sie auch tausend deren Stellen einnehmen können. (Sehr richtig!) Von 80.000 etatsmäßigen Unterbeamten stehen heute nur 17.000 in gehobenen Stellen. Hat ein Beamter die Prüfung abgelegt, so muß er jahrelang auf die Einstellung in eine staatsmäßige Stelle warten. Manchmal werden Beamte erst nach 25-jähriger Dienstzeit zur Prüfung zugelassen. In solchen Alter fällt es ihnen natürlich schwer, sich in neue Dienstverhältnisse einzufinden. Man könnte fast auf die Vermutung kommen, daß hier ein System, eine gewisse Abstrich vorliegt. Die Bezahlung der Unterbeamten ist heute geradezu jämmerlich. Gehobene Stellen werden nicht viel besser bezahlt, zumal die geringsten ihrer Gehalt erreichen. Gegen die Devisierung der Frauen zum Postdienst hätten wir nichts einzuwenden, wenn man sie nicht in unerhörter Weise zu Schindrücken gegen die männlichen Beamten machen wollte, indem man ihnen eine Jahresvergütung von 750 Mark zahlt. (Stürmischer Beifall, hört! b. d. Soz.) Das ist eine unerhörte Ausbeutung. (Sehr richtig! links.) Ersparungen sind notwendig, aber sie müssen beim höheren Dienst gemacht werden. Der Fiskalismus der Reichspost ist um so unerschütterlicher, als sie 113 Millionen Ueberschuß macht. Wir beantragen Ueberweisung der Denkschrift an die Budgetkommission zu gründlicher Prüfung. (Beifall b. d. Soz.)

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (Kleine Anfragen, Rest von heute).

Schluß: 6 Uhr.

Vom Preußentage.

Die Resolution gegen die Polen- und Dänenpolitik der Regierung, die der Preußentag annahm, hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag der Sozialdemokratie Preußens verurteilt aufs schärfste die von der Regierung und den sogenannten nationalen Parteien betriebene Entrechtung der nichtdeutschen, insbesondere der dänischen und polnischen Staatsangehörigen. Indem Gesetze und Verordnungen den Angehörigen dieser Nationen das natürliche Recht auf den Gebrauch der Muttersprache und die Gleichberechtigung im öffentlichen Leben, namentlich im Unterrichts- und Hochschulleben vorenthalten, sprechen sie allen Grundgesetzen staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und moderner Verwaltung Lohn und erwidrigen die Staatsangehörigen fremder Junge zu rechtlosen Unterworfenen. Der Parteitag fordert gleiches Vereins- und Versammlungsrecht, gleichen Schutz von Person und Eigentum und das gleiche Recht auf die eigene Sprache für alle.

Der Parteitag verurteilt insbesondere die von der preussischen Gesetzgebung beschlossene und nunmehr zur Anwendung gebrachte Entfremdung von Staatsangehörigen im Dienste nationaler Unterbildung, so sehr er der Einführung des Untereignungsrechts an und für sich fremdbillich gegenübersteht und das Vorgehen der preussischen Staatsorgane als Vorbild der künftigen im allgemeinen Volkswirtschaft vorzunehmenden Entfremdung alles, insbesondere des landwirtschaftlichen Großbesitzes, begrüßt.

Der Parteitag brandmarkt das Verhalten der Fraktion, die sich als Beschützer des polnischen Volkes gegen preussische Unterdrückung ausgibt: der Polarisierung und des Zentrismus. Beide lehnen zwar die besonderen polenfeindlichen Gesetze ab, stehen jedoch aus agrarischen und sonst reaktionären Interessen im engen Bündnisse mit den konservativen Parteien, die zu den Hauptträgern der Unterdrückungspolitik gehören, und damit der preussischen Regierung. Sie fordern nicht das Recht des Volkes auf seine Muttersprache im vollen Umfang, begnügen sich vielmehr mit der einseitig lexikalischen Forderung des Religionsunterrichts in der Muttersprache. Sie flügen durch ihre gesamte Wirtschaft-, Schul- und sonstige Politik gerade dem polenfeindlichen, in Preußen besonders vernachlässigten polnischen Volke den größten Schaden zu.

Der Parteitag ruft daher die polnische Arbeiterklasse und das gesamte polnische Volk auf, sich von diesen vollenverdrängten Parteien loszusagen und der Sozialdemokratie anzuschließen: der einzigen Partei, die für Recht und Brot, Fortschritt und Freiheit aller Völker jederzeit eingetreten ist und jede Art wirtschaftlicher, politischer, nationaler oder religiöser Unterdrückung rücksichtslos bekämpft.

Carl Schmidt, H. Grube, G. Giesler, Rüdiger, Ed. Bernheim, Paul Stahl, Daus, Schmidt, Eiden, Röhrenstein, A. Fiedrich, Strobel, Straub, Volkmar

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Brieg, 9. Januar. Konsum- und Sparverein... Die am Dienstag... Veranlassung konnte besser besetzt sein.

Brieg, 10. Januar. Städtischer Automobilverkehr. Der hiesige Magistrat macht bekannt, daß die dritte Fahrt des Autos von Brieg nach Mannschütz...

Mehr Licht! Wenn annähernd 1500 Proletarier morgens und abends zu ihren Arbeitsstätten gehen oder kommen, herrscht auf der Dreiankerstraße eine geradezu bedrückende Dunkelheit.

Glogau, 10. Januar. Vom Stadtparlament. In der ersten Sitzung im neuen Jahre trug Stadtd. Wildner den Tätigkeitsbericht über die Stadtverordnetenversammlung vom Jahre 1912 vor.

Glogau, 10. Januar. Das übliche Sonntagsergötzen. Die Raudner Mäher führten nach gegenseitiger Vereinbarung einen fortwährenden Kampf gegen die Raudner Gewerbegehilfen.

Kenigs, 10. Januar. Ein schreckliches Verbrechen. In der Gasse hier auf dem Hütenwege zu. Dort wohnte die unverheiratete Martha Häbner.

Jauer, 10. Januar. Das Bahnprojekt Jauer-Goldberg ist jetzt wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt worden.

Kreis Goldberg-Baynau würde die Bahn sicher gern auch eine finanzielle Förderung erfahren, obgleich sie nur einem kleinen Gebiete des südlichen Kreisgebietes einen direkten Vorteil bringt.

Görlitz, 10. Januar. In der Kältemünzerei gegen den Lithographen Adam Sellten wird mit, daß der Bruder des früheren Gefangenenaufsehers Ludwig, ein Richter in Langensalz, wegen Beihilfe verhaftet worden ist.

Bünzelsburg, 10. Januar. Gespott. Eine heitere Episode, die für den Betreffenden aber noch üble Folgen haben dürfte, spielte sich am 2. Januar, dem sogenannten Scherztage, in Niederkates ab.

Posen, 9. Januar. Aus besseren Kreisen. Ende Dezember ist, wie berichtet, auf einer Treibjagd in Schwarzenau durch einen unglücklichen Zufall der polnische Ritterkutschknecht Witold v. Storzewski, der früher in Garde-Kürassier-Regiment stand, ums Leben gekommen.

Posen, 10. Januar. Das Schwurgericht verurteilte den Anstreicher Vincenz Drzewicki und den Arbeiter Stanislaus Darta, beide aus Posen, wegen Mord zu 3 Jahren 1 Monat Zuchthaus bzw. zu 3 Jahren Gefängnis.

Wromberg, 10. Januar. Künstler-Elend. Erschossen hat sich hier der bekannte 72 Jahre alte Kunst Budewell. Grund zur Tat sind Nahrungsjorgen. V. war Mitbegründer der Internationalen Artistenbühne.

Aus Oberschlesien.

Stadtverordnete und Stadträte auf der Anlagbank.

Donnerstag wurde als erster Zeuge der Anstaltsarzt Dr. Hantsch vernommen. Ihm ist es aufgefallen, daß das Anstaltsessen oft hinsichtlich der verwendeten Lebensmittel unangelungen Anlaß gab und daß trotzdem dieben Diebstahlsverurteilung immer wieder benotigt wurden.

Ein Funktionär des Jungdeutschland-Bundes - ein Raubmörder. Der 16 1/2-jährige Kaufmannslehrling Besold in Posen i. V., der seinen 16-jährigen Lehrkollegen Kurt Gade ermordet und ihn eines Betruges von 600 Mark, den Gade für seinen Chef von der Post geholt hatte, betrauert, hat jetzt ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Gefahren der Arbeit. Auf der Heide Dietzard wollte ein Betonarbeiter eine herausgefallene Glühbirne wieder eindrehen. Er kam dem elektrischen Strom zu nahe und wurde geblitzt. Ein anderer Arbeiter, der dem Verunglückten Hilfe leisten wollte, wurde schwer verletzt.

Schlagzeppelin. In Wanne herrschte im Herbst vergangenen Jahres eine Scharlachepidemie, die viele Opfer forderte. Man hat geglaubt, daß die Epidemie unanfällig sei, in den letzten Tagen sind jedoch wieder einzelne Fälle gemeldet worden, obgleich es nicht unwahrscheinlich ist, daß die Suche von neuem zum Ausbruch kommen wird.

Schlagzeppelin. In Wanne herrschte im Herbst vergangenen Jahres eine Scharlachepidemie, die viele Opfer forderte. Man hat geglaubt, daß die Epidemie unanfällig sei, in den letzten Tagen sind jedoch wieder einzelne Fälle gemeldet worden, obgleich es nicht unwahrscheinlich ist, daß die Suche von neuem zum Ausbruch kommen wird.

klundete, daß der Angeklagte Zibis einmal zu ihm gelangt habe, er habe der Zelle von der Anstalt billiger gekauft als irgend ein anderer. Später habe Zibis noch erlag, wenn er hineinfalle, so müßten andere auch an das Messer. Knappschützler Dr. Schön aus Bybitz ist einmal in einer städtischen Deputations-Sitzung mit dem Angeklagten Schmidt sehr heftig aneinander geraten und hat ihm vorzureden, er gehöre gar nicht in den Anstalt. Schmidt habe darauf erwidert, er hätte eine „weiße Weste“. Dr. Schön hielt seine Worte aber aufrecht und legte schließlich sein Ehrenamt als Stadtvorordneter nieder mit der Erklärung, er könne nicht mit Schmidt in einer Deputation arbeiten. Dr. Schön hatte erfahren, daß Schmidt als Beamter der Anstalt nicht immer redlich gehandelt habe.

Laurahütte, 10. Januar. Einer gefährlichen Einbrecherbande, die skrupellos, wenn nötig, den Brooming gebraucht, kam in der Nacht zum Mittwoch die hiesige Polizei auf die Spur. Von der Bande, die aus vier Köpfen besteht, und unter der sich auch ein Mitglied der berühmten Kowalski-Gesellschaft, ein Bruder des bekannten Raubmörders Grzibow, befindet, konnten zwei dingfest gemacht werden, aber erst nachdem sie vorher auf die Polizeibeamten geschossen hatten, glücklicherweise ohne zu treffen.

Ausführlich wird darüber gemeldet: In der Nacht zum Mittwoch wurde in das Zigarrengeschäft von Orleski auf der Hugostraße eingebrochen. Die Diebe öffneten mit einer Festsäge die Ladentür und schafften eine Menge von Zigaretten und Zigarren, etwa im Werte von 200 Mark, auf die Straße. Dabei wurden sie von dem Sohne des Wadenermeisters Blumenberg beobachtet. Der junge Blume stürzte sich unerschrocken sofort auf die Bande, von der einer die Flucht ergriff. Blume eilte ihm nach und erfaßte ihn. Inzwischen kam aber ein anderer Einbrecher seinem Komplizen zu Hilfe und ging mit einer zehnfache Menge auf Blume los. Doch Blume nahm es auch mit diesem Banditen auf und warf ihn zu Boden. Die beiden anderen Einbrecher gaben jetzt auf Blume einen Schuß ab, ohne ihn jedoch zu treffen. Dann ergriffen alle die Flucht. Blume konnte aber einen der Flüchtigen festhalten und ihn einem in der nächsten herbeigezogenen Polizeibeamten übergeben. Er wurde dem Amtsgefängnis in Laurahütte zugeführt und als der erst 17-jährige Arbeiter August Laszka ermittelt. Nach einem kurzen Verhör mit Laszka nahm die Laurahütter Polizei die Verfolgung der übrigen drei Banditen auf. Man ermittelte, daß sich dieselben in einem Hause in Wenzelwitz aufhielten. Beim Herannahen der Polizeibeamten sprangen sie jedoch aus dem Keller, wo sie sich versteckt hatten, durch das Fenster ins Freie und flüchteten in der Richtung nach Wittkow. Dort verfolgte von den Laurahütter Beamten und einem Polizeibeamten aus Wittkow. Hierbei gaben die Einbrecher auf die Beamten mehrere Schüsse ab, doch wieder ohne zu treffen. Den Polizeibeamten gelang es, die Bande zu stellen und den Gelegenheitsarbeiter Franz Kowalski zu verhaften. Die beiden entkommenen Einbrecher sind der Grubenarbeiter Adam Slopna und August Grzibow, eben der Bruder des Raubmörders Grzibow. Die Einbrecherbande hatte in derselben Nacht auch in dem Mischelhof von Wassa auf der Nieschstraße eingebrochen, indem sie die Schaufelstische zerflogen, doch machte das Murren der Glasarbeiten einen so großen Lärm, daß die Bande vertrieben wurde. An einer anderen Stelle hatte sie zwei Führer und eine Art geflohen.

Die Einbrecher haben schon seit längerer Zeit Laurahütte und Umgegend unsicher gemacht. Bei ihrer Vernehmung zeigten sich die beiden Festgenommenen sehr zurückhaltend, da sie offenbar die Rache ihrer Komplizen fürchten.

Wutchen O., 10. Januar. Vom Schlachtfelde der Arbeit. Auf der Jutenhütte geist der jugendliche Arbeiter Peter Kaczulla aus Kwidz bei Falkenberg in das Getriebe eines elektrischen Fahrstuhles und wurde dabei so schwer verletzt, daß er kurz darauf verstarb.

Genossenschaftliches.

Die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wird für das Jahr 1912 mit etwa 230 angeschlossenen Vereinen abschließen, die rund 70.000 Anstellte und Arbeiter bei der Unterstützungskasse versichert haben. Beiträge und Zinsenrücklagen der Unterstützungskasse beliefen sich auf rund 84.000 Mark im Jahre 1912 oder etwa 190.000 Mark mehr als im Jahre 1911. Der Vermögensbestand ist heute auf 2.800.000 Mark herangerückt und hat einen Zuwachs von rund 60.000 Mark, ungeachtet ebensolcher wie im Vorjahre. Die Unterstützungskasse, die von der Unterstützungskasse zu zahlen sind, haben also den Vermögenszuwachs bisher noch nicht vermindert, ein Ergebnis, das mit Verriedung festzustellen werden darf.

Aus aller Welt.

Eine Tragödie des Leibes. Am Sonnabend vormittag kam eine etwa 45-jährige Frau in ein Londoner Polizeiamt und gab unter Zeichen größter Aufregung an, haben ihr 13-jähriges Töchterchen ermordet zu haben.

Seit dreizehn Jahren hatte Frau Edith Wood die fast ununterbrochenen Leiden ihres seit seiner Geburt an einer Gehirnkrankheit erkrankten Kindes mit ansehen müssen; sie hatte das Kind mit aufopferndster Liebe gepflegt und gepflegt, bis sie unter der seelischen und körperlichen Anspannung zusammenbrach. Als der Polizeikommissar sie fragte, wie sie zu der schrecklichen Tat gekommen sei, erwiderte sie: „Ich weiß nicht, was mich dazu gebracht hat. Sie hatte wieder einen schrecklichen Anfall und schäumere Scherzen als je; da nahm ich einen Strick und legte ihn ihr um den Hals, um sie von ihrem Elend zu befreien. Ich konnte es nicht mehr mit ansehen.“

Hinter diesen kurzen Zusammenfassungen verbirgt sich ein Bild düsterer Tragik, das Marterium einer Mutter. Von Geburt an war die kleine Edith infolge ihres Gehirnleidens ständig krank; sie hatte schwere Krampfanfälle und fürchterliche Schmerzen zu bestehen. Seit etwa zwei Jahren lag die Gesundheit der Mutter an, unter der ununterbrochenen Sorge und Anstrengung nachzugeben, und die unmittelbare Folge war die Tragödie, die sich am Sonnabend ereignete. Jedoch kann erst eine Obduktion der Leiche einwandfrei feststellen, ob das Kind wirklich getötet oder in dem Anfall gestorben ist.

Es ist zu hoffen, daß die unglückliche Frau ihre verurteilte Tat der Liebe nicht zu schwer zu sühnen haben wird, da sie augenscheinlich in einer Art Selbstverwirrung gehandelt hat.

Ein Räderdiener. In Berlin wurde am Donnerstag nachmittags von der Polizei ein großer Transport von Räderdienern in das Untersuchungsgefängnis abgeführt. Unter ihnen befanden sich auch ein sehr elegant gekleideter Mann.

nißes unbedenkt dazuschicklich und in die Gefängnis-Anstalt eintrat. Dort stellte er sich dem Inspektor als Staatsanwalt Dr. König vom Landgericht Berlin I vor und erklärte, daß er mit der Untersuchung von Durchsucherinnen beauftragt sei. Seinem Ersuchen, ihn nach dem Gerichtsgebäude zur Einsichtnahme der Akten zu folgen, entsprach der Inspektor. Dort versah er die Gefängnisse, in dem er dem Inspektor sagte, er müsse den Oberstaatsanwalt herbeiholen. Bisher konnte der junge Mann nicht wieder festgenommen werden.

Ein Funktionär des Jungdeutschland-Bundes - ein Raubmörder. Der 16 1/2-jährige Kaufmannslehrling Besold in Posen i. V., der seinen 16-jährigen Lehrkollegen Kurt Gade ermordet und ihn eines Betruges von 600 Mark, den Gade für seinen Chef von der Post geholt hatte, betrauert, hat jetzt ein umfassendes Geständnis abgelegt. Erholde ist seinem Lehrkollegen am Vormittag des 4. Januar zur Post gelangt, hat ihn mit dem Gelde nach dem Keller seiner Wohnung gelockt und mit einem vorhergehenden Gehaltenen Seil erschlagen. Darauf nahm der junge Mörder den Toten und legte ihn in eine Kiste, die er mit einem Sack Kartoffeln füllte. Das Geld steckte er einstecken in einen Kohlenhaufen. Der Ermordete war ein strebendes Mitglied der proletarischen Jugendbewegung; der jugendliche Mörder dagegen war ein Mitglied der Jungdeutschlandbewegung als Funktionär tätig. Sage der Fall umgekehrt, daß der Mörder der freien Jugendbewegung angehört hätte, dann würde die bürgerliche Presse sicherlich ein fürchterliches Geschrei über die Verletzung der arbeitenden Jugend durch die freie Jugendbewegung anstimmen. So aber geht sie schweigend über die Tatsache hinweg.

Gefahren der Arbeit. Auf der Heide Dietzard wollte ein Betonarbeiter eine herausgefallene Glühbirne wieder eindrehen. Er kam dem elektrischen Strom zu nahe und wurde geblitzt. Ein anderer Arbeiter, der dem Verunglückten Hilfe leisten wollte, wurde schwer verletzt.

Schlagzeppelin. In Wanne herrschte im Herbst vergangenen Jahres eine Scharlachepidemie, die viele Opfer forderte. Man hat geglaubt, daß die Epidemie unanfällig sei, in den letzten Tagen sind jedoch wieder einzelne Fälle gemeldet worden, obgleich es nicht unwahrscheinlich ist, daß die Suche von neuem zum Ausbruch kommen wird.

Bildschmuck in Eisenbahnwagen. Für den schönen Blick, unsere Eisenbahnwagen mit künstlerischen Städte- und Landschaftsbildern zu schmücken, hatte der Bund Deutscher Verkehrsvereine gemeinsam mit der Leipziger Akademie für graphische Künste und dem Deutschen Buchgewerbeverein einen Wettbewerb ausgeschrieben. Mehrfarbige Lithographien waren gemünscht, die in Rahmen unter Glas in den Eisenbahnwagen aufgehängt werden sollten, vorläufig in denen der preussischen und elsass-lothringischen Eisenbahnverwaltung. Das Ergebnis des Wettbewerbs, dessen Preisrichter unter anderem Max Klinger und Max Seliger waren, hat gezeigt, wie viel Interesse unsere Künstlerwelt an den Schönheiten der Heimat hat. Neunzehn Bilder wurden preisgekrönt und angekauft, darunter Arbeiten von Ulrich Häbner, M. Stern, Ubbelohde, Hans Hartig.

Abkurz Bedrines. Der bekannte Aviatiker Bedrines ist bei Paris am Donnerstag, bei einem Flug mit seinem Eindecker in ein Gewässer abgestürzt. Der Apparat ist vollständig zerstört, der Aviatiker kam indessen mit leichteren Verletzungen davon.

Morgan kann sein Geld nicht unterbringen. Wie der „New York Herald“ zu melden weiß, habe Pierpont Morgan 32 Millionen Dollars augenblicklich disponibel, ohne daß es ihm möglich wäre, diese unterzubringen, da die Banken nicht über ihm genehme Vorträge verfügen.

Millionen wissen nicht, wo sie das nötige Kleingeld zum Leben hernehmen sollen. Gottliche Weltordnung.

Der Ozean im Nebel. Aus New York wird gemeldet: Über dem ganzen Ozean liegt undurchdringlicher Nebel. Infolgedessen sind zahlreiche Schiffsunfälle zu verzeichnen. So meldet unter anderem ein drahtloses Telegramm, daß der Dampfer „Kronland“ im Ambrose-Kanal aufgelaufen ist.

Die Kälte in Kalifornien. In Kalifornien herrscht eine Kälte, wie man sie dort seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtet hat. Wie bereits gemeldet, wurden an der Zitronen- und Orangenernte gewaltiger Schaden angerichtet. Dieser genau anzugeben, ist schwer möglich, doch rechnen allein die Eisenbahngewerkschaften mit einem Ausfall von 8 Millionen Dollars an Früchten. Der durch die Vernichtung der Ernte angerichtete Schaden wird unverzüglich auf 20 Millionen Dollar (20 Millionen Mark) geschätzt.

Alkoholfreie Getränke

Bilz-Sinalco

Grund-Bräuerei
Königsplatz 12 (Braun)
Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu
Thomas Brause, Hofbräu, Hofbräu

Bäckerwaren und Konditoreien

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu
Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu
Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Badeanstalten

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Bandagisten

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Bettfedern und Schlafwaren

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Brauerei Sacrau

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Genossenschaftsbrauerei

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hopf & Gärcke

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hier-Apparate, Kohlenkure

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Café

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Damen-Konfektion

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Damen-Schneiderei

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Drogen und Farben

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Eisen- u. Stahlwaren

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Fahrräder, Nähmaschinen

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Färberei u. Wäscherei

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Fische u. Delikatessen

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Garten, Teppiche

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Grabenkmalerei

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Haus- u. Küchengeräte

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Herren-Garderobe

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hühner, Hühner

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Kaufhaus Adler

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Kaufhaus Freund

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Kaufhaus F. Freund

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Erstpreis Smal

wöchentlich

Fleischereien u. Wurstfabriken
Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hüte und Mützen

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Herren-Artikel

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hygienische Artikel

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Kinderwagen

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Koffein, Tee

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Kinderpuppenwagen u. Bettstellen

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Kaffee, Tee

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Kleiderstoffe, Seldwaren

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Kolonialwaren

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Konfituren und Schokoladen

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Korsetts

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Lampen

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Lederwaren und Sattlerei

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Malzkaffee

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Manufaktur-Modewaren

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Milch- und Butterhandlungen

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Möbel-Magazine

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Mühen, Mützen

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Nähmaschinen

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Optiker

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Pantoffel- u. Holzschuhfabrik

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Papier- und Schreibwaren

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Pflanzenbutter

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Putz, Modes

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Restaurateurs

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Schneiderei-Artikel

Bezugsquellen-Verzeichnis

Stein, H., Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Den Lesern bei

Einkäufen empfohlen

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Seifen- u. Kosmetik

Seifen- u. Kosmetik

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Wäsche- u. Wollwaren

Wäsche- u. Wollwaren

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Hofbräu, Hofbräu, Hofbräu

Berücksichtigen Sie bei Ihren Einkäufen meine Kaufhaus A. Robowski

95 Pf.-Tage

Gräbschenerstrasse 54
Zweiggeschäfte: Hohenzollernstr. 2, Gräbschenerstr. 82a, Westendstrasse 51, Leuthenstrasse 51.

Grüne, eigene und rote Rabatmarken.

8382

C. M. Trapp Für 287 Mk.

Lanz-Schule

Wessergasse Nr. 14-16
Preispraktisch
Für alle, die sich für die Kunst der Lanzenführung interessieren. Unterricht in der Lanzenführung, auch in der Anwendung der Lanze im Kampf. Unterricht in der Lanzenführung, auch in der Anwendung der Lanze im Kampf. Unterricht in der Lanzenführung, auch in der Anwendung der Lanze im Kampf.

Diana-Bad

Willmannstr. Nr. 10 5273
Dampf-, Kur- und Wannenbäder.
Annahme sämtlicher Krankenkassen.
Achtung Hausfrauen!
empfehle großes Lager von Tisch-, Bett- und Leibwäsche, Wollwaren, Tricotagen, Handtüchern, Strümpfen, Socken, Spitzen u. Häubchen. - Eig. Konfektion nach Maß.
Robert Jahn, Breslau
Affenstraße Nr. 50, Ecke Seuthenstraße.
Rohtabak-Handlung G. Wutke, Breslau
Museumplatz 4

Adressen

für Besondere oder Besondere
und Besondere, Deutsch und Niederdeutsch, liefert und schreibt 8385
Zentral-Schreibbüro
Ohlauerstr. 75, I, Tel. 10879.
Spezialdruck f. Schreibmaschinenarbeiten und Besondere.

H. Anders

8376
Wessendstr. 8, Ecke Aifenstr.
Frische Gansen, halbe Gansen
bei 10 Pfd. 5 Pf. billiger.
Dolly Voll. 2 1/2, 3 1/2, Umbl. 1 1/2, die 1/2. Einlage 1 entrippt 1,35, alles ab 15 Prozent, Kommer. Wachtplatz 1.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Ort	Bezugsquelle
Oberschlesischer Industrie-Bezirk.	Fahrräder und Nähmaschinen. Gräbner, Rob., Langstr. 17, Rep.-Werk. Schmidt, G., Doppelstr. 8, Reparatur.
Beuthen O.-S.	Fleischerei u. Wurstfabrik. Rösche, Reinhold, Schulstr. 32, Konjum-Gel. Bräuer, Carl, Polnischstr. 8, Konjum-Gel. Winkler, Paul, Schulstr. 31. Sämann, Ernst, Bahnhofsstr. 50. Schulz, Richard, Fildergasse 9. Wuttke, Reinhold, Nachbarnstraße 39.
Monopol-Pils, Bismarck	Fische - Delikatessen. Rätzke, Hans, Repetierstr. 10.
Kattowitz.	Galanterie- und Spielwaren. Wöckel, H., Degenstraße 2.
Herrn- u. Knaben-Garderobe.	Hilber, Paul, Wilschstr. 16, (Herrn- u. Knaben). Rubner, Fr., Langstr. 11, Arbeitergärtchen.
Wohl, Eugen,	Herrn- u. Knaben-Garderobe. Horrenberg, Schuhwaren, Möbel. Jahn, Paul, Degenstr. 32.
Heiz- u. Kohlenhandlung.	Triller, Carl, Nachbarnstraße 55.
Hüte, Mützen, Pelzwaren.	Goldberg, Franz, Markt, Wilschstr. 14. Hübner, E., Markt, 17/12, Schuh.
Kaufhäuser.	Ring 30.
Bach, Arth.,	Kinematograph. "Edison", Fgl. Verfür, erstl. Progr.
Kolonialwaren und Lebensmittel.	Hohe, Rob., Ring 5, Fabrik u. Reparatur.
Kurs-, Weiss- und Wollwaren.	Schäfer, Hermann, F. Fabrik, Ring 27. Schwenker, E., Reibstr. 30.
Möbel- und Sarg-Magazin.	Wald, Albert, Langstr. 6. Wilmann, G., Langstr. 35. Wilmann, Christian, Langstr. 16 1/2. Wilmann, Max, Schulstr. 9.
Photographische Atelier.	Dieterich, Alfred, Nachbarnstr. 7.
Restaurant.	Restaurant zum Wilsch, Wilschstr. 16.
Konfiserie-Atelier.	Rohde, Hermann, Schulstr. 4.
Schuhwaren und Schuhmacher.	Wagner, Schütz, Wilschstr. 27. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Fleischerei u. Wurstfabrik.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Verkaufshaus.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Kauf-Atelier.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Schwarz- u. Weißwaren.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Sigaretten, Zigaretten, Papieren.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Zaborze-Zaborze	Manufakturwaren, Leder-Konfektion. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Brieg	Alkoholfreie Getränke. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Bunzlau	Herrn- u. Knaben-Garderobe. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Cosel.	Bäckerei. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
El-Garten-Schmiedefeld	Fleischerei und Wurstfabrik. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Jauer	Bäckerei. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Ditsch-Lissa-Stabelwitz	Bäckerei. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Fahrräder.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Hüte, Mützen, Pelzwaren.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Kinderwagen, Reisekörbe, Leiterwagen.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Photogr. Atelier u. Vergrößerungen.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Restaurateurs.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Schuhwarenhaus.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Solten, Parfümerien.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Zigaretten und Zigaretten.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Klettendorf-Hartlieb	Fahrradhandl. u. Reparaturwerkstatt. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Fleischerei und Wurstfabrik.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Kolonialwaren.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Restaurateurs.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Uhren, Gold- u. Silberwaren.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Woll- und Wollwaren.	Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Glogau	Herrn- u. Knaben-Garderobe. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Gorkau	Bäckerei. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Gutsdorf	Bäckerei. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Hundsfeld	Herrn- u. Knaben-Garderobe. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
KL-Mochern-Schmiedefeld	Bäckerei und Konditorei. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Opperau	Restaurateur. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Peisterwitz	Bäckerei. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Qualkau	Bäckerei. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Rotsürben	Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Neumarkt	Restaurateur. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.
Saarau	Herrn- u. Arbeitergarderobe. Wilmann, E., Schulstr. 16, Langstr. 55. Wilmann, G., Wilschstr. 12.